



# BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Bayerischer Landkreistag in Bad Staffelstein:

## Ruf nach Energiewende

Mit der Lebensqualität und den Wirtschaftsperspektiven im ländlichen Raum befassten sich über 300 Teilnehmer während der zweitägigen Jahresversammlung des Bayerischen Landkreistags in Bad Staffelstein, Landkreis Lichtenfels. Angesichts der geplanten Energiewende mahnte Verbandspräsident Dr. Jakob Kreidl „sauber durchdachte Konzepte“ und eine frühzeitige und intensive Beteiligung der Landkreise bei der Erarbeitung und Umsetzung des neuen Energiekonzepts auf Bundes- und Landesebene an.

Der Bayerische Landkreistag wolle erneuerbare Energien verstärkt ausbauen lassen. Dabei gehe Nachhaltigkeit vor Schnelligkeit. Bioenergie bilde gerade für den ländlichen Raum eine große Chance. Wasserkraft, Biomasse, Nutzung, Photovoltaik, Windkraft und Geothermie würden vor allem in den ländlichen Räumen produziert. Genauso wichtig wie neue Windkraft- und Photovoltaikanlagen sei aber die Senkung des Energieverbrauchs, weshalb Kreidl auch konkrete Förderprogramme für energetische Sanierungsmaßnahmen forderte. Wirtschaft und Bürger dürften nicht zu stark belastet werden. Darüber hinaus warnte der Verbandspräsident vor einer zu starken Veränderung des Landschaftsbildes: Das Gesicht Bayerns dürfe nicht auf dem Altar von Windkraft- und Solaranlagen geopfert werden.

In infrastruktureller Hinsicht forderte Kreidl die Sicherheit der Energieversorgung: „Der Netzausbau darf sich nicht auf die städtischen Ballungsräume konzentrieren. Netze sind vielmehr flächendeckend zu erhalten und bedarfsgerecht auszubauen.“ In finanzieller Hinsicht dürften höhere Netzkosten im ländlichen Raum das Energiepreisniveau in städtischen Ballungsräumen grundsätzlich nicht übersteigen. Energie soll bezahlbar bleiben.

### Vorreiterrolle

Der Präsident wies zudem auf die Vorreiterrolle der bayerischen Landkreise hin: Diese unternähmen große Anstrengungen, um ihre Gebäude energetisch zu sanieren. „Denn die beste Energie ist diejenige, die einspart wird.“



Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Dr. Jakob Kreidl, auf der Jahresversammlung in Bad Staffelstein.

gebirge und Landrat Roland Schwing, Miltenberg, ihre Ideen zum Thema „Marktplatz der Projekte – Was können die Landkreise zur Stärkung ländlicher Regionen tun?“ vor.

### Stiftungsgründung

Im Landkreis Miltenberg entstand bereits 1991 vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung die Idee zur Gründung einer Stiftung zur Förde-

rung des Wohls der älteren Landkreiskreisbürger. Im Oktober 1992 fand die konstituierende Sitzung statt. Unterstützt werden stationäre Altenpflegeeinrichtungen und ambulante Dienste im Landkreis. Bezuschusst werden nur zusätzliche Maßnahmen und Gegenstände, die ohne Stiftungsmittel nicht realisierbar wären und auch sonst von den Trägern nicht bezahlt würden bzw. angeschafft werden müssten. Dazu (Fortsetzung auf Seite 4)

### Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

## Missverhältnis von Theorie und Praxis

Mit einem zu hohen bürokratischen Aufwand ist nach Auffassung des Bayerischen Städtetags das Bildungspaket für bedürftige Kinder verbunden. „Die Auszahlung der Leistungen kostet zu viel im Verhältnis zu dem, was unter dem Strich bei den betroffenen Kindern ankommt“, erklärte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, bei einer Pressekonferenz in München.

Der Städtetag begrüßt die Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets. Allerdings hätten Bund und Länder zu spät einen tragfähigen Kompromiss auf den Weg gebracht. Schaidinger: „Das ewige Ringen im Vorfeld hat dazu geführt, dass nun die Umsetzung unkoordiniert gehen muss, weil Leistungen rückwirkend zu erbringen sind. Neben dem Zeitdruck sorgen die komplizierten Regeln zur Erstattung von Lei-

stungen für Schwierigkeiten. Wenn schon Kommunen, Jobcenter und Bildungseinrichtungen Probleme haben, wie sollen dann erst Hartz-IV-Empfänger wissen, wie sie Leistungen abrufen können, die ihren Kindern zustehen? Bund und Länder müssen schleunigst offene Rechtsfragen zur Übertragung von Aufgaben klären.“

Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket sollen Kinder aus be-

KPV-Landesversammlung am Flughafen München:

## Erfolgsschlüssel für Bayern

Wer den Flughafen München II Franz Josef Strauß einmal abseits der Abflug- und Ankunftshallen kennen lernen wollte, hatte hierzu im Rahmen der diesjährigen Landesversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) eine einmalige Gelegenheit. Bei einer Rundfahrt, die auch den Besuch der Flughafenfeuerwehr einschloss, wurden die Kommunalpolitiker detailliert informiert. Darüber hinaus weihte der Vorsitzende der Geschäftsführung der Flughafen München GmbH Dr. Michael Kerkloh in die Geheimnisse des Airport-Erfolgs ein.

Der Flughafen München befindet sich Kerkloh zufolge im Steigflug: Rund 35 Millionen Fluggäste nutzten 2010 Bayerns internationale Luftverkehrsdrehscheibe. Stündlich werden derzeit maximal 90 Flugbewegungen pro Stunde durchgeführt – das ist europaweiter Rekord. 50 Kilometer Gepäckrollbänder und zahlreiche logistische Herausforderun-

gen beschreiben das Ausmaß der Drehscheibe Flughafen München II Franz Josef Strauß.

### Wachstumsdynamik

Die Wachstumsdynamik am Airport hat sich zu Beginn des Jahres noch einmal deutlich verstärkt. Erstmals hat der Flughafen bereits nach drei Monaten die Acht-Millionen-Grenze bei den Passagieren überschritten. Die Fluggastzahlen stiegen gegenüber dem Vorjahr um rund 12 Prozent. Im passagiereichsten März der Flughafengeschichte wurden fast drei Millionen Fluggäste gezählt. Auch bei den Flugbewegungen ging es steil bergauf: Mit knapp 97.000 Flügen lag die Anzahl der Starts und Landungen in München im ersten Quartal um (Fortsetzung auf Seite 4)

nachteiligten Familien besser gefördert werden, um sie aus dem fatalen Abwärtssozialismus, Armut, Elternarbeitslosigkeit und Bildungsarmut herauszulotsen. Kinder aus benachteiligten Familien haben nun Anspruch auf Mittagessen in Schulen und Kindertageseinrichtungen, Schulausflüge, Schulbedarfspaket pro Schuljahr, Schulwegkosten, Beiträge bis zu zehn Euro monatlich für Sport- oder Kulturvereine; bei Gefährdung des Lernerfolgs in der Schule haben Kinder Anspruch auf Nachhilfeunterricht.

### Rechtsanspruch

Schaidinger: „In der Praxis stellt das neue Leistungsrecht die Kommunen vor organisatorische Probleme. Da der Rechtsanspruch jeweils im Einzelfall genau begründet werden muss, beginnt nun ein enormer bürokratischer Aufwand: Es löst zum Beispiel einen großen Papierkram aus, wenn Eltern einen Vereinszuschuss beantragen, Behörden (Fortsetzung auf Seite 4)



Im Alltag dürfen unter 18-Jährige immer weniger, aber immer öfter wird gefordert, sie zu Wählern zu machen. Umgesetzt wurde dies bereits bei der jüngsten Wahl in Bremen. „Wovor fehlt uns die Achtung?“, fragt sich deshalb die Vorzimmerperle. „Vor dem demokratischen Wahlakt oder der Persönlichkeit der jungen Leute?“ Seite 15

**Power für Bayerns Kommunen:**  
**GZ lädt zum Energie-Forum**  
Mehr denn je ist es wichtig, über Fragen der kommunalen Energiepolitik umfangreich informiert zu werden. Am 30. Juni 2011 ist es wieder soweit: Die Bayerische Gemeindezeitung lädt in Zusammenarbeit mit Bayerischem Gemeindetag und Bayerischem Städtetag zum großen Info-Tag für kommunale Entscheider und Behördenvertreter. Im Garching Bürgerhaus treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energiebranche. Bitte merken Sie den Termin vor.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

nicht erst produziert werden muss“, so Kreidl, der die öffentliche Hand in der Pflicht sieht, mit gutem Beispiel voran zu gehen und Vorzeigeprojekte umzusetzen. Zudem schlug der Präsident vor, die bei der thermischen Abfallbehandlung zurück gewonnene Energie in vollem Umfang den erneuerbaren Energien gleichzustellen.

### Weichenstellung

Nachdem Landrat Hermann Steinmaßl, der gleichzeitig Leiter der Arbeitsgruppe „Landesentwicklungsprogramm“ beim Bayerischen Landkreistag ist, über die neue Weichenstellung in der Landes- und Regionalplanung berichtet hatte, stellten die Landräte Christian Bernreiter, Deggen-dorf, Heinz Wölfl, Regen, Dr. Karl Döhler, Wunsiedel i. Fichtel-



Kaiserwetter lockte fast 5.000 Besucher in die Schau „Götterdämmerung. König Ludwig II.“ Am 14. Mai öffnete die Bayerische Landesausstellung ihre Pforten für die Besucher, womit erstmals die Rohbau Räume des Schlosses Herrenchiemsee für die Öffentlichkeit begehbar sind. Die Ehrengäste vor dem Schloss (v. l.): Finanzminister Georg Fahrenschon, SKH Franz von Bayern, Karin Seehofer, Ministerpräsident Horst Seehofer, Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch, Landrat Josef Neiderhell und Inselbürgermeister Georg Huber. Foto: Toni Hötzelberger

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Kompromissjahr 2022 für den Atomausstieg	Seite 2
Unrealistische EU-Verkehrspolitik	2
<b>GZ-Kolumne Stefan Rößle: In der Kommune liegt die Kraft</b>	<b>3</b>
Fachtagung der Standesbeamten: Vielfältige Aufgaben	3
Sparkassen unterstützen BayernTour-Natur	3
CSU-Konzept: Moderne Energie für ein modernes Land	3
<b>GZ-Fachthemen: Kommunale Energiethemen</b>	<b>5-9</b>
<b>Kommunalfinanzen</b>	<b>9-11</b>
Aus den bayerischen Kommunen	12-16

# Kompromissjahr 2022 für den Atomausstieg

CSU einigt sich nach kontroversen Diskussionen  
Rücksichtnahme auf FDP und Verhandlungsangebot an SPD

Bis spätestens 2022 sollen alle deutschen Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Darauf hat sich die CSU in Bayern und in der Bundesverantwortung geeinigt. Die Landtagsfraktion machte damit nach internen Kontroversen den Weg frei zum sinngemäß entsprechenden Beschluss des Parteivorstands, welcher jüngst in Anwesenheit der CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzlerin Angela Merkel im Kloster Andechs die Leitlinien für die kommenden, schwierigen Verhandlungen zwecks entsprechender Änderung mehrerer Bundesgesetze festlegte. Die CSU will sich, wie Ministerpräsident und Parteichef Horst Seehofer die Abgeordneten beschwor, als „die“ Partei für die Zukunft profilieren und das Gespräch mit allen führen. Mit dem Andechser Beschluss geht die CSU in die nächste Runde am 29. Mai in Berlin.

In der Landtagsfraktion waren die Meinungen zunächst sehr geteilt, was den Zeitpunkt für den vollen Umstieg in erneuerbare Energien betrifft. Fraktionschef Georg Schmid war zunächst auch der Meinung, dass Seehofer mit seiner Forderung, Ausstieg ab jetzt binnen zehn Jahren, also bis 2021, zu wenig Spielraum lasse. Angesichts der Bedenken aus Wirtschaft und Verbänden, wie sie in der Landesgruppe Mittelstandssprecher Hans Michelbach verfocht. Erwin Huber, einst Wirtschaftsminister und nun Vorsitzender des Landtagsfachausschusses, warnte davor, die CSU „grün zu lackieren“.

## Ambitioniertes Ziel

Seehofer setzte sich in voller Übereinstimmung mit Umweltminister Markus Söder durch. In den mit großer Mehrheit gebilligten 16-seitigen Energiepolitischen Leitlinien steht nun, die Politik werde darauf ausgerichtet, „dass der Umstieg in Bayern schnellstmöglich gelingt und bis spätestens 2022 abgeschlossen sein soll. Das ist ein sehr ambitioniertes Ziel.“ Für die sieben bayerischen Atomkraftwerke wurden keine konkreten Termine genannt. Seehofer und Söder traten jedoch dafür ein, die beiden ältesten Meiler Isar 1 und Grafenrheinfeld nach der Überprüfungsphase nicht wieder ans Netz gehen zu lassen. „Wenn uns das gelingt, die wir die meisten AKW's haben, sollte es auch in den anderen Ländern möglich sein.“

Seehofer begründete die Ablehnung des im 16-seitigen Konzept für den Aktionsplan „e Bavaria“ zunächst vorgesehenen

gesetzte brauchten die Zustimmung des Bundesrates, in dem Schwarz-Gelb nicht stark genug sei, um zumindest den Vermittlungsausschuss anzurufen. In Bayern sei die Zustimmung der FDP so gut wie sicher. Bislang hatte sich die Landtagsfraktion einstimmig hinter Wirtschaftsminister Martin Zeil gestellt, der 2020 und auch 2022 für nicht machbar erachtete.

Terminjahres 2025 mit seinen Bemühungen, nicht nur mit der FDP zunächst in Bayern - Fraktion und Kabinett -, sondern ebenso in Berlin und dort vielleicht auch mit der SPD auf eine gemeinsame Linie zu kommen. Einige der zu ändernden Bundes-

## Revisionsklausel

Für alle Fälle enthält „e Bavaria“ aber auch eine Revisionsklausel für den Ausstiegstermin. Alle drei Jahre soll die Staatsregierung eine umfassende Zwischenbilanz des Ausstiegs vorle-

gen. SPD-Generalsekretärin Natascha Kohlen verlangte ein klares Bekenntnis zu einem „unumkehrbaren Atomausstieg in diesem Jahrzehnt“. Der energiepolitische Sprecher der Grünen Ludwig Hartmann kommentierte: „Formelkompromiss mit Hintertürchen“.

## Kommission

Im Landtag soll es zur Begleitung der Energiewende eine eigene Kommission unter CSU-Vorsitz geben. Die Forderung von Grünen und Freien Wählern, einen eigenen, beschlussfähigen Ausschuss zu schaffen, wurde in der CSU-Fraktion nicht mehr unterstützt. Man hofft, auch die zwischen Ausschuss und Kommission schwankende SPD für letztere zu gewinnen (GZ Nr. 9 vom 29.04.11). Außerparlamentarisch bereitet Seehofer für Ende Juni oder Juli einen „großen Energiepfeil“ vor, zu dem Vertreter der Wirtschaft und Verbände, insbesondere aber auch der Kommunen eingeladen werden sollen. **rm**

# Aktionsprogramm für den ländlichen Raum

Herrmann sagt den Kommunen Unterstützung zu  
und kündigt besseren Finanzausgleich bei Einwohnerschwund an

Um den Kommunen den Weg in eine Zukunft mit Generationsproblemen zu erleichtern und den daraus für Arbeitsplätze und Wirtschaft erwachsenden Gefahren zu begegnen, soll dem Landtag im Herbst ein Aktionsplan des zu diesem Zweck eingesetzten Staatssekretärsausschusses vorgelegt werden. Insbesondere sind verlängerte staatliche Ausgleichszahlungen für Gemeinden mit sinkender Bevölkerung vorgesehen und die Zusammenarbeit der Gemeinden soll auch ohne Verwaltungsgemeinschaften verbessert werden.

In einer von den Freien Wählern zum Thema „Strukturschwache Räume stärken“ beantragten Ministerbefragung erklärte Innenminister Joachim Herrmann (CSU), Bayern stehe im Ländervergleich noch sehr günstig da, aber insbesondere in vielen Kommunen Nord- und Ostbayerns sinke die Einwohnerzahl, was nicht nur auf Abwanderung von Betrieben und damit Arbeitsplätzen zurückzuführen sei. Auch die Alterung und die naturgemäß nicht vom Staat zu beeinflussende Geburtenrate spielten eine Rolle. Herrmann steht mit Finanzminister Georg Fahrenschon (CSU) in aussichtsreichen Verhandlungen, den Finanzausgleich den sinkenden Einwohnerzahlen anzupassen. Bislang werden die staatlichen Zuschüsse nach fünfjähriger Verzögerung einer negativen Entwicklung angepasst. Diese Phase soll auf sieben oder acht Jahre verlängert werden.

Erhöht werden soll auch die regionale Wirtschaftsförderung für Dorfentwicklung und Städtebauförderung. Dies sei jedoch auch Sache des Bundes. Hier sieht der bayerische Innenminister die Mittelkürzung „mit großem Unbehagen“. Alexander König (CSU) forderte, größeren Einfluss auf den Bund zu nehmen. In voller Übereinstimmung sah sich Herrmann auch mit Thomas Dechant (FDP), die Arbeit zu den Menschen zu bringen und dafür mehr „Telearbeitsplätze“ zu schaffen. Die bayerische Förderung des Breitbandsystems auf dem Land sei dazu auf gutem Weg mit dem ressortmäßig vom Wirtschaftsministerium geförderten Ausbauprogramm.

Die Schaffung eines Querschnittsministeriums für die Landesentwicklung lehnte der Innenminister ab. Jedes Ressort von der Wirtschaft über Bildung und Soziales bis zur Landwirtschaft wisse am besten, was zu tun sei

und könne das über den Kabinettsausschuss einbringen. In der Ärzte- und Krankenhausversorgung gebe es bislang noch keine ernsthaften Probleme, man bleibe aber auch hier am Ball. Annette Karl (SPD) hatte die Frage Querschnittsministerium zur Diskussion gestellt. Bayern brauche keine immer neuen verbalen Ankündigungen der Ministerien, sondern eine starke Politik für den ländlichen Raum. Für die Grünen verwies Thomas Mütze auf die Probleme im Großraum München mit ihren Auswirkungen auch auf das Umland.

## Bayerischer Gemeindetag:

# Schwacher Lichtstrahl

Dass ein warmer Geldregen nicht zwingend substanzielle Probleme löst, darauf hat Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl in München hingewiesen. Mit Blick auf die vom Bundesfinanzministerium in Berlin vorgestellte Prognose der Steuerschätzer meinte Brandl: „Der zu erwartende warme Geldregen tut den Gemeinden, Märkten und Städten natürlich gut. Sie können damit wieder etwas optimistischer in die Zukunft blicken.“

Ein Zuwachs von voraussichtlich 3,3 Milliarden Euro bzw. 4,7 Prozent im laufenden Jahr für alle deutschen Kommunen zeige, dass sich die gute konjunkturelle Entwicklung nun auch bei den Kommunalfinanzien bemerkbar macht. Indessen bedeute dies nicht das Ende der kommunalen Finanzprobleme, betonte der Präsident. Die Einnahmehinbußen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise seien noch nicht ausgeglichen und die Steuern sprudelten auch noch nicht so wie vor der Krise. Dazu fehlten weitere 3,3 Milliarden Euro. Vor allem aber stiegen die Ausgaben, in erster Linie im Sozialbereich, weit stärker an. „Es ist daher nach wie vor strikte Haushaltsdisziplin erforderlich, um keine neuen Haushaltsdefizite aufzubauen“, machte Brandl deutlich.

## Steuerzuwächse

Bund, Länder und Kommunen könnten sich bis Ende 2014 auf 135,3 Milliarden Euro mehr an

Steuereinnahmen einstellen als bisher geplant, teilte das Bundesfinanzministerium mit. Bund, Länder und Gemeinden können danach im laufenden Jahr mit Steuerzuwächsen zwischen 3,5 und 5,1 Prozent rechnen. Bei den Gemeinden wird bundesweit ein Zuwachs von 4,7 Prozent bzw. 3,3 Milliarden Euro prognostiziert. Bayernweit wären dies Steuererhöhungen in Höhe von ca. 570 Millionen Euro im Vergleich zu 2010.

## Plus nicht ausreichend für positive Bilanz

Brandl: „Da die Entlastung der kommunalen Haushalte im Ausgabenbereich durch Übernahme der Kosten für die Grundsicherung durch den Bund erst schrittweise ab 2012 beginnt, wird dieser Zuwachs kaum ausreichen, die bayerischen Kommunen wieder aus den roten Zahlen herauszuführen. Das gilt besonders für jene Gemeinden, die aufgrund ihrer Lage in struktur-

# Unrealistische EU-Verkehrspolitik

Staatsregierung und Landtag verlangen  
Mitwirkung von Ländern und Kommunen

Das neue Weißbuch der EU-Kommission zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Verkehrsraumes in den kommenden Jahrzehnten bis 2050 ist bei Staatsregierung und Landtag bei allem Verständnis für grenzüberschreitende Verkehrspolitik auf Vorbehalte bis hin zu teilweiser Ablehnung gestoßen. Der Ausbau des Straßen- und vor allem Schienennetzes dürfe nicht strategisch aus Brüssel geplant werden, sondern müsse mit Ländern und Kommunen auch nach den örtlichen Gegebenheiten vorangetrieben und entsprechend finanziert werden.

In diesem Sinn hat der Bundes- und Europaausschuss des Landtags die Diskussion begonnen. Es handle sich um sehr ehrgeizige Ziele, aber es sei fraglich, ob sie erreicht werden können, berichtete leitender Ministerialrat Kurt Berchtold vom federführenden Wirtschaftsministerium. Für die drei Säulen des neuen EU-Konzepts - integrierter Verkehrsraum, innovative Technologie und Infrastrukturausbau - seien Kosten von etwa 1.500 Mrd. Euro veranschlagt. Es geht um die Verlagerung der Transporte von den Straßen auf Eisenbahn, Schifffahrt und Lufttransport, verbunden mit dem Ziel, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Verkehrs bis Mitte des Jahrhunderts auf Null zu senken. Das sei zu einseitig, meinte Berchtold. Es würden an die Verkehrsträger unrealistische Anforderungen gestellt. Zu kritisieren sei auch, dass vor allem der Nachholbedarf der neuen EU-Mitglieder in Ost- und Südosteuropa für den Verkehrswegebau betont werde.

## Mitwirkung von Ländern und Kommunen

Die Sprecher aller Fraktionen forderten, die zentrale Planung auf die entscheidende Mitwirkung der Länder und Kommunen abzustellen. Die horrenden Kosten der EU ließen die Ausgaben der Kommunen und der örtlichen Wirtschaft außer acht. Joachim Hanisch (Freie Wähler) beurteilte das Weißbuch als naiven Wunschkalender. Das Subsidiaritätsprinzip werde überhaupt nicht angesprochen und die besonderen Probleme des ländlichen Raumes würden nicht berücksichtigt. Auch Reinhold Perlak (SPD) sah das so.

schwachen Regionen den Wirtschaftsaufschwung vergleichsweise wenig zu spüren bekommen. Es ist daher dringend erforderlich, die Spirale der ständigen Erhöhungen der Sozialausgaben endlich zu stoppen. Andernfalls bleibt immer weniger Geld für dringend notwendige Investitionsmaßnahmen.“

## Attraktive Arbeitsplätze

Ausdrücklich begrüßt hat der Bayerische Gemeindetag hingegen Überlegungen der Staatsregierung, mehr regionale Wirtschaftsförderung in strukturschwache Räume des Freistaates zu geben. „Der Schlüssel zum Erfolg sind attraktive Arbeitsplätze. Dann bleiben die Menschen in ihrer angestammten Umgebung. Daher ist es richtig und wichtig, Steuergelder dort hin zu leiten, wo Arbeitsplätze besonders notwendig sind: in strukturschwachen Gebieten des Freistaates, wie in der nördlichen Oberpfalz oder in Oberfranken“, erklärte Verbandschef Brandl.

## Zukunft in der Heimat

Nur wenn die Menschen eine Zukunft in ihrer Heimat sähen, blieben sie auch dort. Andernfalls finde eine Abstimmung mit

Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (OPNV) sei bei der Verlagerung des Verkehrs auf Schiene, Wasser und Luft gebührend in Rechnung zu stellen. Die Verkehrswege dürften bei uns nicht zum Flaschenhals für die Verbindung nach Osten werden. In den Ländern und Regionen seien Infrastrukturnetze zu entwickeln, Adelheid Rupp (SPD) verwies auf das Haushaltsrecht der Länder und Kommunen.

## Mentalitätswechsel in der Bevölkerung

Konrad Kobler (CSU) war gleicher Meinung und betonte, für die Ökologisierung des Verkehrs sei in der Bevölkerung ein „ganz großer Mentalitätswandel der Bevölkerung“ notwendig. Das gelte für Windräder und Stromleitungen genau so wie für den Donauausbau. Das fand den Widerspruch der Grünen-Abgeordneten Christine Kamm. Sie wandte sich andererseits entschieden gegen die EU-Planung, auf den Straßen Gegaliner zuzulassen. Das würde auch dem Brüsseler Ziel entgegenwirken, die Zahl der Verkehrstoten langfristig auf Null zu senken. Einig war sich Kamm mit den Sprechern der anderen Fraktionen, das EU-Konzept schaffe Kontroversen zwischen Städten und ländlichem Raum.

## Subsidiaritätsprinzip

Das griff auch Dr. Heinrich Wieth-Körprich als Sprecher der kommunalen Spitzenverbände im Ausschuss auf. Infrastrukturregelungen seien nach dem Subsidiaritätsprinzip besser zu entscheiden als durch die EU-Kommission. Die Ausschussvorsitzende Prof. Ursula Männle (CSU) kündigte weitere Erörterung des Weißbuchs mit ausführlicher Anhörung von Wirtschaft und kommunalen Spitzenverbänden an. **rm**

den Füßen statt. Vor allem junge Leute kehrten ihren Heimatorten den Rücken und zögen in die Ballungsräume. Dort entstünden dann neue Probleme, weil die Infrastruktur mit dem Zustrom nicht Schritt hält. Diese Binnenwanderungen gelte es abzuschwächen.

## Förderung auch in strukturschwachen Regionen

Brandl wies darauf hin, dass nicht nur attraktive Arbeitsplätze, sondern auch die erforderliche Infrastruktur wie Kindergartenplätze, Wasserversorgung, leistungsfähige Straßen und ausreichende Bildungsangebote in den strukturschwachen Gegenden vorgehalten werden müssen. Dafür müsse der Freistaat Geld locker machen und auch den kommunalen Finanzausgleich stärker darauf ausrichten, um die Gemeinden vor Ort gezielt zu unterstützen. „Die Gemeinden und Städte stemmen sich mit Kräften gegen die absehbare Entwicklung. Ganz allein schaffen sie es aber nicht. Es ist ein Gebot der Solidarität, diesen Gemeinden unter die Arme zu greifen“, stellte der Präsident fest. **DK**

## Wir gratulieren

### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Böhm  
97633 Saal a. d. Saale  
am 4.6.

Bürgermeister Ludwig Nutz  
83416 Saaldorf-Surheim  
am 13.6.

### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerhard Siegler  
91746 Weidenbach  
am 3.6.

Bürgermeister  
Ludwig Bindhammer  
84092 Bayerbach  
am 8.6.

Bürgermeister Hans Eschlberger  
83404 Ainring  
am 10.6.

### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Manfred Nerlinger  
86517 Wehringen  
am 10.6.

Bürgermeister  
Karl-Heinz Rudolph  
88171 Weiler-Simmerberg  
am 11.6.

**Hinweis in eigener Sache**  
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Fachtagung der bayerischen Landesbeamten in Aschaffenburg:

## Vielfältige Aufgabenpalette

Auslandsrecht - Datenspeicherung - Testamentsregister - Kirchnaustritt

Schöne Hochzeiten im Standesamt oder an besonderen Orten, z. B. auf der Roseninsel im Starnberger See oder auf Deutschlands höchstem Berg, der Zugspitze: Damit verbinden die Bürger landläufig die Arbeit der Standesbeamtinnen und Standesbeamten. Dabei sind deren Aufgaben wesentlich vielfältiger, wie eine Fachtagung in Aschaffenburg eindrucksvoll zeigte. Rund 400 Standesbeamtinnen und Standesbeamte aus ganz Bayern kamen zusammen, um sich über Auslandsrecht, Datenspeicherung, Testamentsregister, Kirchnaustritt und weitere aktuelle Themen drei Tage lang zu informieren.

Vor allem der hohe Anteil der Bürger mit Migrationshintergrund macht es erforderlich, nicht nur deutsches Personenstands-, Ehe-, Familien-, Namens- und Staatsangehörigkeitsrecht zu beherrschen, sondern ebenso die entsprechenden ausländischen Vorschriften anzuwenden. So befassen sich die Referenten und Tagungsteilnehmer mit den unterschiedlichen Regelungen für Ehen und Lebenspartnerschaften im Ausland und deren Rechtswirkungen im Inland. Sie besprachen Fragen der Fortführung ausländischer Namen in Deutschland und erhielten Informationen über die Befreiung vom Ehefähigkeitszeugnis für Ausländer.

### Ausländisches Recht

Wie Andreas Rauhmeier, Standesbeamter und Sachgebietsleiter für den Bereich Standesamt im Einwohner- und Standesamt der Stadt Landshut hervorhob, komme insbesondere dem Umgang mit ausländischen Namensrechten eine stetig wachsende Bedeutung zu. Lässt das slowenische Recht die Führung eines Doppelnamens für beide Ehegatten zu? Kann einem deutschen Kind von den Eltern eine Namenskette nach islamischer Tradition beigegeben werden? Als wäre es nicht bereits kompliziert genug, auf Fragen dieser Art die Antworten in den ausländischen Gesetzen zu finden, kommt laut Rauhmeier erschwerend hinzu, dass die Quellen des benötigten ausländischen Rechts oftmals nicht ohne Weiteres zugänglich sind. „Häufig gerät die Arbeit der Standesbeamtinnen und Standesbeamten so zu einer juristischen Schnitzeljagd.“

### Gleichgeschlechtliche Ehe

„Während Paare verschiedenen Geschlechts die Ehe eingehen können, steht gleichgeschlechtlichen Paaren in Deutschland das Institut der eingetragenen Lebenspartnerschaft zur Verfügung. Demgegenüber lässt eine zunehmende Anzahl europäischer Staaten, wie etwa die Niederlande, Belgien, Spanien, Portugal und Schweden, auch für gleichgeschlechtliche Paare die Eheschließung zu“, machte Prof. Dr. Tobias Helms, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung, Universität Marburg, deutlich.

Werde eine solche gleichgeschlechtliche Ehe im Ausland geschlossen, stelle sich aus deutscher Sicht, etwa bei der Eintragung in das Personenstandsregister, die Frage, ob diese Partnerschaft auch in Deutschland als Ehe anzusehen ist, obwohl nach deutschem Verständnis die Ehe ausschließlich verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht, oder ob sie wie eine eingetragene Lebenspartnerschaft deutschen Rechts zu behandeln ist.

Neues zum Zentralen Testamentsregister in Berlin erfuhren die Standesbeamten von Notar a. D. Dr. Thomas Diehn, Geschäftsführer der Bundesnotar-

kammer Berlin. Seinen Ausführungen zufolge wird am 1. Januar 2012 in Deutschland das Zentrale Testamentsregister in Betrieb genommen. Es wird von der Bundesnotarkammer geführt und ist für alle erbsrelevante Urkunden konzipiert, die in notarielle oder gerichtliche Verwahrung gelangen.

### Nachlassverfahren

Das Register enthält deren Verwahrdaten und wird in jedem Sterbefall geprüft. Dadurch können Nachlassverfahren schnell und effizient durchgeführt werden, weil das zuständige Nachlassgericht elektronisch vom Zentralen Testamentsregister darüber informiert wird, ob und welche erbsrelevante Urkunden zu beachten sind. Zugleich wird die Verwahrstelle informiert und um Ablieferung einer dort vorliegenden Urkunde an das Nachlassgericht gebeten.

In das Zentrale Testamentsregister werden Diehn zufolge alle bei den rund 5.000 deutschen Standesämtern und beim Amtsgericht Schöneberg in Berlin bislang gesammelten Verwahrungsnachrichten überführt. Es handelt sich um schätzungsweise 15 bis 20 Millionen sog. Testamentskarten, die bis 1937 zurückreichen.

### Testamentregister

Dieser Prozess wird sich über einen Zeitraum von fünf Jahren ab Inbetriebnahme des Registers erstrecken. Die Testamentsver-

zeichnungsüberführung erfolgt in drei Phasen: Vorbereitung – Stammdatenaktualisierung und Karteikartentrennung, Übernahme – Abholung und Digitalisierung sowie Qualitätssicherung – Aufklärung von Unklarheiten. Jede dieser Phasen bringt laut Diehn eigene Herausforderungen mit sich, die in vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Bundesnotarkammer und Standesämtern bewältigt werden. Erst mit dem vollständigen Abschluss der Testamentsverzeichnisüberführung ist die Inbetriebnahme des Zentralen Testamentsregisters abgeschlossen.

### Kirchnaustritte

Mit fundierten Erläuterungen zu den Wirkungen, die ein Kirchnaustritt im staatlichen und kirchlichen Bereich auslöst, wartete Prof. Dr. Stephan Haering, Lehrstuhl für Kirchenrecht an der LMU, auf. Wie Haering erläuterte, kennt das staatliche Recht die Erklärung des Austritts aus einer Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft, die als Körperschaft des öffentlichen Rechts verfasst ist, gegenüber einer staatlichen Behörde. In Bayern seien dafür die Standesämter zuständig. In der jüngsten Vergangenheit hätten gemäß dem langjährigen Vergleich besonders viele Bürger von dieser Möglichkeit des staatlichen Kirchnaustritts Gebrauch gemacht.

### Historische Entwicklung des Kirchnaustrittsrechts

Haering zeigte zunächst die historische Entwicklung des Kirchnaustrittsrechts in Deutschland auf und machte damit den Hintergrund für die geltende Rechtslage deutlich. Zudem wurden die Wirkungen der staatlichen Austrittserklärung im Hinblick auf den staatlichen Rechts-

### CSU-Vorstand beschließt neues Energiekonzept:

## Moderne Energie für ein modernes Land

Die CSU hat als erste Partei in Deutschland ein Energiekonzept vorgelegt. Einstimmig brachte der Parteivorstand bei seiner Klausurtagung in Andechs das von Generalsekretär Alexander Dobrindt erarbeitete Konzept „Moderne Energie für ein modernes Land“ auf den Weg.

„In Bayern werden wir den Energiewechsel für die Bürger, mit den Bürgern und aus der Mitte der Bürger heraus entwickeln. Wir wollen möglichst viele zu eigenem Engagement in der Energieversorgung der Zukunft ermuntern“, heißt es in dem Papier. Der Energiewechsel soll ein Mehr an Eigenverantwortung und Selbstgestaltung bei der Energieversorgung bringen und einen breiteren Zugang zur Wertschöpfung bei der Energieproduktion ermöglichen. Dadurch werde auch ein Gegengewicht zur bisherigen Marktmacht der großen Energiekonzerne geschaffen.

### Bürgerwindanlagen

Durch Bürgersolar- oder Bürgerwindanlagen könnten die Menschen unmittelbar am Energiewechsel mitwirken. Regionale Energiegenossenschaften und andere direkte Beteiligungsmöglichkeiten ermöglichen die Identifikation mit der eigenen regionalen

Energieanlage und erhöhen die Akzeptanz für die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien.

### Schlüsselrolle

Auch den Kommunen fällt laut CSU-Vorstand beim Energiewechsel eine Schlüsselrolle zu. Sie seien als Bindeglied zwischen Wirtschaft und Bürgern besonders geeignet, die regionalen Möglichkeiten zur schnellen Umsetzung des Umstiegs voranzutreiben. „Wir wollen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur eigenen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien bis hin zur energieautarken Kommune unterstützen und dafür ein geeignetes Förderprogramm schaffen. Stadtwerke sollen ihren Energiemix um regenerative Energien erweitern, zum Beispiel als Betreiber von Photovoltaik-Anlagen oder Biomassekraftwerken.“ Die Planungshoheit der Kommunen erlaube es, bei der Ausweisung von Gewerbegebieten oder Wohngebieten den Einsatz



**Kolumne**  
Stefan Rößle

**Liebe Leserinnen und Leser,**

Nach der Katastrophe in Japan ist ein „Weiter so“ nicht mehr möglich. Wir müssen in der Energiepolitik umdenken. Und dabei gilt auch nicht der Spruch: „In der Ruhe liegt die Kraft“. Schnelle Weichenstellungen weg von der Kernenergie und hin zu erneuerbaren Energien sind gefragt. Alles Know how in der Energiespeicherung zu bündeln und Potenziale der Energieeinsparung auszuschöpfen, müssen unsere ambitionierten Ziele sein.

**In der Kommune liegt die Kraft**

Dass dies einen Kraftakt darstellt, bei dem Bürger, Wirtschaft und Politik an einem Strang ziehen müssen, ist zwischenzeitlich fast allen bewusst. In Bayern soll spätestens im Jahr 2022 das letzte Kernkraftwerk vom Netz gehen. Aber natürlich mit dem Anspruch, dass unsere Energieversorgung sicher, klimaverträglich, ständig verfügbar und wettbewerbsfähig bleibt. An die-

sen Maßgaben orientiert sich auch der Energiewechsel.

In den bayerischen Kommunen wurde der Kurs zur Erschließung neuer Energiequellen bereits vor vielen Jahren eingeleitet: Biogas, Sonne, Wind, Wasser, Geothermie oder Hackschnitzel, es gibt kaum eine bayerische Gemeinde, die derzeit nicht im Begriff ist, energetisch zu modernisieren, mögliche Potenziale zu untersuchen oder Wärmenetze zu errichten. Nicht zuletzt deswegen liegt Bayern auch an der Spitze aller Bundesländer beim Einsatz erneuerbarer Energien.

Unsere Gemeinden, Städte und Landkreise sind als Innovations- und Investitionsmotor bekannt. Wir stellen uns den Herausforderungen gemeinsam mit der Bevölkerung, werden den Weg beschreiten und vorantreiben: Ambitioniert, gemeinsam mit Bürgern und Wirtschaft, verträglich für unsere Heimat. Es ist eine Herausforderung, aber vor allem auch eine Chance. Ich hoffe, dass sich viele anschließen und wir sie gemeinsam nutzen können.

Nicht in der Ruhe, sondern in den Kommunen liegt also die Kraft zur Umstellung.

**Ihr Stefan Rößle**

## Sparkassen unterstützen BayernTour-Natur

Von Mai bis Oktober stehen bei der BayernTour Natur des Bayerischen Umweltministeriums landesweit mehr als 5.000 spannende Naturbegegnungen auf dem Programm. Die bayerischen Sparkassen unterstützen diese Aktion seit der Gründung vor 11 Jahren.

Das neue BayernTour Natur-Veranstaltungsmagazin liegt ab April in Gemeinden, Tourismusbüros, Sparkassen, Apotheken, Naturkundemuseen, Umweltinstitutionen und vielen anderen Einrichtungen aus. Interessierte können es kostenlos im Internet oder unter Tel. 089/122220 anfordern. Dort sind auch alle aktuellen Veranstaltungstermine online abrufbar.

Die BayernTour Natur ist eine Gemeinschaftsaktion von Staat, Vereinen, Verbänden, Umwelt-

bildungseinrichtungen, Kommunen und Einzelpersonlichkeiten unter Federführung des Bayerischen Umweltministeriums: Seit 2001 laden Naturexperten alljährlich Naturinteressierte aller Altersgruppen zu fachkundig vorbereiteten und sachkompetent begleiteten Naturbegegnungen ein. Im vergangenen Jahr lockten rund 4.200 Veranstaltungen mehr als 50.000 Besucher in die Natur.

Weitere Informationen unter: [www.bayertour-natur.de](http://www.bayertour-natur.de) □

### Versicherungskammer Bayern:

#### Barbara Schick neues Vorstandsmitglied

Barbara Schick (51) wird neues Vorstandsmitglied der Versicherungskammer Bayern; die Juristin zeichnet für das Ressort Lebensversicherung verantwortlich. Der Aufsichtsrat der Bayern-Versicherung Lebensversicherung AG hat Barbara Schick jüngst offiziell berufen.

Schick ist seit 1991 in leitenden Positionen für den Konzern Versicherungskammer Bayern tätig - seit 2009 als stellvertretendes Vorstandsmitglied der Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung AG und der Öffentlichen Lebensversicherung Berlin Brandenburg



AG (beides Unternehmen des Konzerns Versicherungskammer Bayern). Die Funktion des stellvertretenden Vorstandsmitglieds für die Gesellschaften in Berlin führt sie zunächst in Personalunion weiter.

Schick tritt die Nachfolge von Dr. Harald Benzing an, der im November 2010 das Ressort Krankenversicherung als Vorstandsvorsitzender der Consal Beteiligungsgesellschaft AG, Bayerische Beamtinnenkassen AG, Union Krankenkasse AG, Union Krankenversicherung AG und Union Reiseversicherung AG übernommen hat. □

Grundlast soll hierbei durch den Bau von drei großen oder fünf bis sechs mittelgroßen, hocheffizienten, CO<sub>2</sub>-armen Gaskraftwerken gesichert werden. So werde erreicht, dass binnen einer Dekade die erneuerbaren Energien zum Herzstück der künftigen Energieversorgung im Freistaat werden. Wichtige Bestandteile des neuen Energiemix werden sowohl die Solar-, Wind- und

Wasserkraft als auch Biomasse und Geothermie sein.

Der Anteil der Photovoltaikenergie an der Stromerzeugung soll von 4 % auf bis zu 16 %, der Wasserkraft von 15 % auf 17 %, der Windenergieanteil von rund 1 % auf bis zu 10 %, der Biomasseanteil von rund 8,5 % auf 10 % und der Geothermieanteil von derzeit 0,02 % auf 1 % erhöht werden. **DK**

### Kernkraft

Das Abschalten der Kernkraftwerke in Bayern bis spätestens 2022 könne durch eine gezielte Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien von momentan schon 25 % auf möglichst über 50 % bis 2020 erreicht werden, heißt es in dem Konzept. Die

## Erfolgsschlüssel für...

(Fortsetzung von Seite 1)  
rund zehn Prozent höher als im Vorjahr.

Der massive Aufwärtstrend im Luftverkehr zeigte sich auch im weltweiten Handel mit Frachtgütern: Am Flughafen München wurde mit rund 70.000 Tonnen geflogener Luftfracht in den ersten drei Monaten gleich 21 Prozent mehr Transportgut als noch im Vorjahr umgeschlagen. Bei der Fracht geht der März 2011 sogar als neuer absoluter Rekordmonat in die Verkehrsstatistik ein: Mit knapp 27.000 Tonnen wurde mehr Luftfracht als jemals zuvor innerhalb eines Monats registriert.

Überdurchschnittlich fielen die Passagierzunächste am Münchner Airport auf den Langstrecken und im Europaverkehr aus: Der Fernreiseverkehr legte im ersten Quartal um 13,2 Prozent, der Europaverkehr sogar um 13,7 Prozent zu. Der innerdeutsche Verkehr wuchs um knapp sieben Prozent.

### Erweiterung nötig

Aufgrund dieser aktuellen Geschäftszahlen und den Entwicklungspotenzialen ist nach Kerklohs Worten eine Erweiterung des Flughafens dringend erforderlich. Eine dritte Startbahn löse bestehende Kapazitätsprobleme. Sie schaffe Platz, damit künftig 120 Flugzeuge pro Stunde starten oder landen können.

Der FMG-Geschäftsführer signalisierte Verständnis für die Sorgen der Nachbarn in der Region. Man bemühe sich um möglichst einvernehmliche Lösungen. Aufgrund der großen Bedeutung für Bayern bat Kerkloh vor allem die Kommunalpolitiker um Unterstützung.

In seinem Rechenschaftsbericht blickte der Landesvorsitzende der KPv, Landrat Stefan Rößle, auf das vergangene Jahr zurück. Gleichzeitiger rief er dazu auf, sich rechtzeitig auf die Kommunalwahlen 2014 vorzubereiten.

Rößle erinnerte an die Beschlüsse zum kommunalen Finanzausgleich, bei denen die KPv gemeinsam mit den Spitzenverbänden eine äußerst kommunfreundliche Lösung durchsetzen konnte. Die von CSU-Chef Horst Seehofer durchgesetzte Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund im Zuge der Hartz IV-Verhandlungen bezeichnete Rößle mit Blick auf die Kommunalfinanzen als „Meilenstein“. Damit sei ein Geburtsfehler der einstigen rot-grünen Regelung korrigiert.

Ebenfalls angesprochen wurden u. a. die Verhandlungen um die Regionalplanung und der Ausbau des schnellen Internets. Neben den aktuellen Themen gilt für die KPv auch, die Verbände von der Kandidatenfindung bis zum Wahltag mit Informationen, Schulungen, Tagungen und Beratung zu begleiten und zu unterstützen.

An die Spitze der Energie-Bewegung setzte sich die KPv mit ihrem auf der Landesversammlung mit überwältigender Mehrheit verabschiedeten Positionspapier zum schnelleren Umbau der Energieversorgung. Darin heißt es: „Die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU unterstützt den Weg der CSU, den Umstieg auf erneuerbare Energien schneller voranzutreiben. Dabei kommt auf die Kommunen als Innovations- und Investitionsmotor eine zentrale Bedeutung zu.“ Eine sichere, klimaverträgliche, wettbewerbsfähige und somit vom Ausland unabhängige Energieversorgung sei eine zentrale Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und Prosperität in Bayern.

Die Katastrophe in Japan und ihre Dimension stelle eine Zäsur in der Geschichte der Kernkraft und der Energiepolitik dar. Eine grundlegende Neubewertung der

Kernenergienutzung in Deutschland und Bayern sei deshalb erforderlich.

### Schnellstmöglicher Ausstieg

Die KPv sprach sich für einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kernenergie aus; angestrebt wird das Jahr 2020. Dies erfordert einen möglichst klimaschonenden Einsatz von zusätzlichen Gaskraftwerken, eine dynamische Entwicklung der erneuerbaren Energien und eine deutlich höhere Energieeffizienz. Gerade in den letzten beiden Punkten liege die große Chance für die Kommunen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien müsse verantwortungsbewusst und verträglich erfolgen. Die Energiewende könne die Konjunktur beleben und neue Arbeitsplätze schaffen.

Als Innovations- und Investitionsmotor unterstützen die Kommunen Bayerns

alle Bemühungen und Programme, den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen und das Ziel einer Verdoppelung bis 2020 zu erreichen

alle Maßnahmen zur Energieeinsparung und Steigerung der Energieeffizienz gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern

den Ausbau eines dezentralen Energieversorgungsnetzes bis hin zur energieautarken Kommune

schnelle Genehmigungen für neue, dezentrale Anlagen zur

Energieversorgung zu erreichen (z. B. durch Ausweisung von Vorrangflächen oder die Erstellung von Machbarkeitsstudien)

den verantwortungsbewussten und verträglichen Ausbau von Photovoltaik, Biomasse, Geothermie und Windenergie weiter voranzutreiben

die Nutzung der Wasserkraft zu optimieren und weitere Potenziale zu erschließen

den Bau von Pumpspeicherkraftwerken an geeigneten Orten. Die Speicherung ist eine Grundvoraussetzung für den verstärkten Einsatz regenerativer Energien

den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung

den Bau von Bürgersolaranlagen oder auch Bürgerwindkraftanlagen

Marktanzieheprogramme zur Ausschöpfung von Einsparpotenzialen

den Ausbau eines leistungsstarken Stromnetzes, um den Anforderungen der dezentralen Versorgungsstruktur gerecht werden zu können

die Einführung und Umsetzung intelligenter Stromnetze sowie

die intensive Forschung im Bereich der Energiespeicherung und Leistungssteigerung in der Energieerzeugung.

Dass in einer modernen Kommune Kommunikationsmittel wie Facebook, Twitter und Co nicht mehr wegzudenken sind, wurde zum Abschluss der Tagung deutlich. Die Präsenz der Kommunen auf Online-Plattformen ist mittlerweile ein wichtiger Bestandteil

## Missverhältnis von Theorie...

(Fortsetzung von Seite 1)  
den Anspruch prüfen müssen, dann Vereine die Kosten zu bestätigen haben, damit schließlich Behörden monatlich zehn Euro erstatten können. Somit liegen die Kosten für den bürokratischen Aufwand im Verhältnis zur Auszahlung von zehn Euro viel zu hoch.“

So gibt es zum Beispiel in Nürnberg rund 22.000 Anspruchsberechtigte, wie der Städtetagschef erläuterte. Um solche Fälle bearbeiten zu können, benötigen die Sozialämter Personal und eine passende EDV-Ausstattung zur Bearbeitung der Fälle. Für kleine Leistungen im Einzelfall werde somit maximaler Aufwand getrieben.

Die Eltern der Kinder mit Bildungs- und Teilhabeansprüchen kommen aus vier Leistungsbereichen, für die Organisationsstrukturen geschaffen werden müssen: Arbeitslosengeld II (Sozialgesetzbuch SGB II), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII), Wohngeld (Wohngeldgesetz) oder Kinderzuschlag (Bundeskindergeldgesetz). Entsprechend den örtlichen Verhältnissen kristallisieren sich verschiedene Organisationsformen in den Städten heraus: Teils soll die neue Aufgabe im Sozialamt, teils im Jugendamt konzentriert werden, wobei Schnittstellen mit den jeweils für die Grundleistungen zuständigen Stellen geschaffen werden müssen, etwa für den Datenaustausch. Teilweise werden die Leistungen aber auch direkt in den bisher für die Grundleistungen zuständigen Ämtern (Jobcenter, Arbeitsagenturen) dezentral erbracht.

Schaidinger: „Leichter wäre es natürlich gewesen, wenn der Bund seine Mittel direkt an Schulen und Kinderbetreuungs-einrichtungen gegeben hätte. Stattdessen wurden differenzierte Kriterien festgelegt, nach denen bedürftige Kinder bestimmte Leistungen erhalten. Diese Absicht zieht einen hohen bürokratischen Aufwand nach sich. Nun müssen komplexe Rechtsfragen zwischen Bund und Ländern geklärt werden, damit die Kommunen eine schlagkräftige Organisationseinheit errichten

können, um das Bildungs- und Teilhabepaket rasch und zielgenau abwickeln zu können.“ Der Städtetag fordert, im Zuge der Revision über den Abbau von Bürokratie zu verhandeln.

Mit Blick auf die UN-Behindertenrechtskonvention meinte der Verbandsvorsitzende: „Wenn sich alle fünf Fraktionen im Bayerischen Landtag auf deren Umsetzung einigen, kann das Bayerische Städtetag nur begrüßen: Dies gilt zumindest für die inhaltlichen Ziele auf dem Weg zum Ausbau der Inklusion an Schulen. Allerdings missfällt den Kommunen, wenn die enormen Kosten für ein inklusives Schulsystem im jetzigen Gesetzentwurf nicht einmal beziffert werden.“

Die behindertengerechte Nachrüstung von Schulen, Sanierung oder Erweiterung von Gebäuden und der barrierefreie Umbau von Klassenzimmern darf Schaidinger zufolge nicht allein die finanzielle Aufgabe für Kommunen sein. „Die Kommunen wollen die UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen, aber sie brauchen dafür auch die notwendigen Mittel. Es darf nicht nach dem Muster laufen, dass Bund und Land neue Rechtsansprüche verkünden, aber die Kommunen bei der Umsetzung im Stich lassen. Der Staat macht sich finanziell, personell und organisatorisch aus dem Staub und lässt den Druck voll auf die Kommunen ab.“

Wie der Verbandschef hervorhob, „wollen die Kommunen nicht das Prinzip der Inklusion in Frage stellen, aber sie kritisieren, dass die Kommunen bei der Umsetzung der Inklusion im Stich gelassen werden. Schließlich hat der Bund die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet und das Land setzt dies um. Das ist glasklar ein Fall für die Konnexität.“

Die Kommunen als Sachaufwandsträger hielten bereits ein gut ausgebautes System an Förderschulen und sonderpädagogischen Schulzentren vor, das im Laufe der letzten Jahrzehnte immer vielfältiger von Freistaat, Kommunen und freien und privaten Trägern zusammen aufgebaut worden sei. Nun werde mit der Inklusion ein neuer Weg be-

der Infrastruktur. Michael Kaupp vom Verband der Bayerischen Wirtschaft, Doris Ortlieb (Geschäftsführerin des Landesin-nungsverbandes des Bayerischen Friseurhandwerks) und Dr. Markus Riedhammer, Leiter der Abteilung Politik 2.0 in der CSU Landesleitung, erläuterten die Chancen und Vorteile und gaben hilfreiche Tipps bei der Nutzung der Internet-Portale. Das Übermitteln von Nachrichten und Informationen an ein breites Spektrum innerhalb kürzester Zeit gelinge mit keinem anderen Medium, lautete die übereinstimmende Botschaft.

### Digital natives

Wie Michael Kaupp hervorhob, sei Social Media Teil des (News)Alltags. Facebook beispielsweise verzeichne weltweit mehr als 600 Millionen Nutzer, davon 18 Millionen allein in Deutschland. Täglich loggten sich 50 Prozent ein und es gebe über 55 Millionen Statusupdates. Sechs Milliarden Fotos würden pro Monat auf Facebook hochgeladen und zudem 3,5 Millionen Veranstaltungen pro Monat eingetragen. Facebook verzeichne 1,6 Millionen „Seiten“ von Unternehmen und monatlich 90 Statusupdates pro User. Durchschnittlich habe jeder User 130 Freunde.

Transparenz, Partizipation und Offenheit stellten die drei großen Trends für Kommunen dar, so Kaupp. Digital natives seien die „Kunden der Kommunen von Morgen“. DK

schritten, der den gemeinsamen Unterricht von Behinderten an Regelschulen ermöglichen soll. Damit werden laut Schaidinger aber weniger Schüler auf die Förderschulen gehen und somit werden diese Einrichtungen nicht mehr voll ausgelastet sein, was wiederum weitere Kosten verursachen wird.

Stichwort Zukunftsrat: „Seit Januar läuft eine Diskussion um die Zukunftsfähigkeit Bayerns unter dem Vorzeichen der Globalisierung. Bayern braucht eine nachhaltige Förderstrategie für den internationalen Wettbewerb“, stellte der Städtetagschef fest. Die Diskussion habe gezeigt, dass es nicht allein darum gehen kann, sich auf Leuchttürme zu beschränken. Der Begriff „Leistungszentren“ im Gutachten des Zukunftsrats habe in die Irre geführt, weil er nicht den Zusammenhang zum bewährten System der zentralen Orte herstellt. Eine starre Definition von Leistungszentren mit fixen Kriterien (100.000 Einwohner, 60-Minuten-Radius) führe zu fatalen Ausgrenzungen und werde den spezifischen Stärken der zentralen Orte weder in Verdichtungsräumen noch in ländlichen Räumen gerecht.

Staatliche Entwicklungsstrategie und Förderpolitik müssen nach Ansicht des Bayerischen Städtetags zwei Ziele verfolgen: Zum einen müssten Stärken gefördert und zentrale Orte zu Leistungszentren entwickelt werden. Zum anderen seien strukturschwache Räume zu fördern, um das Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen in Bayern weiter zu verfolgen.

Schaidinger zufolge benötigt Landesentwicklung klare Regeln, nur eine konsequente Landesplanung könne der Zersiedelung Bayerns Einhalt gebieten. Bayern brauche kein „catch-as-catch-can“, sondern eine geordnete Entwicklung, auch mit Hilfe des Gebots „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“. Anstatt Gewerbegebiete, Einkaufszentren und Discounter samt Asphaltflächen für Parkplätze auf die grüne Wiese zu pflastern, müssten Flächen im Inneren besser genutzt werden. DK

## Ruf nach...

(Fortsetzung von Seite 1)  
zählen zum Beispiel Instrumente zur Musiktherapie, Werkzeug für „Handwerkliches Gestalten“ Videoprojektor für das Heimkino, komfortable Pflegestühle oder Aktivierungsgeräte.

Die Stiftung Altenhilfe ist eine gemeinsame Initiative der Gemeinden und des Kreises. Alle 32 Landkreisgemeinden zahlen jährlich pro Gemeindegewohner einen Solidarbeitrag von 50 Cent an die Stiftung. Der Landkreis stockt diesen Betrag noch einmal in gleicher Höhe auf. Die Stiftung lebt zusätzlich von den Zinsen aus dem Vermögensgrundstock sowie von Spenden von Privatpersonen, Firmen, Vereinen und anderen Institutionen, zudem von Zuwendungen aus Nachlässen oder Wohltätigkeitsveranstaltungen.

Walter Hartwig, Vorstand des Kommunalunternehmens Abfallwirtschaftsamt des Landkreises Miesbach, wartete am zweiten Veranstaltungstag mit Ausführungen zum Entwurf des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes auf. Es stehe zu befürchten, dass die Anschlusspflicht im Gewerbe komplett wegfällt – in Bayern etwa 20 bis 40 Prozent des Hausmülls, so Hartwig. Zudem sei das Aufleben der gewerblichen Sammlung von Haushaltsabfällen, insbesondere Papier, kaum noch zu verhindern. Auch müsse der Entzug weiterer Stoffströme durch eine „einheitliche Wertstofftonne“ in privater Hand kritisch gesehen werden. Hartwig empfahl eine frühzeitige Beschäftigung mit möglichen Auswirkungen; eine Umstellung auf die Papiertonne solle geprüft und ggf. in die Wege geleitet werden.

„Die Kommunen werden sich gegen die Rolle des Lückenbüßers wehren!“, hob Präsident Kreidl hervor. „Tritt das Gesetz in Kraft, so befürchtet nicht nur der Bayerische Landkreistag ein unreguliertes Nebeneinander von neuen Systemen, das zusätzlich die kommunalen Abfallgebühren in die Höhe treiben wird.“ Jakob Kreidl geht davon aus, dass in günstig zu entsorgenden Gebieten private Entsorgungsunternehmen versuchen werden, parallel zu den von den Landkreisen aufgebauten Entsorgungsstrukturen die werthaltigen Abfälle zu sammeln, die den größten Verwertungserlös einbringen.

### Private Anbieter als „Rosinenpicker“

Der Landkreistagschef zeigte sich überzeugt, dass umso mehr private Anbieter als „Rosinenpicker“ auftreten und die Entsorgung in den Ballungsräumen übernehmen werden, als die Abfallentsorgung lukrativer wird. Im ländlichen Raum oder auch bei sinkenden Wertstofflösen hingegen werden auch in Zukunft die Landkreise mit ihren Gebührenzahlern einspringen müssen. „Diese Vorhaltekosten des Wettbewerbs zu ungleichen Bedingungen müssen letztlich die Gebührenzahler über steigende Abfallgebühren tragen“, gab der Präsident zu bedenken.

Als besondere Gefahr für das über Jahre erfolgreiche Entsorgungssystem bezeichnete Kreidl die geplante Einführung der Wertstofftonne: „Die mit großen Aufwendungen der Kommunen errichteten Wertstoffhöfe, die zum Erfolgsmodell geworden sind, wird es in Zukunft in der bisherigen Form nicht mehr geben.“ Er forderte auf die Verpflichtung der Kommunen zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge vor Ort Rücksicht zu nehmen. Langfristige Investitionen der Kommunen in ihrer Entsorgungsinfrastruktur dürften nicht entwertet werden. „Die Kommunen müssen die Abfallströme be-

halten, für die sie bisher verantwortlich waren und für die sie die Entsorgungsanlagen eingerichtet haben.“

Mit den Ergebnissen der Gemeindefinanzkommission befasste sich der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums der Finanzen, Hartmut Koschyk, und beriet sie mit den Landräten Thomas Karmasin, Fürstenfeldbruck, Herbert Eckstein, Roth und Hubert Hafner, Günzburg. Die Diskussionsleitung hatte Landrat Gebhard Kaiser, Oberallgäu, inne.

### Grundsicherung

Koschyk zufolge stehen die Beratungen der Gemeindefinanzkommission vor dem Abschluss. Mit seiner Bereitschaft, die Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu übernehmen, habe der Bund ein deutliches und nachhaltiges Zeichen zur Entlastung der Kommunen gesetzt – und dies, ohne daran Bedingungen zu knüpfen.

Der Bund habe zugesagt, seine Beteiligung an diesen Ausgaben schrittweise anzuheben (2012: 45 %, 2013: 75 %) und ab 2014 eine komplette Erstattung vorzunehmen. Insgesamt werden die Kommunen damit allein im Zeitraum von 2012 bis 2015 um voraussichtlich mehr als 12 Mrd. Euro entlastet. Ab 2014 wird die jährliche Entlastung der Kommunen dann voraussichtlich mehr als 4 Mrd. Euro pro Jahr betragen. Hiervon entfällt auf die bayerischen Kommunen ein Anteil von etwa 12 Prozent. Die Entlastung für die Städte, Gemeinden und Landkreise in Bayern wird somit etwa 450 Mio. Euro pro Jahr betragen.

Gleichwohl ist nach Koschyks Worten die Bundesregierung nach wie vor überzeugt, dass eine umfassende Stabilisierung und Verstärkung der Kommunalfinanzen auch Veränderungen auf der Einnahmenseite erfordert. „Wir sollten daher die Erweiterung kommunaler Gestaltungsmöglichkeiten diskutieren, wie sie zum Beispiel mit einem kommunalen Hebesatzrecht am Gemeindeanteil an der Einkommensteuer verbunden wäre. Ebenso sollte geprüft werden, ob wir uns auf Modifikationen bei den Hinzurechnungen der Gewerbesteuer verständigen könnten.“

„Die Entlastung der Kommunalfinanzen befindet sich auf einem guten Weg“, bilanzierte auch Präsident Kreidl, der die Bemühungen des Bundes positiv bewertet. „Ich gehe auch davon aus, dass die einzelnen Bundesressorts nun endlich die Vorschläge des Bayerischen Landkreistags zur Entlastung der Kommunalfinanzen übernehmen.“

- Im Einzelnen sind dies:
1. Stärkere Heranziehung von hohen Einkommen bei der Finanzierung von Leistungen sowie Ergänzung der Kostenbeiträge für ambulante Leistungen im Kinder- und Jugendhilfegesetz.
  2. Einschränkung des Wunsch- und Wahlrechts im Sozialgesetzbuch.
  3. Erhöhung des Betrags zur Abgeltung der häuslichen Ersparnisse in vollstationären Einrichtungen der Behindertenhilfe.
  4. Erleichterung der Abzweigung von Kindergeld bei Unterbringung in vollstationären Einrichtungen der Behindertenhilfe.
  5. Festhalten am abgesenkten Regelsatz für Bewohner von häuslichen Gemeinschaften.
  6. Einbeziehung der Empfänger laufender Sozialhilfe nach dem SGB XII in die gesetzliche Krankenversicherung. DK

# Scheitert die Energiewende am Wutbürger?

Von Dr. Manfred Miosga\*

Laut einer forsa-Umfrage halten rund 95 % der Deutschen den Ausbau und die verstärkte Nutzung Erneuerbarer Energien für „wichtig“, „sehr wichtig“ oder sogar „außerordentlich wichtig“. Weiterhin wurde festgestellt, dass die Akzeptanz durch eigene Erfahrungen mit Erneuerbaren-Energieanlagen sogar noch steigt. Im Gegensatz dazu stehen die wachsenden Berichte von massiven Bürgerprotesten gegen Anlagen Erneuerbarer Energien: Der „Wutbürger“ scheint die Windräder, Geothermieanlagen, Pumpspeicher- und Biomasseheizkraftwerke oder Hochspannungsstromleitungen für sich entdeckt zu haben.

Kaum noch ein Erneuerbare-Energien-Projekt, gegen das sich keine Bürgerinitiative bildet. Immer zahlreicher werden die Bürgerbegehren und Bürgerentscheide. Windkraftgegner tauschen sich mittlerweile über zentrale Internetportale aus und stimmen Strategien des Widerstands ab. Droht die Energiewende am Bürgerprotest zu scheitern?

Es wäre jedoch falsch, die kritische Haltung der Betroffenen pauschal als ignorant zu diffamieren, die nach dem St. Floriansprinzip vor allem in ihrem Vorgarten keine solchen Anlagen haben wollen (sog. last settler und Nimby – not in my backyard). Nicht selten befeuern Fehler in der Informationspolitik oder im Planungsprozess, eine tiefgreifende Verunsicherung über die tatsächlichen Technikfolgen und ein Misstrauen gegen anonyme Großinvestoren den Widerstand.

Die Verunsicherung ist nachvollziehbar: Der Umstieg auf Erneuerbare Energien bringt eine umfassende Umwälzung vorhandener Strukturen mit sich, wird die Landschaft verändern und neue Infrastrukturen und Techno-

logien erfordern. Anders als bei der zentralisierten fossil-atomaren Energiewirtschaft mit ihren wenigen Großkraftwerken besteht die Energiewende aus einer großen Vielzahl dezentraler Anlagen zur Energieerzeugung, die für jeden unmittelbar in der nahen Umgebung erlebbar sind. Die Risiken einzelner Technologien müssen offen gelegt und gegen die klimaschädigende Wirkung der fossilen Brennstoffe und die Risiken der Kernenergie abgewogen werden. Dieser Prozess muss im Großen wie im Kleinen mit den Bürgerinnen und Bürgern ablaufen anstatt gegen sie.

Der rasche Schwenk der Bundes- und Landespolitik darf nicht dazu führen, dass die Energiewende von oben oktroyiert wird, nach dem Motto: Wir brauchen möglichst schnell Ummengen neuer Windräder, Pumpspeicherkraftwerke, Gaskraftwerke und Überlandleitungen und um dies zu beschleunigen, werden Planungsverfahren verkürzt und Beteiligungsmöglichkeiten beschnitten. Solche Ankündigungen wirken bedrohlich. Erforderlich ist die Energiewende von unten.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen in ihren Kommunen gemeinsam den Weg in die Energiewende finden und beschreiten. Auf der Basis kommunaler Studien zu Energiesparpotenzialen, künftigen Energiebedarfen und Potenzialen Erneuerbarer Energien kann unter intensiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger eine individuelle lokale Strategie zur Energiewende erarbeitet werden. Diesen Service bieten Fachfirmen aus dem Erneuerbaren-Energie-Bereich wie zum Beispiel die Kommunalberatung KlimaKom und der alternative Energiedienstleister Green City Energy an.

## Faires Verfahren

Für die einzelnen Anlagen Erneuerbarer Energien gilt dann: Sie müssen sich in die lokale Versorgungsstrategie einpassen und sie werden in einem transparenten, offenen und fairen Verfahren geplant. Viele Kommunen, die mit Hilfe der Förderung des Bundesumweltministeriums an kommunalen Klimaschutzkonzepten arbeiten, nutzen inzwischen außerdem die Anlagen-Finanzierungsmöglichkeit der Bürgerbeteiligung (www.klima-kommune.de).

In Einzelfällen wird vermutlich auch eine frühzeitige, transparente und enge Einbindung der Anwohner Streit und Widerstand gegen Anlagen Erneuerbarer Energien nicht verhindern können. Die Einrichtung unabhängiger Schiedsstellen und Mediationsverfahren

zur Konfliktlösung und Abwägung von Alternativen sind aber allenfalls bessere Ansätze, als eine gegenseitige Blockade und die Eskalation der Auseinandersetzung. Doch auch bei den Bürgern ist ein gewisses Umdenken unvermeidlich. Die generelle Ablehnung jeglicher regenerativer Kraftwerksformen in der eigenen Nachbarschaft ist nicht mit einem Energieumstieg vereinbar.

Ein weiterer Aspekt der Bürgerbeteiligung ist ebenfalls entscheidend: Die Energiewende beinhaltet die Chance, benötigte Energie direkt vor Ort zu erzeugen. Das Misstrauen gegen einen anonymen Investor kann ersetzt werden durch lokale und regionale Betreibergesellschaften, an denen sich die Bürgerinnen und Bürger beteiligen können, deren Firmenpolitik sie mitgestalten und von deren Erträgen sie profitieren. Durch diese Bürger-Einbindung stehen die Chancen gut, dass der Umstieg auf Erneuerbare Energien auf breiten Konsens trifft und so von einem Großteil der lokalen Bevölkerung getragen wird.

\* Unser Autor Dr. Manfred Miosga ist Professor für Stadt- und Regionalentwicklung an der Uni Bayreuth und Gründungsmitglied der Klimakom Kommunalberatung eG, die sich auf Beteiligungsprozesse im kommunalen Klimaschutz und integrierte Strategien zur lokalen und regionalen Energiewende spezialisiert hat (www.klimakom.de). Gemeinsam mit der Green City Energy GmbH hat KlimaKom zahlreiche Klimaschutzkonzepte in Süddeutschland erarbeitet. GCE bietet als alternativer Energiedienstleister Modelle für Bürgerbeteiligungsanlagen an (www.greencity-energy.de). Kontakt: [info@klimakom.de](mailto:info@klimakom.de) bzw. [info@greencity-energy.de](mailto:info@greencity-energy.de)



Matthias Heinz von Green City Energy (r.) präsentiert eine Anlage des Bürgersolarparks Garching 2010.

## Stromverbrauch in Bayern:

# Erneuerbare Energien decken 28 Prozent

Im Jahr 2010 haben die erneuerbaren Energien nach einer Hochrechnung des Verbandes der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW zu über einem Viertel den Stromverbrauch aus dem Netz der allgemeinen Versorgung in Bayern gedeckt.

Den weitaus größten Anteil leistet nach wie vor die Stromerzeugung aus Wasserkraft (ca. 15,2 Prozent), gefolgt von der Biomasse einschließlich Deponie- und Klärgas (ca. 6,5 Prozent) und der Photovoltaik (ca. 5,7 Prozent). Windenergie (ca. 0,7 Prozent) und die Geothermie spielen eine untergeordnete Rolle. Die stärksten Zuwächse waren 2010 bei der Photovoltaiknutzung festzustellen. Diese ist die teuerste Form der Stromerzeugung. Auch mehrere Wasserkraftwerke wurden neu in Betrieb genommen oder modernisiert.

Während die Stromerzeugung aus Wasserkraft und Biomasse rund um die Uhr und auch im Winter zuverlässig einen Beitrag

zur Energieversorgung leisten, wird der Photovoltaikstrom nur an den sonnigeren Tagen in das Netz eingespeist. Erst wenn es kostengünstige Speichertechnologien gibt, ist dieses entscheidende Manko der Photovoltaik zu beheben.

Die bayerische Wasserkraft leistet zum Ausgleich der schwankenden Stromerzeugung aus Sonne und Wind mit ihren Pumpspeicherkraftwerken bereits heute wertvolle Beiträge. Der erneuerbare Strom wird durch das EEG gefördert. Der Mehrpreis für die Integration der Erneuerbaren wird auf die Stromkunden umgelegt. Zehn Jahre nach in Kraft treten des EEG beträgt der Aufschlag auf die Stromrechnung rund 15 Prozent.

## NACHBARSCHAFT



## WEITBLICK

**Kundennähe oder Standardisierung ist für manche Energieversorger die große Frage. Für andere das große Plus.**

Lassen die Gesetze des Marktes es zu, dass lokale Dienstleister auch künftig immer ein offenes Ohr für ihre Kunden haben? Eine von vielen Aufgaben, die heute neue Antworten erfordern. Im starken Stadtwerke-Netz der Thüga-Gruppe gehen kommunale Unternehmen den gemeinsamen Weg, um die Energie- und Wasserversorgung unserer Lebensräume nachhaltig zu sichern. Selbstständig, marktgerecht und zukunftsorientiert – das große Plus für bereits 450 Städte mit über 8 Mio. Menschen. Mehr über Ihre Möglichkeiten unter [thuega.de](http://thuega.de)

**thüga**  
Das große Plus für alle

Treffen in München:

## Internationale Gas Union verabschiedet Deklaration

33 hochrangige Vertreter der Gasindustrie aus 17 Ländern berieten über die Positionierung von Erdgas

Jüngst kamen in München hochrangige Vertreter der Gasindustrie zusammen, um über das Image von Erdgas zu diskutieren und die vorhandenen starken Argumente für Gas in einer kohlenstoffarmen Wirtschaft zusammenzutragen. Ausgerichtet wurde das Treffen von der Internationalen Gas Union (IGU), die derzeit unter malaischer Präsidentschaft (Triennium 2009-2012) steht. Die Organisation lag bei der Bayerngas GmbH, München. Der Geschäftsführer der Bayerngas, Marc Hall, ist Vorsitzender des Marketing Komitees der IGU.

Eine der wichtigsten Initiativen der IGU unter Führung des malaisischen Präsidenten, Datuk Rahim Hashim, ist ein stärkeres Bewusstsein für den Nutzen des Energieträgers Gas zu schaffen.

Datuk Rahim Hashim wies in München darauf hin, dass der Dialog zwischen Politik und Wirtschaft weiter verbessert werden müsse, um Gas als Teil der Lösung bei einer umweltschonenden und nachhaltigen Energiezukunft zu positionieren. „Erdgas ist vor allem in Anbetracht der finanziellen Lage öffentlicher Haushalte eine verfügbare Lösung, die die beiden Pole Klimawandel und Energiesicherheit verbindet“, so Datuk Rahim Hashim. Zwei weitere Initiativen dieser Art werden in Europa derzeit von Eurogas und dem European Gas Advocacy Forum (Group of 8) vorangetrieben. Das Meeting in München hat dazu gedient, die verschiedenen Initiativen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Die Teilnehmer einigten sich hierbei auf folgende Erklärung:

### Munich Declaration

Erdgas muss effektiver und inhaltlich konsistenter positioniert werden, um die Vorteile des Energieträgers für eine kohlenstoffarme Wirtschaft deutlicher zu machen.

Die wichtigsten Herausforderungen für Erdgas sind:  
 ▶ Fehlende Kenntnisse über Erdgas auf Seiten der Medien und der Öffentlichkeit.

▶ Wahrnehmung, dass Erdgas undifferenziert ebenso als fossiler Brennstoff gesehen wird wie Kohle und Öl.

▶ Geopolitische Einflüsse auf das Gasgeschäft (Ukraine-Krise).

▶ Vorbehalte von Seiten der Umweltverbände, sich für einen stärkeren Gasverbrauch, der über eine Übergangsphase hinausgeht, auszusprechen.

Die Chancen von Erdgas sind aber auch vielfältig:

▶ Kohle durch Erdgas im Energiemix ersetzen: Die einfachste und kosteneffizienteste Möglichkeit, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Damit ließe sich auch die Wettbewerbsfähigkeit und der Wohlstand der Gesellschaft erhalten. Die weltweite Versorgungssicherheit mit Erdgas ist aufgrund erhöhter Ausweisung von Ressourcen und Förderung von unkonventionellem Gas gestiegen.

▶ Der Fokus auf Klimapolitik und Energiesicherheit könnte Erdgas attraktiver machen.

▶ Die zunehmende Bedeutung erneuerbarer Energien wird eine verlässliche Komplementär-Energiequelle unabdingbar machen. Erdgas ist der perfekte Partner, da flexibel einsetz- und speicherbar.

▶ Mit der Produktion von Biogas und anderen erneuerbaren Gasen (Synthesegas), die die bestehende Gasinfrastruktur nutzen können, kann Gas als „grüne“ Energie definiert werden.

▶ Neue Partnerschaften mit sozialen Gruppen und Umweltgruppen sollen sondiert werden.

Die folgenden Schlüsselbotschaften müssen von der Gasindustrie hervorgehoben werden:

1. Erdgas ist sauber. Die Verbrennung setzt weder Schwefel noch Feststoffabfälle frei. Es werden weniger Stickstoffe als bei Kohle und 50 % weniger CO<sub>2</sub> produziert. Der Nutzen für die Umwelt kann sofort realisiert werden.

2. Erdgas ist ausreichend verfügbar. Das Verhältnis von Reserven zu Produktion ist von 60 auf 250 Jahre durch die Hinzunahme unkonventionellen Erdgases angestiegen. Darüber hinaus wird die Produktion von Biogas und synthetischem Gas, die erneuerbare Energien sind, stetig wachsen.

3. Erdgas ist jetzt verfügbar. Es ist leicht zugänglich aus einer Vielzahl von Quellen über Pipelines und LNG. Es kann auch dezentral genutzt werden.

4. Erdgas ist mehr als ein herkömmlicher fossiler Brennstoff. Als Primärenergie ist es vielseitig einsetzbar, hocheffizient und kann ohne Energieumwandlungsverluste in Wärme und Strom umgewandelt werden.

5. Erdgas ist sicher. Der Erdgassektor hat die beste Sicherheitsbilanz in der Industrie.

6. Erdgas ist effizient, kostengünstig und verlässlich. Moderne Gaskraftwerke sind um 40 % effizienter als Kohlekraftwerke. Die Nachfrage nach Strom aus Gaskraftwerken nimmt aufgrund seiner Verfügbarkeit, preislichen Wettbewerbsfähigkeit und erwiesenen Verlässlichkeit zu. Außerdem ist Erdgas die beste Reservekapazität für Wind und trägt dazu bei, die CO<sub>2</sub> Ziele zu erreichen.

7. Erdgas ist vielseitig. Erdgas kann als flexibler Partner in der Stromerzeugung für erneuerbare Energien wie Wind und Solar eingesetzt werden. Erdgas macht Er-

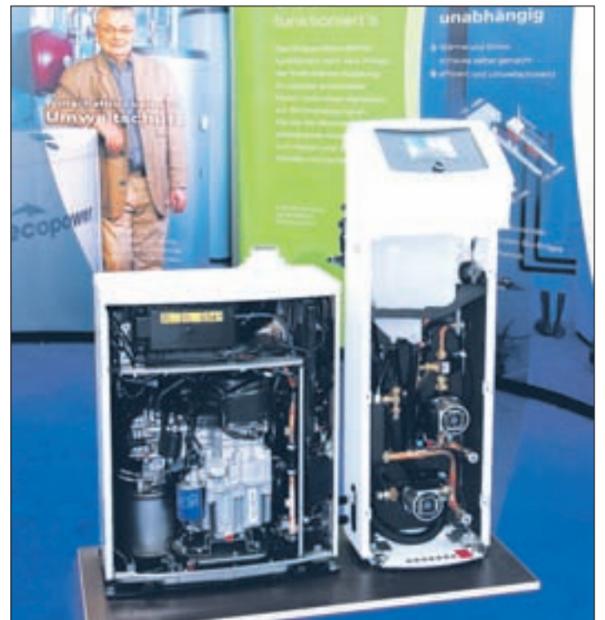
neuerbare Energie erst möglich.

8. Erdgas hat sich bewährt. Der Einsatz und die Kosten basieren auf vorhandene, bewährte Technologien, nicht nur auf Hoffnungen auf künftige Fortschritte oder Durchbrüche (wie für „clean coal“, „small scale nuclear fusion“).

9. Erdgas braucht keine Subventionen. Im Gegensatz zu stark subventionierten erneuerbaren Energien und Technologien können Länder ihre Emissionen kostengünstig reduzieren.

10. Erdgas schafft Arbeitsplätze und Wachstum. Erdgas kann eine Schlüsselrolle bei nachhaltigem Wirtschaftswachstum spielen.

11. Erdgas schafft Synergien. Kooperationen sind die Grundlage für Geschäftsbeziehungen in der Gaswirtschaft, gerade wenn in Großprojekten mehrere Partner beteiligt sind. Die Gasindustrie fördert außerdem gute Beziehungen zwischen Ländern. Außerdem findet Erdgas Konsens in der Gesellschaft. □



Ein Mikro-Blockheizkraftwerk von erdgas schwaben. □

### Mikro-BHKW:

## Privater Atomausstieg

erdgas schwaben fördert die Anschaffung eines hocheffizienten Mikro-BHKW. Das Mikro-BHKW betrieben mit Erdgas oder Bio-Erdgas, wurde speziell für Ein- und Zweifamilienhäuser oder Kleingewerbetreibende entwickelt. Es ist kleiner als eine Waschmaschine und spart rund 30% Primärenergie, bei bis zu 60% geringerem CO<sub>2</sub>-Ausstoß.

Wie jedes BHKW funktioniert es nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung (KW): Es produziert gleichzeitig Strom, sowie Wärme für Heizung und Warmwasser, denn die Abwärme des Motors während der Strom-

erzeugung, wird für die Heizung genutzt. Bei Bedarf liefert ein Brennvorgang zusätzliche Wärme. Wird mehr Strom erzeugt als verbraucht wird er über den Stromzähler ins Netz eingespeist und vergütet. □

Das Mikro BHKW ist, wie jede Erdgastechnik, hervorragend mit CO<sub>2</sub>-neutralem Bio-Erdgas kombinierbar – ganz ohne Umrüsten. Bio-Erdgas ist Energie aus nachwachsenden Rohstoffen oder biologischen Abfällen, stammt direkt aus der Heimat und ist 100% umweltschonend. erdgas schwaben investiert jährlich über 10 Mio Euro in den Bereich erneuerbarer Energien und bietet Bio-Erdgas aus vier regionalen Anlagen an. □

### Kernkraftwerks-Abschaltung:

## Verkürzte Diskussion

Bayerngas bemängelt Panikmache und befürchtet eine erneute Schiefelage bei der absehbaren Revision des Energiekonzepts

„Sollten die jetzt aufgrund des Moratoriums abgeschalteten Kernkraftwerke dauerhaft vom Stromnetz bleiben, werden die Lichter selbst in Süddeutschland nicht ausgehen. Durch eine höhere Auslastung allein der bestehenden Gaskraftwerke kann kurzfristig die Stromerzeugung von fünf Kernkraftwerken mit je 1.000 MW in Deutschland kompensiert werden. Dies ist grundsätzlich auch das Ergebnis des Gutachtens der Universität Flensburg. Besorgniserregend ist, dass es bei der gegenwärtigen Debatte wieder in die falsche Richtung geht. Gas wird erneut aus dem falschen Blickwinkel betrachtet“, sagte Marc Hall, Geschäftsführer der Bayerngas GmbH.

„Es wird über einen zu forcierenden Stromnetzausbau und über die Anbindung des deutschen Stromnetzes an große Stromspeichermöglichkeiten in Norwegen gesprochen und Gas findet maximal Erwähnung im Kontext von Großkraftwerken. Das Thema effizienter Umbau hin zu einer CO<sub>2</sub>-neutralen Energieversorgung mit dezentraler Stromwärmekopplung unter Ausnutzung der bestehenden, leistungsfähigen Gasinfrastruktur wird erneut ausgeblendet“, so Hall weiter.

### Gesamtenergetische Betrachtung

„Statt über norwegische Stromspeicher und neue Leitungsstrassen zu sprechen, sollten die Potenziale von Gaspipelines und Untertagespeichern in der Diskussion berücksichtigt werden. Gas kann Strom in Deutschland speichern. Es ist sowohl Partner der Erneuerbaren als auch Systempartner, um die volatile Erzeugung von Ökostrom zu managen. Der heiß diskutierte Netzausbau ließe sich entschärfen, nähere sich die Politik mit einer gesamtenergetischen Betrachtung von der richtigen Seite“, sagte Hall.

### Über 2050 hinaus

Die Gaswirtschaft hat mit dem DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. eine Lösung aufgezeigt, die über die magische Zahl 2050 hinausgeht.

Die Gasinfrastruktur ist selbst danach für Erneuerbare nutzbar und Methan kann über Elektro-

lyse aus Wind gewonnen werden. Gas kann nahezu CO<sub>2</sub>-neutral sein.

### Energetischer Umbau

Bayerngas erhofft sich von der folgenden politischen Debatte ein Blick über den Stromtellerrand hinaus. Nur unter Einbeziehung des Strom-, Wärme- und Transportsektors kann der energetische Umbau in Deutschland erfolgreich angegangen werden. □

### ESB erklärt Mikro-Kraft-Wärme-Kopplung

Der recht junge Markt für die so genannte Mikro-Kraft-Wärme-Kopplung im Einfamilienhausbereich startet seit 2011 mit neuen Geräten durch. Der Informationsbedarf ist vor allem bei Modernisierern und Bauherren groß. Wie die Geräte funktionieren und für welche Gebäude sie sich eignen, dies können Verbraucher und Bauherren jetzt auch auf der Internetplattform Youtube erfahren. Der Energieversorger Energie Südbayern hat dafür speziell zum Thema Mikro-Blockheizkraftwerke einen Animationsfilm produziert und ins Netz gestellt. Künftig werden hier auch noch andere neue Heiztechnologien und Informationen aus der Energiewelt zu sehen sein.

ESB-Channel auf Youtube: <http://www.youtube.com/user/EnergieSuedbayern> □

## Bayerngas Norge erhält Produktionslizenz

Bayerngas Norge erhält in der 21. Lizenzrunde des norwegischen Staates 15 Prozent an der Produktionslizenz PL596.

München. Die Bayerngas Norge AS, Oslo, hat vom norwegischen Staat im Rahmen der 21. Lizenzrunde 15 Prozent an der Produktionslizenz PL596 erhalten. Die Lizenz liegt in der Norwegischen See und erstreckt sich über sieben Blöcke (6301/3; 6302/1,2,3; 640/12; 6402/10,11). Der Betriebsführer in der Lizenz ist ExxonMobil Exploration & Production Norway AS (35 Prozent). Weitere Partner sind E.ON Ruhrgas Norge AS (20 Prozent), RWE DEA Norge AS (15) und

Spring Energy Norway AS (15).

### Sieben Blöcke

Die norwegische Regierung hat insgesamt 24 Produktionslizenzen in 94 Blöcken vergeben. Zwölf Lizenzen liegen in der Norwegischen See und zwölf in der Barentssee. Bis zum Bewerbungsschluss am 3. November 2010 hatten sich 37 Unternehmen um Lizenzen beworben. Davon haben 29 Unternehmen von der norwegischen Regierung einen Zuschlag erhalten. □



Strom und Wärme selber machen mit dem **Mikro-BHKW**, dem Kraftwerk für zuhause



Informationen unter [www.erdgas-schwaben.de](http://www.erdgas-schwaben.de)

Wir sind da, wo unsere Kunden sind

E.ON Bayern Partner der E-Bike Region Bayerischer Wald:

## Wasi und Röhl steigen um aufs E-Bike

Es ist nicht leicht, das Gefühl zu beschreiben, mit einem E-Bike zu fahren. Aber Markus Wasmeier hat eine interessante Beobachtung gemacht: „Ich hab noch keinen gesehen, bei dem nicht die Mundwinkel zu den Ohren gehen.“ Und so eröffnete der Skifahrer zusammen mit dem Rallyefahrer Walter Röhl die E-Bike Saison im Bayerischen Wald, der größten KTM E-Bike Region Europas - mit den Mundwinkeln an den Ohren.

Es ist der Tag, an dem das Bundeskabinett in Berlin ein „Regierungsprogramm Elektromobilität“ verabschiedet. Im Bayeri-

schen Wald ist man schon ein paar Radlängen weiter: Der Tourismusverband Ostbayern ging zusammen mit seinem Partner



Wasi und Röhl: Markus Wasmeier (links) auf einem KTM eGnition/lim88 und Walter Röhl auf einem KTM eLycan unterwegs im Bayerischen Wald.

REGAS und E.ON Bayern Wärme:

## Bioerdgasanlage Kallmünz eröffnet

Wichtiger Schritt auf dem Weg zur regenerativen Energieproduktion

„Mit der Bioerdgasanlage Kallmünz leistet die REGAS – ein Unternehmen von REWAG und E.ON Bayern Wärme – einen wichtigen Beitrag zur weiteren Entwicklung der Region“, freut sich REWAG-Aufsichtsratsvorsitzender Hans Schaidinger bei der offiziellen Eröffnung der Anlage. „Die Wertschöpfung bleibt hier bei uns und wir machen uns wieder ein Stück weniger abhängig in der Energieversorgung, weil in der Region Energie produziert wird“, so der Aufsichtsratsvorsitzende.

Mit einem gemeinsamen Knopfdruck haben Hans Schaidinger, REWAG-Vorstandsvorsitzender Norbert Breidenbach, E.ON Bayern-Vorstandsvorsitzender Thomas Barth, die REGAS-Geschäftsführer Manfred Ritz und Karl-Wolfgang Brunner, Herbert Mirbeth, Landrat des Landkreises Regensburg, Siegfried Bauer, Bürgermeister des Markts Kallmünz, und Bauernverbands-Kreisobmann Johann Mayer die Bioerdgasanlage offiziell in Betrieb genommen.

56 Millionen Kilowattstunden Bioerdgas wird die Anlage vor Ort produzieren, daraus entstehen dann in hocheffizienten dezentralen KWK-Anlagen etwa 22 Millionen Kilowattstunden Strom. Das von beiden Partnern zu gleichen Anteilen gehaltene Tochterunternehmen REGAS trägt somit dazu bei, langfristig die Versorgung mit Strom und Gas sichern zu helfen. Darüber hinaus setzen die Unternehmen mit der Anlage auf den Ausbau erneuerbarer Energien und übernehmen so Verantwortung für die Umwelt.

„Seit Jahren verfolgt die REWAG konsequent das Unternehmensziel, die effiziente und regenerative Energieerzeugung voranzubringen“, betonte REWAG-Vorstandsvorsitzender Norbert Breidenbach. Gerade erst vor wenigen Wochen hat die REWAG den ersten bayerischen Wald-Windpark offiziell in Betrieb genommen. Der Bau weiterer Biogasanlagen in anderen Gemeinden der Region war geplant, alle sind jedoch am Widerstand der Bevölkerung gescheitert. „Doch in Kallmünz hat das alles sehr gut funktioniert und dafür möchte ich mich bei allen Beteiligten herzlich bedanken“, so Breidenbach weiter. „Wir sind stolz, dass wir durch

ein Netzwerk aus Kommunen, Energieunternehmen und der Landwirtschaft den Bau der ersten Biogasanlage dieser Art im Landkreis Regensburg initiieren konnten“, erklärte Landrat Herbert Mirbeth. „Die Biogasoffensive, die ein zweites Standbein für die Landwirtschaft darstellt, trägt somit erste Früchte. Jeder Euro, der in der Region bleibt, ist gut für die Landwirtschaft und steigert unsere eigene Wertschöpfung im Landkreis.“

„Ja“ zur Region und zu erneuerbaren Energien

Thomas Barth, Vorstandsvorsitzender der E.ON Bayern AG, unterstrich die Vorzüge der neuen Anlage: „Mit Biogas nutzen wir die heimischen Ressourcen sehr effizient und können damit sowohl die aktuellen energie- als auch umweltpolitischen Ziele schneller erreichen. Eines kommt noch hinzu: Durch die Einspeisung des aufbereiteten Bioerdgases ins Ergasnetz können wir das Gas auf die Reise schicken und sind nicht mehr an einen Wärmeabnehmer vor Ort gebunden.“ Er sehe das Projekt als Fortführung der 2006 im benachbarten Schwandorf begonnenen Bioerdgasoffensive des Unternehmens. „Unser Engagement beim Biogas passt in unsere Strategie, weil es einen zentralen Pfeiler künftiger Energieversorgung darstellt“, so Barth.

Nachdem die Biogasanlage Schwandorf von E.ON Bayern in die REGAS eingebracht wurde, war der Bau der Bioerdgasanlage Kallmünz das erste gemeinsame Projekt der beiden Energieversorger. Rund 14 Millionen Euro investierten REWAG und E.ON Bayern in das Bauvorhaben.

E.ON Bayern eine Kooperation mit dem österreichischen Fahrradhersteller KTM ein und stattet Hotels, Tourist-Informationen und sonstige Verleihstationen mit Elektrofahrrädern aus.

90 Verleihstationen mit rund 300 E-Bikes in nur vier Monaten. So lauten die Zahlen, die Tourismusverbands-Geschäftsführer Dr. Michael Braun nicht ohne Stolz verkündet. Und: Der Bayerische Wald mit seinen 6.000 Quadratkilometern Fläche und dem weit verzweigten Radwegenetz ist jetzt die größte E-Bike-Region Europas. „Niederbayern ist das Texas Bayerns. Hier ist alles etwas größer“, scherzte der niederbayerische Regierungspräsident Heinz Grunwald dazu. Was Ex-Ski-As Markus Wasmeier angesichts der Landschaft aber so nicht stehen ließ: „Hier sind es Hügel, bei uns vom Schliersee sind es Berge.“

Von Spatzenwadln und Gipfelstürmern

Dennoch scheuten die Genussradler in Niederbayern bisher das Mittelgebirge mit seinen Steigungen und strampelten lieber im Flachland entlang der Donau. Erst das E-Bike schafft es jetzt „Spatzenwadln und Gipfelstürmer zusammen zu bringen“, wie E.ON Bayern Technikvorstand Hermann Wagenhäuser es ausdrückte.

„Biken ist eines der wichtigsten Elemente, um fit zu werden und fit zu bleiben“, meint Wasmeier. Das Problem bei Ausflügen in der Gruppe ist oft das unterschiedliche Fitness-Niveau. Die Trainierten können das Gefühl bekom-

men wie Mais oder Gras nötig. Mit der Aufnahme von Energiepflanzen in den Anbau werden von den Landwirten zusätzliche Pflanzen in die bestehende Fruchtfolge integriert. Positiver Nebeneffekt ist, dass die Bodenfruchtbarkeit verbessert sowie der Befall durch unerwünschte Beikräuter und Schädlinge reduziert wird. Die REGAS-Verantwortlichen setzen sich dafür ein, dass die Produktion der Einsatzstoffe entsprechend nachhaltig betrieben wird.

Maximal 900 Hektar Anbaufläche sind für die Energiepflan-

men, von langsameren Fahrern gebremst zu werden. Diese wiederum haben bisweilen Angst, den Anschluss zu verlieren. Die Elektro-Unterstützung am Fahrrad kann helfen, diese Unterschiede zu beseitigen.

E-Bikes können Ehen beleben

Der passionierte Mountainbiker Walter Röhl, der inzwischen auch im Bayerischen Wald wohnt, hat zum E-Bike erst mal eine Befürchtung: „Die Gefahr, dass man bequem wird, ist groß.“ Dennoch sieht auch er mögliche positive Aspekte. Zum Beispiel für seine Ehe: „Vielleicht könnte ich meine Frau mal wieder zum Radeln bewegen.“

Dass man dabei auch über das Ziel hinausschießen kann, hat Markus Wasmeier erfahren. Nach längerer Zeit war das Ehepaar Wasmeier wieder mal gemeinsam auf Radtour gegangen. Allerdings mit einem für Markus dann doch überraschenden Ergebnis: „Meine Frau am E-Bike hat die Landschaft genossen. Ich hab davon wenig mitbekommen. Ich musste auf dem normalen Rad hinterherstrampeln.“

Dabei müssen es noch nicht einmal High-End-Bikes sein, wie sie KTM bei der Saisonöffnung als Weltpremiere vorstellt: das eLycan als vollgefedertes Mountainbike in Leichtbauweise oder die Studie eGnition, die mit 1.200 Watt und 150 Newtonmeter maximale Unterstützung die aktuellen Grenzen der einspurigen Elektromobilität aufzeigt. Für KTM-Chefin Carol Urkauf-Chen war angesichts der Wasmeierschen „Hügel“ im Bayerischen Wald auch klar: „Ohne E-Bike könnte ich hier nicht Rad fahren.“ Ob bei der E-Bike-Herstellerin beim E-Bike-Fahren noch die Mundwinkel zu den Ohren gehen, ist nicht überliefert.

Jahresbilanz der Wasserkraftwerke an der Mittleren Donau:

## Zufriedenheit bei E.ON und RMD

Wasserkraft kommt zum Zug

Erfreuliche Bilanz: Die fünf Laufwasserkraftwerke Bertoldsheim, Bittenbrunn, Bergheim, Ingolstadt und Vohburg erzeugten im vergangenen Jahr insgesamt 674,4 Millionen Kilowattstunden CO<sub>2</sub>-freie Energie für die Züge der Deutschen Bahn. Mit dieser Strommenge könnte ein ICE etwa 750 Mal die Erde umrunden.

Im Vergleich zum deutschen Energiemix werden an den fünf Donaukraftwerken etwa 470.000 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr vermieden. „Diese ausgezeichnete Bilanz dokumentiert die gute Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Kraftwerken“, erklärt Thomas Kunz, kaufmännischer Vorstand der Donau Wasserkraft AG.

106 MW Gesamtleistung

Die Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von 106 Megawatt stehen im Eigentum der Donau Wasserkraft AG (DWK AG), einem Tochterunternehmen der Rhein-Main-Donau AG mit Sitz in München. Mit der Betriebsführung der Kraftwerke ist E.ON beauftragt. Die Kraftwerke erzeugen ausschließlich Bahnstrom mit einer Frequenz von 16,7 Hertz zum Betrieb der Lokomotiven der Deutschen Bundesbahn.

Besonderes Jubiläum

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der E.ON-Flussgruppe Donau konnten sich im vergangenen Jahr über ein ganz besonderes Jubiläum freuen: Seit über 1000 Tagen läuft der Betrieb und die Instandhaltung der Wasserkraftwerke an der Donau ohne einen einzigen Arbeitsunfall. Ein Ergebnis, das auch E.ON-Betriebsleiter Roman Töppler stolz macht: „Wir verstehen dies als Bestätigung, dass unsere hohen Sicherheitsstandards beim Betrieb der Kraftwerke Wirkung zeigen, und nehmen dies als Ansporn, auch die nächsten tausend Tage unfallfrei zu arbeiten.“

Großrevision abgeschlossen

Im vergangenen Jahr hat E.ON die Großrevision des Kraftwerks Bergheim erfolgreich abgeschlossen. Die komplette Elektrotechnik

wurde modernsten Standards angepasst, die Leitapparat-Lagerung und die Spurlageranhebung erneuert sowie zusätzliche Redundanzsysteme zur Eigensicherheit des Kraftwerks eingebaut.

Patentiertes Verfahren

Bei der ebenfalls notwendigen Erneuerung der Laufradflügel-dichtungen kam ein von E.ON Wasserkraft patentiertes Verfahren zum Einsatz, das den kompletten – und damit langwierigen und kostenintensiven – Ausbau der Turbine überflüssig macht. Insgesamt hat diese Großmaßnahme 7,5 Millionen Euro gekostet. „Wir freuen uns über den planmäßigen und guten Abschluss der Revisionsarbeiten. Das Kraftwerk Bergheim ist nun wieder fit für die nächsten Jahrzehnte“, erklärt Georg Rembold, Technikvorstand der DWK AG.

Beitrag zum Umweltschutz

Auch im Jahr 2011 wird es an den Kraftwerken der Mittleren Donau betriebsam weitergehen. Nach Abschluss der Arbeiten im Kraftwerk Bergheim steht nun das Generalsanierungsprogramm im Kraftwerk Bertoldsheim an. „Wir planen dafür einen finanziellen Aufwand von rund acht Millionen Euro ein. Für uns als Eigentümerin des Kraftwerks ist das eine wichtige Investition, denn durch regelmäßige Inspektionen und Revisionen wird für die nächsten Jahrzehnte ein sicherer Betrieb unserer Wasserkraftanlagen und damit ein wertvoller Beitrag zum Umweltschutz gewährleistet“, erklärte DWK-Vorstand Thomas Kunz. Das Kraftwerk Ingolstadt kann im Jahr 2011 seine 40-jährige Inbetriebnahme feiern: Seit 1971 hat der regenerative Dauerläufer über fünf Milliarden Kilowattstunden umweltfreundlichen Strom aus Wasserkraft erzeugt.



## Ein Partner für alle Leistungen: die E.ON EnergieSpar-Sanierung

Legen Sie die energetische Sanierung Ihrer kommunalen Gebäude in kompetente Hände: Ihr persönlicher Ansprechpartner kümmert sich um alle Leistungen, von der ersten Analyse über die Bauausführung bis zur Abnahme.

Wir sind Ihr zuverlässiger Partner!

Sie profitieren von geringeren Energiekosten, schonen die Umwelt und steigern den Wert Ihrer Gebäude.

[www.eon-bayern.com/sanierung](http://www.eon-bayern.com/sanierung)



Wir informieren Sie gerne  
T 0180 - 2 15 14 15\*

\* 6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz. Maximal 42 Cent pro Minute für Anrufe aus den Mobilfunknetzen.

e-on | Bayern

Expertentagung der Hanns-Seidel-Stiftung:

## Energiewandel als kommunale Aufgabe

Mit dem Umbau der Energiewirtschaft hin zu einer dezentralen und regenerativen Energielandschaft befasste sich eine Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung im Konferenzzentrum München. Rund 70 Bürgermeister, Kämmerer und Vertreter interessierter Institutionen wie Banken und Energieversorger gingen unter anderem der Frage nach, welche Chancen und Risiken mit einem Engagement in der Energieversorgung verbunden sind.

Zunächst ließ der Präsident des Bayerischen Gemeindetags Dr. Uwe Brandl keinen Zweifel daran aufkommen, dass die kreisangehörigen Gemeinden und Städte in Bayern die Ziele der Energiewende aktiv mittragen. Zwar wäre der Leitgedanke einer regionalen Energieversorgung dort auch umsetzbar, jedoch sei dafür eine integrierte Energieleitplanung erforderlich. Um die als Basis notwendigen Energieeffizienzziele erreichen zu können, seien erhebliche Unterstützungsleistungen erforderlich. Im Übrigen bleibe die offene Frage, ob die regionale Energiepolitik überhaupt die Chance erhält, eine maßgebliche Rolle im Rahmen der Energieversorgung der Zukunft zu spielen, betonte Brandl.

### Bedeutung der Kommunen

Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, zeigte die zentrale Bedeutung der Kommunen für den Umbau der Erzeugungslandschaft auf. Schließlich stehen nach seinen Worten die dringend erforderlichen regenerativen Erzeugungsanlagen – unabhängig, ob Geothermie, Biomasse oder Solartechnologie – „nicht in Berlin, sondern in den Kommunen“. Auch die im Energiekonzept der Bundesregierung vorgesehene Effizienzsteigerung durch die Sanierung des Gebäudebestandes und die Steuerung des Verbraucherverhaltens könnten nicht nur politisch verordnet, sondern

müssten durch überzeugende Konzepte vor Ort erreicht werden.

Die andere Frage in diesem Zusammenhang sei, ob die Kommunen verstärkt selbst wieder Träger der Energieversorgung sein sollen. Zweifellos ist die Energieversorgung, sogar verfassungsrechtlich garantiert, eine kommunale Aufgabe. Busse: „Erfolgreiche Stadtwerke machen vor, dass dies auch dem Kommunalhaushalt dienlich sein kann. Und auf dem Zukunftsmarkt Erneuerbare Energien bieten sich Chancen, da die Karten neu gemischt wurden.“ Dennoch müssten die Kommunen bei Neugründungen einen steinigen Weg gehen, erforderlich sei eine sorgfältige Vorplanung, fuhr das Präsidialmitglied fort. Auch müssten Mindestgrößen erreicht werden, um wirtschaftlich arbeiten zu können. Dies werde im kreisangehörigen Bereich in der Regel eine interkommunale Zusammenarbeit erfordern.

### Effizienz verbessern

„Nicht als prioritäres kommunalpolitisches Handlungsziel sehen wir Neugründungen zum vorrangigen Zweck von Strom- oder Gasnetzübernahmen“, stellte Busse klar. Denn deren Betrieb gebe nur bedingt Gestaltungsspielraum, auch die Ertragsaussichten seien mit vielen Fragezeichen versehen und die Übernahme erfordere viel Kapital, was bei anderen wichtigen Investitionen fehlen könnte. Al-

erdings könne eine Netzarrondierung durch ein bestehendes Stadtnetz dessen Effizienz verbessern.

### Mögliche Themenfelder

Dr. Christof Spangenberg, Geschäftsführer der K.GROUP aus München, einer auf die Beratung von Energieversorgern und Kommunen in energiewirtschaftlichen Fragen spezialisierten Unternehmensberatung und Kooperationspartner bei der HSS-Tagung, erläuterte die möglichen Themenfelder kommunalen Engagements. Spangenberg machte darauf aufmerksam, dass die größ-

### N-ERGIE Jahresabschluss 2010:

## Stabile Geschäftsentwicklung

Die N-ERGIE Nürnberg blickt auf ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2010 zurück. Von der sich aufhellenden Konjunktur konnte auch die N-ERGIE profitieren und trotz leichten Rückgangs bei den Umsätzen stabile Ergebnisse erzielen: Mit einem Konzernumsatz von 2.383,2 Mio. Euro (Vorjahr: 2.394,5 Mio. Euro) und einem Jahresüberschuss von 20,3 Mio. Euro (Vorjahr: 21,6 Mio. Euro) hat sich die N-ERGIE in einem wettbewerbsintensiven Umfeld gut behauptet.

Dadurch konnten 72,6 Mio. Euro Dividende an die Städtische Werke Nürnberg GmbH (StWN) abgeführt werden. Die Thüga Aktiengesellschaft erhält als außenstehender Aktionär eine Ausgleichszahlung in Höhe von 27,6 Mio. Euro.

Die Umsatzerlöse in Höhe von 2.383,2 Mio. Euro stammten zu 97,7 Prozent aus dem Energie- und Wassergeschäft. Die Umsatzerlöse reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um 11,3 Mio. Euro, überwiegend aufgrund von Preissenkungen im Strom-, Erdgas- und Fernwärmebereich.

### Rahmenverträge mit regionalen Partnern

Der Stromabsatz verminderte sich im Berichtsjahr durch den Wegfall eines Großkunden um 14,2 Prozent auf 9,93 Mrd. kWh. Die N-ERGIE setzt mehr als 50 Prozent ihrer Stromabgabe mittlerweile außerhalb ihres Grundversorgungsgebietes bundesweit ab. Auch 2010 konnten erneut Rahmenverträge mit regionalen Partnern wie der mittelfränkischen Wohnungswirtschaft und dem Bayerischen Gemeindetag Bezirksverband Mittelfranken abgeschlossen werden.

Der Erdgasabsatz erhöhte sich um 4,3 Prozent auf 7,87 Mrd. kWh. Der Absatzrückgang bei Firmenkunden im Erdgasgeschäft konnte durch teilweise witterungsbedingten Mehrverbrauch bei den Privatkunden sowie eine Erhöhung der Mengen bei kommunalen Erdgasversorgern überkompensiert werden. Außerhalb des Netzgebietes wurde vor allem durch Neukundengewinne eine Steigerung der Absatzmenge erreicht.

### Fernwärmeversorgung

Der Absatz der Fernwärmeversorgung stieg bei einer deutlich erhöhten Gradtagszahl um 9,8 Prozent auf 1,32 Mrd. kWh. Der Wasserabsatz blieb mit 30,49 Mio. Kubikmetern nahezu konstant.

Der Materialaufwand in Höhe von 2.033,7 Mio. Euro zeigte gegenüber dem Vorjahr keine wesentliche Veränderung. Es spiegeln sich insbesondere niedrige Gasbezugs- und Netznutzungskosten, ein geringerer Aufwand für die Einsatzstoffe der Wärmeerzeu-

ten Stellhebel für die Kommunen in der Förderung des effizienten Energieeinsatzes und dem aktiven Ausbau der regenerativen Erzeugung liegen.

### Passende Modelle

Sein Kollege Mathias Klier lieferte die dazu passenden Modelle, wie Kommunen wirtschaftlichen Erfolg, Risikoherrschaft und ökologischen Nutzen kombinieren können. Nach seinen Ausführungen bieten die Fortschreibung klassischer Modelle wie zum Beispiel das eigene, vollumfänglich tätige Gemeindegewerk, die einfache Verlängerung eines auslaufenden Konzessionsvertrages oder gar eine Re-Kommunalisierung für die Kommunen nicht die optimale Lösung. Vielmehr sollten die Stärken von Kommunen und klassischen Versorgungsunternehmen geschickt kombiniert und so der aktuelle Umbau in der Energieversorgung

bestmöglich gestaltet werden.

Der Energieexperte Theo Karmann (Energie und Facility Management Consulting, Wertingen) zeigte Möglichkeiten vor allem für die Kommunen auf, über lokale Energiekonzepte, über die Steuerungsmöglichkeiten in der Bauleitplanung und vieles mehr die Energiewende mit zu gestalten. Besonderes Augenmerk legte Karmann in seinem Vortrag auf die wirtschaftlichen Vorteile für die Region. Beispiele sind Steuererleichterungen über die kommunale Gewerbesteuer, die Beteiligung der Bürger an Anlagen zur Stromerzeugung oder die sichere Versorgung mit Nahwärme durch eigene Netze und den Einsatz des Rohstoffes Holz.

### Wertschöpfung

2009 betrug die Kommunale Wertschöpfung aus erneuerbarer Energie in Deutschland 6,7 Mrd. Euro. Dabei nahmen die Kommunen 600 Millionen Euro an Kommunalsteuern ein. Außerdem bedeuten regenerative Energien im eigenen Land Versorgungssicherheit.

Dr. Holger Schmitz und Christof Federwisch, Rechtsanwälte der Kanzlei Noerr, ergänzten die energiewirtschaftlichen Einschätzungen um die relevanten kommunalrechtlichen und konzessionsrechtlichen Anforderungen und Gestaltungsoptionen. Zeitplan, Handlungsnotwendigkeiten und die relevanten Fallstricke bei Auslauf und Neuver-

handlung von Konzessionsverträgen wurden anschaulich dargestellt. Darüber hinaus wurde gezeigt, wie mit Hilfe geschickter rechtlicher Modelle die Verknüpfung von wirtschaftlich und risikoseitig attraktiven Beteiligungen von Kommunen an Energieversorgern mit den steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten im Querverbund gelingt.

### Podiumsdiskussion

In einem abschließenden Podiumsgespräch diskutierten Dieter Rubenbauer, Bürgermeister von Gröbenzell, und Amtskollege Rolf Zeitler aus Unterschleißheim mit dem ehemaligen E.ON Bayern-Vorstandsvorsitzenden Dr. Peter Deml über ihre Erfahrungen bei der Gründung eigener Gemeindegewerke in Gröbenzell in Kooperation mit der E.ON Bayern AG und beim Aufbau einer Geothermie in Unterschleißheim mit ca. 32 MW Wärmeleistung.

Beide Bürgermeister wiesen darauf hin, dass die Gestaltung der Energieversorgung durch die Kommunen mit erheblichem Aufwand, mit Risiken und auch mit Lehrgeld verbunden sei, sich aber politisch wie auch ökologisch und ökonomisch lohne. Dr. Deml wiederum warnte eindringlich vor Gedankenspielen einer „Netzübernahme durch die Kommunen“. Dafür gebe es energiepolitisch keinen Spielraum und zudem profitierten die Bürger nicht davon. **DK**

## Lüften nach Konzept

Mit Ausgabedatum Mai 2009 wurde nach mehrjähriger Überarbeitung die aktualisierte Lüftungsnorm DIN 1946-6 veröffentlicht. Damit ist sie für alle am Bau Beteiligten verbindlich. Sie schafft Regeln für die Belüftung von Wohngebäuden (Neubauten und Sanierungen) und legt Grenzwerte sowie Berechnungsmethoden für den notwendigen Luftaustausch fest. Sie definiert erstmalig ein Nachweisverfahren, ob eine Lüftungstechnische Maßnahme für ein Gebäude erforderlich ist.

Wegen der heute vorgeschriebenen energiesparenden Bauweise, sind die Haushüllen so dicht, dass bei üblichem Lüftungsverhalten nicht genügend neue Luft nachströmt. Die Folgen können Feuchtschäden, Schimmelbefall und Schadstoffanreicherungen in der Raumluft sein. Die verschiedenen Regelwerke (u. a. Energieeinsparverordnung (EnEV), DIN 4108-2, DIN 1946-6) forderten gleichzeitig eine dichte Gebäudehülle und die Sicherstellung eines Mindestluftwechsels. Damit standen sie scheinbar im Widerspruch zueinander. Bisher blieb offen, wie diese Mindestlüftung erfolgen muss: manuell durch den Nutzer oder durch eine Lüftungsanlage? Die aktualisierte Fassung der DIN 1946-6 schließt diese Lücke und konkretisiert, für welche Leistungen der Nutzer herangezogen werden kann und - viel wichtiger - für welche nicht.

### Sonderfall „Fensterlose Räume“

Einen Sonderfall stellen fensterlose Räume in einer Wohnung dar (z.B. innenliegende Bäder und WC's). Ihre Belüftung muss nach wie vor nach den Vorgaben der aktuellen DIN 18017-3 Ausgabe Juli 2009 geplant und umgesetzt werden. Gemäß der DIN 1946-6 können die für fensterlose Räume vorgesehenen Lüftungstechnischen Maßnahmen ausreichend sein, um die Versorgung der gesamten Wohneinheit mit frischer Luft zu gewährleisten. Auch dies muss für den Einzelfall geprüft werden und ist mit einigen Fragen verbunden. So stellt sich die Frage, inwieweit eine abschaltbare Belüftungseinrichtung im Bad ausreichend für die Lüftung zum Feuchtschutz der gesamten Wohnung sein kann, wenn sie in der Regel nur kurze Zeit am Tag läuft.

Die Firma LRS realisiert den Umbau von Entlüftungsanlagen in innenliegenden Bädern, zum Lüftungskonzept nach DIN 1946-6 für die Versorgung der gesamten Wohneinheit mit frischer Luft. Gelegenheit zur Information besteht beim 4. Energie-Forum „Power für Bayerns Kommunen“ am 30. Juni 2011 in Garching bei München oder unter [info@l-r-service.de](mailto:info@l-r-service.de) **□**

se-Heizkraftwerks auf dem Betriebsgelände in Nürnberg-Sandreuth begonnen. Die Anlage soll mit unbehandeltem Restholz aus regionalen Wäldern betrieben werden und wird eine elektrische Leistung von etwa 6 MW sowie eine Fernwärmeleistung von rund 14 MW haben.

### Erzeugung von Windstrom

Zudem hat die N-ERGIE in die Erzeugung von Windstrom investiert: Zusammen mit der Stadtwerke Leipzig GmbH und der HSE Regenerativ beteiligte sich die N-ERGIE mit jeweils einem Drittel an einem Windpark in Sachsen-Anhalt, der aus 16 mo-

dernen Windenergieanlagen besteht und über eine installierte Leistung von 40 MW verfügt. Auch den Ausbau der Erzeugung von Bioerdgas hat die N-ERGIE im Jahr 2010 vorangetrieben.

### Elektromobilität

Innovationsfähigkeit stellte die N-ERGIE auch beim Thema Elektromobilität unter Beweis. Das Unternehmen erweiterte den Elektrofuhrpark und investierte in Pilotladesäulen, an denen N-ERGIE Kunden mit einer Kundenkarte ihre Elektrofahrzeuge vorerst kostenlos mit dem zertifizierten Ökostrom STROM PURNATUR aufladen können. **□**

## Kraftwerke im Keller

Sie sind nicht viel größer als eine Waschmaschine, und schon die Bezeichnung führt so manchen in die Irre: Die Rede ist von Mini-Blockheizkraftwerken. Kraftwerke in den Ausmaßen, komplexe Wunderwerke in der Technik.

Sie verbinden zwei Vorteile, die in Zeiten steigender Energiekosten nicht nur den privaten Hausbesitzer ruhig schlafen lassen, sondern gerade auch Entscheider in den Kommunen: Sparen und Verdienen. Die aktuellen Stromkosten werden drastisch reduziert, und durch die Vergütung bei der Einspeisung des Überschusses in das Stromnetz profitiert der BHKW-Besitzer zusätzlich.

### Die Stärken ausspielen

Gerade in Kindergärten, öffentlichen Bädern, Senioreneinrichtungen, Krankenhäusern und Verwaltungsgebäuden spielen die BHKW's ihre ganze Stärke aus. Die Lieferung von Strom und Wärme ist so ausgelegt, dass sie sich an die betrieblichen Abläufe anpasst, auch in Phasen des erhöhten Bedarfs. Diese echte Nahwärme-Versorgung kann unkompliziert in die bestehende Haustechnik integriert werden.

Ahmet Dogan, der das primus Mini-BHKW des Herstellers proennis wie seine Westentasche kennt, bringt die Vorteile auf den Punkt: „Wir haben einen Wirkungsgrad von bis zu 95 Prozent und können so die eingesetzten Betriebsstoffe nahezu verlustfrei in Strom und Wärme umwandeln. Die unterbrechungsfreien Laufzeiten und die kompakte Bauweise machen diese Modelle zum Renner.“

### Beispielloses Konzept

Bei den Kundenveranstaltungen in Aschheim-Dornach vor den Toren der Landeshauptstadt sind die Besucher regelrecht verblüfft, wenn sie die echtbildgesteuerte und intuitiv nutzbare Bedienung und Steuerung testen. „Dieses Konzept, aber auch die sehr geringe Geräuschemission und die niedrigen Wartungskosten macht uns so schnell keiner nach“, ist Ahmet Dogan sicher.

Ob mit Erdgas oder Flüssiggas betrieben: Das voll umfänglich TÜV-zertifizierte Gerät erfüllt selbst die strengen Abgasnormen der TA Luft. Besonders vom TÜV hervorgehoben wurde im übrigen die hohe Effizienz des primus-Modells bei der technologischen Umsetzung des Prinzips der Kraft-Wärme-Kopplung.

Weitere Informationen unter: [www.mst-energie.de](http://www.mst-energie.de) **□**



Informierten sich vor Ort im Projektgebiet des künftigen Oberbeckens für das Energiezukunftprojekt Energiespeicher Riedl (v. l.): Manfred Falkner, 3. Bürgermeister Untergriesbach, Hans Binder, 1. Bürgermeister der Gemeinde Sonnen, Günther Kohl, ehemaliger stv. Landrat von Passau und Bürgermeister der Marktgemeinde Untergriesbach, heute Geschäftsführer des „Haus am Strom“ beim Kraftwerk Jochenstein, Eduard Moser, 1. Bürgermeister der Gemeinde Thyrnau, Josef Würzinger, 1. Bürgermeister der Marktgemeinde Oberzell, Karl Maresch, Betriebsleiter der Donaukraftwerk Jochenstein AG (DKJ), Bernd Sibling, MdL und Vorsitzender des Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur im Bayerischen Landtag, kfm. DKJ-Vorstand Johann Strobel, Tobias Reiß, MdL und energiepolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, Josef Lamperstorfer, 1. Bürgermeister der Marktgemeinde Wegscheid, Erwin Huber, MdL und Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Bayerischen Landtag, Energiespeicher Riedl-Projektleiter Dr. Dominik Mayr, Walter Taubeneder, MdL, Konrad Kobler, MdL, techn. DKJ-Vorstand Herfried Harreiter, RMD-Vorstand Dr. Albrecht Schleich. Im Hintergrund ist der Ortsteil Gottsdorf der Marktgemeinde Untergriesbach zu sehen, der oberhalb des Oberbeckens liegt. Projektnamegeber Riedl – dieser Ortsteil der Gemeinde Untergriesbach liegt versetzt unterhalb des künftigen Oberbeckens. Foto: Rhein-Main-Donau AG

## Info-Tour beim Energiespeicher-Projekt Riedl

Hochrangiger Besuch im Projektgebiet eines der wichtigsten und größten Energiezukunftsvorhaben Bayerns, des Energiespeichers Riedl im Gemeindegebiet Untergriesbach, Landkreis Passau: Eine hochrangige Delegation mit Erwin Huber, dem Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses im Bayerischen Landtag, Bernd Sibling, dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, den örtlichen Landtagsabgeordneten Konrad Kobler und Walter Taubeneder sowie Tobias Reiß, dem energiepolitischen Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, und Bürgermeistern aus dem Kreis Passau informierten sich ausführlich über das Energiezukunftprojekt der Donaukraftwerk Jochenstein AG, die je zur Hälfte der bayerischen Rhein-Main-Donau AG und der österreichischen Verbund AG gehört.

Dr. Albrecht Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG stellte das Vorhaben vor, das einen unverzichtbaren Schritt auf dem Weg hin zu einer verstärkten Energieerzeugung aus regenerativen Energiequellen bedeute. Ohne Speichermöglichkeiten des stark schwankenden Stromangebots aus Wind und Photovoltaik werde es keine solche Versorgungssicherheit mit Strom mehr geben, wie sie in Deutschland seit vie-

len Jahrzehnten gewohnt sei. Schleich betonte, dass die Projektträger von Anfang an auf einen offenen Dialog mit der Bevölkerung vor Ort und allen weiteren Beteiligten rund um das geplante Kraftwerk gesetzt hätten; denn es gebe nichts zu verbergen.

Diese offene Haltung fand bei den hochrangigen Politikern ebenso große Zustimmung wie das Riedler Energieprojekt selber. Er-

win Huber befürwortete bei der Besichtigung des Projektgebietes Riedl oberhalb der Donauleiten und vor dem Geländemodell im Kraftwerk Jochenstein das Energieprojekt und betonte, dass in der Energieversorgung mehr denn je Pragmatismus gefragt sei und nicht panikartige Reaktionen auf Ereignisse rund um den Globus. Populismus helfe bei energiepolitischen Entscheidungen am wenigsten weiter. Dennoch müssten sowohl die Sorgen der vor Ort Betroffenen ernst genommen werden als auch die Belange der Natur.

Die anwesenden Landtagsabgeordneten und Bürgermeister waren sich einig, dass es sich bei dem Energiespeicherprojekt Riedl um eine hocheffiziente, ökologisch verträgliche und risikoarme Form der Energiespeicherung und Energiegewinnung handle. □

### Intersolar Europe in München:

## Neue Verfahren für wachsenden Markt

2010 hat die internationale Photovoltaik-Industrie mit rund 15 Gigawatt (GW) neu installierter Photovoltaik (PV)-Leistung eine Verdoppelung ihrer Absätze erzielt. Damit war das Jahr 2010 eines der bisher erfolgreichsten der Branche. Um dem steigenden Konkurrenz- und Preisdruck in diesem dynamischen Markt auch in Zukunft gewachsen zu sein, müssen die Hersteller ihre Produktion laufend weiter optimieren. Die Intersolar Europe baut als weltweit größte Fachmesse der Solarwirtschaft deshalb ihr Angebot im Bereich PV-Produktionstechnik weiter aus und präsentiert vom 8. bis 10. Juni 2011 in der neuen Messe München die innovativsten Unternehmen, Anlagen, Maschinen, Technologien und Systeme im Bereich PV-Produktionstechnik.

Trotz Kürzungen der deutschen Einspeisevergütung und Einschränkungen der Photovoltaik-Förderung in Schlüsselmärkten wie Frankreich, Tschechien und Spanien ist auch 2011 mit einem Zuwachs des globalen Marktes von 25 Prozent auf etwa 20,4 GW zu rechnen. Die PV-Hersteller blicken positiv in die Zukunft und planen einen weiteren Ausbau ihrer Produktionskapazitäten, was mittelfristig zu weiteren Preisrückgängen führen wird.

Bereits zwei Tage vor und während der weltweit größten Fachmesse der Solarwirtschaft Intersolar Europe findet vom 6. bis zum 10. Juni 2011 die Intersolar Europe Conference im Internationalen Congress Center München

(ICM) der Neuen Messe München statt. Neben den Themen Photovoltaik, PV Produktionstechnik und Solarthermie beleuchten rund 200 Referenten der Intersolar Europe Conference die Entwicklung Solarthermischer Kraftwerke und widmen sich der Zukunft aufstrebender und bestehender Absatzmärkte weltweit.

### Ausbauoffensive

München ist nicht nur Standort der Intersolar Europe. Die Stadt tut auch einiges für den Einsatz erneuerbarer Energien. So hat sie sich ein großes Ziel gesetzt: Bis 2015 soll der städtische Energieversorger so viel Ökostrom in eigenen Anlagen erzeugen, dass er damit alle

800.000 Münchner Haushalte versorgen kann. Bis 2025 sollen die Stadtwerke München den gesamten Bedarf der Stadt mit umweltfreundlichem Strom decken.

Bei ihrer Ausbauoffensive setzen die Stadtwerke auf ein breites Spektrum an erneuerbaren Energien. Dazu gehören Beteiligungen an einem Geothermie-Kraftwerk im Süden Münchens, an Wasserkraftwerken in der Stadt und der Region sowie an Photovoltaik-Kraftwerken im Süden Deutschlands. Den größten Teil des Ökostroms werden Windkraftparks auf See und ein Parabolrinnenkraftwerk in Andalusien liefern. Zudem haben die Stadtwerke und die Landeshauptstadt im Jahr 2010 mit der Solarinitiative München GmbH & Co. KG eine rechtlich selbständige Gesellschaft gegründet, die die Bürger und Betriebe zum Bau von Solarstromanlagen informieren soll.

Die Nutzung der Solarenergie in Kommunen greift auch das Seminar Thema „Sonnenstrom in die Stadtkasse - Kommunen als Betreiber von Solarstromanlagen“ im Rahmen der Intersolar Europe Conference auf. DK

### BayernLB:

## Verstärkte Zusammenarbeit mit Sparkassen

Zusätzlicher Bereichsleiter ab 1. Juli – Vorstände-Tagung in Augsburg

Augsburg – Die BayernLB will ihre Position als bevorzugter Partner der bayerischen Sparkassen festigen und die Geschäftsbeziehungen zum beiderseitigen Nutzen intensivieren. Dies machte Dr. Edgar Zoller, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der BayernLB und verantwortlich für das Sparkassengeschäft, bei der Sparkassenvorstände-Tagung in Augsburg deutlich. „Die bayerischen Sparkassen sind für uns nicht nur Eigentümer, sondern vor allem auch eine strategisch bedeutende Kundengruppe“, erklärte Zoller in seiner Begrüßungsansprache. „Wir werden weiter in unsere Produkte investieren, um den Sparkassen wettbewerbsfähige Leistungen anbieten zu können.“

Das Sparkassengeschäft der BayernLB wird darüber hinaus personell verstärkt: Ab 1. Juli 2011 wird mit Roland Reichert ein zweiter Leiter des Bereichs „Verbund“ seine Arbeit aufnehmen. Reichert war in den vergangenen Jahren in leitender Funktion im Mittelstandsgeschäft der BayernLB tätig und verfügt über ausgezeichnete Kontakte zu den bayerischen Sparkassen. Er wird den Sparkassenbereich gemeinsam mit Bernd Mayer führen, der seit dem 1. November 2009 als Bereichsleiter im Amt ist. Zoller: „Damit verfügen wir im Sparkassenbereich in Zukunft über eine kompetente und schlagkräftige Doppelspitze.“

### Paradigmenwechsel

In den vergangenen zwei Jahren hatte die BayernLB in enger Abstimmung mit den bayerischen Sparkassen einen Paradigmenwechsel im Sparkassengeschäft vollzogen. Der Fokus richtet sich seitdem zum beiderseitigen

Nutzen stärker auf die Transparenz und Profitabilität der Geschäftsbeziehungen. Dazu wurde unter anderem das Vertriebsmanagement neu organisiert und die Betreuung der bayerischen Sparkassen durch Vorstandsmitglieder der BayernLB eingeführt. „Das hat uns viele positive Rückmeldungen eingebracht“, sagte Zoller. Zudem habe die BayernLB durch ihr gutes Geschäftsergebnis im Jahr 2010 und die Teilwiederauffüllung von Stillen Einlagen Vertrauen bei den Sparkassen zurückgewinnen können.

Die BayernLB lädt traditionell einmal im Jahr die Vorstände der bayerischen Sparkassen zu einem gemeinsamen Austausch über aktuelle Entwicklungen im Verbundgeschäft ein. Dieses Jahr fand die Sparkassenvorstände-Tagung in der Augsburger Impulsarena statt. Zu den Teilnehmern zählten neben mehr als 80 Sparkassenvorständen aus Bayern unter anderem der Regierungspräsident von Schwaben Karl Michael Scheufele, der Augsburger Ober-

bürgermeister Dr. Kurt Gribl, der Landrat des Augsburger Landkreises Martin Sailer sowie der Präsident des Bayerischen Sparkassenverbands Theo Zellner. Der Vorstand der BayernLB wurde durch den Vorstandsvorsitzenden Gerd Häusler, seinen Stellvertreter Dr. Edgar Zoller, Finanzvorstand Stephan Winkelmeier, Firmen- und Privatkundenvorstand Jan-Christian Dreesen und Kapitalmarktvorstand Nils Niemann vertreten.

### Auszeichnung

Am Abend der Sparkassenvorstände-Tagung zeichnete die BayernLB die erfolgreichsten Vertriebspartner des Jahres 2010 unter den bayerischen Sparkassen aus. Die Rangliste führte die Sparkasse Mainfranken Würzburg vor der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen und der Stadtparkasse München an. Sie arbeiteten gemessen in absoluten Zahlen am intensivsten mit der BayernLB zusammen, was beispielsweise den Vertrieb von LBS-Bausparverträgen, Anlageprodukten oder Mittelstands- und Immobilien-Konsortialfinanzierungen anbelangte.

Unter Berücksichtigung der Bilanzsumme belegten die Sparkasse Amberg-Sulzbach, die Kreis- und Stadtparkasse Dinkelsbühl sowie die Kreis- und Stadtparkasse Kaufbeuren die vordersten Plätze. □

www.lfa.de

60

JAHRE  
MITTELSTAND

Auch für  
energiesparende  
Sanierungen

InfraKredit Kommunal

Wasserversorgung | Abwasserentsorgung | Verkehrsinfrastruktur | Touristische Infrastruktur | Energieeinsparung

Der InfraKredit Kommunal der Lfa Förderbank Bayern – beste Konditionen für Kommunen

Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Bayern zu stärken und zu fördern, ist unser Ziel. Daher bieten wir für Kommunen, kommunale Eigenbetriebe und Zweckverbände den InfraKredit Kommunal an – in Kooperation mit der KfW Förderbank. Wir finanzieren kommunale Investitionen mit stark zinsverbilligten Krediten. Besuchen Sie uns im Internet unter [www.lfa.de](http://www.lfa.de) oder rufen Sie unsere Spezialisten an unter 089/2124-2262\*. Gerne geben wir Ihnen detaillierte Auskünfte.

\* (3,9ct/Min. aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkhöchstpreis 42 ct/Min.)

Lfa FÖRDERBANK BAYERN

Damit machbar wird, was denkbar ist.

Vorzeigeprojekt „Hofer Modell“:

## Landkreis finanziert PPP-Vorhaben

Zwei Jahre Bauzeit für vier Schulen: Gemeinsame Planung von öffentlicher und privater Hand spart zwölf Millionen Euro und zehn Jahre Zeit ein

40 Jahre und älter ist inzwischen die Bausubstanz der vier Schulen des Landkreises Hof in Naila, Münchberg und Helmbrechts – und dadurch nicht nur brüchig geworden, sondern auch energetisch ineffizient und problematisch im Hinblick auf Brandschutz und Fluchtwege. Grundsaniierungen waren dringend notwendig, aber für den Hofer Haushalt nicht zu schultern. Zwölf Jahre, so rechnete man aus, würden die Sanierungsmaßnahmen und Neubauten dauern und Kosten von mindestens 67 Millionen Euro verschlingen. So wurden stattdessen lediglich die aufgetretenen Schäden behoben. Als sich die Lage jedoch weiter zuspitzte und auch der Platzmangel immer akuter wurde, entschieden sich die Verantwortlichen im Landratsamt für eine bislang einzigartige Vorgehensweise, die inzwischen als „Hofer Modell“ bekannt ist.

Ein PPP-Projekt, bei dem der Landkreis die Finanzierung während des 20-jährigen Betriebes trägt, da er günstige kommunale Kredite und KfW-Darlehen nutzen kann. Er beauftragte die ARGE „PPP Schulen Landkreis Hof“, bestehend aus den Partnern Bilfinger Berger Hochbau GmbH, Kasseker GmbH und HSG Zander GmbH, mit der Realisierung und dem späteren Betrieb. Im August 2009 wurde mit den Bauarbeiten begonnen, im Oktober 2011 werden sie planmäßig abgeschlossen sein. Die erste Schule wurde kürzlich fertig gestellt. Um die Baubeteiligten effizient koordinieren zu können, wurde ein so genannter Projektteam eingerichtet, das die PMG GmbH bereitstellte.

Vier Schulen und zwei Turnhallen werden an drei Standorten grundsaniert und zum Teil neu gebaut. Die Bruttogrundfläche misst insgesamt mehr als 34.000 qm, die Freifläche rund 60.000 qm. Die Sanierungen und Erweiterungen am ersten Gebäude, der staatlichen Realschule in der Stadt Helmbrechts, konnten bereits planmäßig nach nur 17 Monaten Bauzeit abgeschlossen werden. Momentan wird das Gymnasium Naila saniert, am gleichen Standort wurde eine Turnhalle rückgebaut, eine neue Realschule ist bereits errichtet. Hinzu kam hier der Bau einer gemeinsamen Zweifach-Turnhalle. Zur gleichen Zeit wird im Stadtteil Münchberg das denkmalgeschützte Gymnasium grundsaniert. Lediglich zwei Jahre Zeit haben die Baubeteiligten, um die größte Baumaßnahme in der Geschichte des Landkreises abzuschließen. „Damit ein solch komplexes Projekt auch gelingt, mussten wir einen Weg finden, alle Mitglieder des großen Planungsteams zu koordinieren und alle relevanten Daten auf effiziente Weise aufeinander abzu-

stimmen“, sagt Martin Bumann, Gesamtprojektleiter der ARGE „PPP Schulen Landkreis Hof“ von Bilfinger Berger Hochbau GmbH.

### 130 Baubeteiligte an drei Standorten galt es zu koordinieren

Etwa 130 Beteiligte sind für das Großprojekt an den drei Standorten im Einsatz. Sie alle stehen in der Verantwortung, den PPP-Vertrag innerhalb der kurzen Zeitspanne während des laufenden Schulbetriebs reibungslos abzuwickeln. Eine gemeinsame effizient koordinieren zu können, wurde ein so genannter Projektteam eingerichtet, das die PMG GmbH bereitstellte. „Eine der wichtigsten Aufgaben besteht darin, die Schnittstellen zwischen den Planern untereinander und den Ausführenden abzustimmen – und das an mehreren Baustandorten gleichzeitig.“ Koordiniert werden die Beteiligten daher über einen virtuellen Projektteam, welchen die PMG GmbH eigens an die Anforderungen dieses Mammutprojekts anpasste. Sie erlaubt es allen Verantwortlichen, auf die relevanten Daten zugreifen zu können.

„Jeder Beteiligte erhält ein eigenes Kennwort sowie einen individuellen Benutzernamen. Mit den Zugangsdaten kann er jederzeit von seinem eigenen PC aus die Daten einsehen und mit ihnen arbeiten“, erklärt Stefan Finkenzeller, der gemeinsam mit Mike Riegler die PMG Projektteam GmbH leitet und den Projektteam eProjectCare entwickelt hat. Zur Nutzung werden lediglich ein gängiger Browser und ein Internetzugang benötigt. Gespeichert werden die rund 45.000 Dokumente, Bilder, Baupläne und Architektenentwürfe mit einer Größe von insgesamt 80 GB auf einem Server, der sich in ei-

nem gesicherten Rechenzentrum in Süddeutschland befindet. Dank eines Online-Viewers, über den die Planbestände und CAD-Layer eingesehen werden können, muss kein spezielles Bearbeitungsprogramm auf die Rechner installiert werden. Mithilfe des Zusatzprodukts eShare kann außerdem der täglich anfallende Schriftverkehr eingescannt und automatisch in den Projektteam eingestellt werden.

### Projektteam hält Verantwortliche stets auf dem neuesten Stand

„Bei der Datenverwaltung kommt es vor allem auf klare Strukturen und Bezeichnungen sowie zuverlässige Suchfunktionen an“, erklärt Gesamtprojektleiter Bumann. Da sich die eingestellten Dokumente ständig ändern und erneuern können, sei es für einen effizienten Workflow zudem wichtig, dass deren Status immer auf dem aktuellsten Stand ist und das Programm relevante Informationen an die betreffenden Projektbeteiligten weitergibt. „Die Transparenz über die aktuellen Planstände und Zulieferleistungen ist hier besonders entscheidend“, ergänzt Riegler. So werden in eProjectCare nicht nur Daten gespeichert, sondern er wird von den Mitgliedern der ARGE auch als interne Informationsplattform genutzt. Hierbei wird beispielsweise ersichtlich, ob neue Planrevisionen rechtzeitig eingestellt wurden. „Dadurch, dass allen stets die neuesten Pläne zugänglich sind, können auch die Abläufe entsprechend den Planungsschritten genau koordiniert werden“, so Bumann.

### Ablagestruktur

Ein Administrator, der den Überblick über alle Aufträge, Dokumentationen und Pläne hat, kümmert sich um die Abstimmung der Ablagestruktur, kontrolliert die Zugangsrechte der einzelnen Beteiligten zu den Daten, vermittelt bei Störungen und organisiert die An- und Abmeldung der Teilnehmer. „Indem Informationen gezielt an die entsprechenden Beteiligten weitergegeben werden, erhalten sie eine Übersicht über genau die Informationen, die für sie wichtig sind“, erläutert der IT-Architekt Finkenzeller. Auf diese Weise

werden sie außerdem ständig automatisch über den aktuellen Zeitplan informiert. „Fehler in den Abläufen und Verzögerungen in der Kommunikation können so verhindert werden“, so der PMG-Geschäftsführer. Rund 113.000 Nachrichten wurden bisher über den Projektteam verschickt.

### Vorbildprojekt erhielt Förderpreis der bayerischen Bauindustrie

Wenn im kommenden Sommer das neue Schuljahr beginnt, soll keiner der rund 2.700 Schüler mehr im Container unterrichtet werden – so sieht es der strenge Zeitplan der ARGE vor. Schon jetzt macht das inzwischen in ganz Bayern bekannte „Hofer Modell“ von sich reden, denn es reduziert sich nicht nur die Bauzeit von den ursprünglich veranschlagten zwölf auf zwei Jahre, sondern es werden auch Kosten in Höhe von zwölf Millionen Euro eingespart. Darüber hinaus ist das Projekt nach den Maßgaben einer lebenszyklusorientierten Planung konzipiert: Die Partner-Unternehmen haben sich verpflichtet, bis 2032 den Unterhalt der Gebäude zu übernehmen. Für ihre Vorbildfunktion erhielten der Landkreis und die ARGE im vergangenen Jahr sogar den Förderpreis der bayerischen Bauindustrie. Das Projekt zeichne sich aus durch ein „zielorientiertes Zusammenwirken schlauer und kreativer Köpfe“, begründete der Jurysprecher Prof. Dr.-Ing. Josef Zimmermann, Ordinarius am Lehrstuhl für Prozessmanagement und Immobilienentwicklung an der Technischen Universität München gegenüber der Frankfurter Zeitung. Die Verleihung des Preises. Das Preisgeld in Höhe von 10.000 Euro wurde in eine zusätzliche Ausstattung der Schulverwaltung investiert. □

### BayernLB Private Equity:

## Einstieg bei der Rebhan-Gruppe

Im Rahmen eines Secondary Buy-Out übernimmt die BayernLB Private Equity, München, die Mehrheit an der Rebhan Unternehmensgruppe, einem namhaften mittelständischen Spezialisten für hochwertige Kunststoffverpackungen von der CMP Capital Management-Partners, Berlin. Herr Dr. Matthias Rebhan wird der Unternehmensgruppe weiter als Gesellschafter und Berater verbunden bleiben. Herr Jürgen Ströhle wird alleiniger Geschäftsführer und erstmalig dem Gesellschafterkreis beitreten. Über den Kaufpreis bewahren alle Beteiligten Stillschweigen. Als Berater der Verkäuferseite fungierte Hübner Schlösser & Cie., München. Auf der Finanzierungsseite wurde die Transaktion von der Commerzbank AG, München begleitet.

München/Stockheim. Die Rebhan Gruppe mit Sitz im oberfränkischen Stockheim gilt als Spezialist für hochwertige Kunststoffverpackungssysteme und zählt zu den Marktführern in Deutschland und der Schweiz bei Standardverpackungen in kleinen und mittleren Losgrößen. Entwicklung, Produktion und Vertrieb der Kunststoffflaschen bzw. flaschenähnlichen Behältnisse für kosmetische, chemische und pharmazeutische Produkte liegen bei Rebhan in einer Hand – unabhängig, ob proprietäre Standarddesigns oder individuelle Verpackungslösungen. Die 2004 entwickelte Glass Polymer Technologie bietet Kunden zudem die Möglichkeit, die Wertigkeit von Glas und die Benutzerfreundlichkeit von Kunststoff in einem Produkt zu vereinen. Mit dem anerkannt hohen Qualitätsniveau hat sich Rebhan eine führende Rolle in Premium-Segmenten erarbeitet, darunter v.a. bei der Herstellung von hochwertigen Verpackungen für Kosmetika, Körperpflegemittel und Düfte. Namhafte Unternehmen in Deutschland sowie ganz Europa gehören zum teilweise langjährigen Kundenstamm von Rebhan.

### 250 Mitarbeiter

1955 gegründet, betreibt die

Finanzminister Fahrenschoen zur Steuerschätzung:

## Kein Grund zur Euphorie

„Die Ergebnisse der Steuerschätzung sind erfreulich, aber kein Grund zur Euphorie: Wir dürfen jetzt nicht vom eingeschlagenen Konsolidierungskurs abweichen. Die voraussichtlichen Steuereinnahmen helfen uns aber dabei, die verbliebenen Lücken zu schließen“, kommentierte Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschoen die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung.

„Die positive konjunkturelle Entwicklung schlägt sich im Ergebnis der Steuerschätzung nieder“, so Fahrenschoen. Der Prognose der Steuerschätzer zufolge, die vom 10. bis 12. Mai in Fulda getagt haben, wird sich das bundesweite Steueraufkommen in 2011 gegenüber dem Vorjahr um + 4,6 % auf rd. 555,0 Mrd. Euro erhöhen.

Im Vergleich zu den Steuerschätzungen des letzten Jahres stellen die Ergebnisse der aktuellen Steuerschätzung zwar bundesweit eine Verbesserung von rd. 17,6 Mrd. Euro in 2011, rd. 21,4 Mrd. Euro in 2012, rd. 47,3 Mrd. Euro in 2013 und rd. 49,0 Mrd. Euro in 2014 dar. „Dies ändert jedoch nichts daran, dass angesichts der noch immer angespannten Haushaltslage bei Bund und Ländern Steuereinnahmen vorrangig zur nachhaltigen Konsolidierung genutzt werden müssen. Gerade in konjunkturell guten Zeiten muss die Haushaltskonsolidierung ganz oben auf der Prioritätenliste stehen, um strukturelle Defizite abzubauen und für wirtschaftliche schwierige Zeiten vorzusorgen. Dies gilt umso mehr angesichts der nach wie vor erheblichen konjunkturellen Risiken“, so Fahrenschoen.

Die für Bayern zu erwartenden Steuereinnahmen werden derzeit aus den Ergebnissen der bundesweiten Steuerschätzung abgelei-

tet. In einer ersten Stellungnahme betont Fahrenschoen: „Wir haben in Bayern mit dem aktuellen Doppelhaushalt zum sechsten und siebten Mal einen Haushalt ohne neue Schulden. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass wir im Finanzplan für die Jahre 2013 und 2014 noch erhebliche Konsolidierungsbedarfe ausweisen. Wir müssen diese Lücken schließen, großer Spielraum für die Einleitung neuer finanzwirksamer Maßnahmen wird sich aller Voraussicht nach nicht ergeben.“

### Herbstprojektion

Grundlage der Steuerschätzung ist die aktuelle Wachstumsprognose der Bundesregierung vom 14. April 2011. Im Vergleich zu ihrer Herbstprojektion vom Oktober 2010 erhöhte die Bundesregierung ihre Einschätzung für das der Steuerschätzung zugrunde liegende nominale Bruttoinlandsprodukt für 2011 von 3,0 Prozent auf 3,5 Prozent. Für 2012 erwartet sie ein nominales Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 3,5 Prozent. Der konjunkturelle Aufschwung wird inzwischen nicht mehr nur vom Außenhandel, sondern immer mehr auch von der Binnenkonjunktur getragen. Damit bleibt die wirtschaftliche Belebung in diesem und im kommenden Jahr weiter aufwärtsgerichtet. □

gelegt. Langjährige Reputation, die führende Rolle in Premium-Segmenten und von der Qualität begeisterte nationale wie internationale Kunden bilden eine optimale Plattform für eine selektive Buy-and-Build Strategie. Wir setzen auf wachstumsstarke Unternehmen und freuen uns, die Rebhan Gruppe in ihrer wachstumsorientierten Entwicklung begleiten zu dürfen.“

### Weiterentwicklung des Unternehmens

Für Rebhan war bei der Wahl des Investors entscheidend, dass dieser mehr als „nur“ Kapital mitbringt. „Partnerschaftliches Engagement ist uns sehr wichtig. Schließlich geht es darum, ein alteingesessenes Unternehmen weiter zu entwickeln und fit zu machen für die Herausforderungen eines globalen Marktes. Mit der BayernLB Private Equity haben wir einen aufgeschlossenen Partner auf Augenhöhe gefunden, dem Rebhan genau so am Herzen liegt, wie uns. Wir schauen gemeinsam zuversichtlich nach vorne“, so Rebhan Geschäftsführer Jürgen Ströhle.

### Berater

Als Berater der Verkäuferseite betreute Hübner Schlösser & Cie. die Transaktion. Als Berater der Käuferseite waren tätig: PKF Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Financial/Tax), Dissmann Orth (Legal), Marciniuk & Partner (Legal Polen), L.E.K. Consulting (Commercial), ENVIRON (Umwelt), FidesSecur (Versicherungen), Birkert ingence (Operational) Transaktionsteam BayernLB Private Equity: Volkmar Wagner, Justus Schmidtko. □

## DSK-Fachtagung Bayern

Dienstag, 12. Juli 2011 | Presseclub Nürnberg

Das Treffen für Vertreter der öffentlichen Hand zu aktuellen Themenstellungen im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung

### Die Themen (Auszug)

Interessante Fachvorträge und Praxisbeispiele von Vertretern der öffentlichen Hand und Unternehmen

- Neue Impulse für interkommunale Projekte: Stärkung und Weiterentwicklung am Beispiel hessischer Städte, Gemeinden und Kreise
- Mit guten Beispielen voran: Interkommunale Zusammenarbeit in Franken und Bayern im Profil
- Region mit Weitblick: Hesselberg
- Wie Groß und Klein erfolgreich kooperieren: Zweckverband „Güterverkehrszentrum Raum Augsburg“
- „Wir 4“ – Interkommunale Zusammenarbeit im Großraum Nürnberg, Fürth, Erlangen, Schwabach

Tel. +49. (0)911.5209940 | nuernberg@dsk-gmbh.de | www.dsk-fachtagung.de

DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft

DSK

Interkommunal erfolgreich: Kooperation über Gemeindegrenzen hinaus



Der neue Vorstand der Kreissparkasse (v. l.): Andreas Frühschütz, Josef P. Bittscheidt, Peter Waßmann und Walter Fichtel.

Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg:

## Vierköpfiges Vorstandsteam

Eine neue Führungsspitze leitet ab Mai 2011 die Geschicke der frisch fusionierten Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg: Neuer Vorstandsvorsitzender der drittgrößten bayerischen Sparkasse wird Josef P. Bittscheidt. An seiner Seite stehen Walter Fichtel als stellvertretender Vorstandsvorsitzender sowie Peter Waßmann und Andreas Frühschütz.

Der Wechsel an der Spitze des Finanzinstituts steht zugleich für inhaltliche und personelle Kontinuität und Stabilität: „Wir sind und bleiben die Kreissparkasse für den Kreis München, den Kreis Starnberg und den Kreis Ebersberg“, erklärt Bittscheidt, der selbst seit mehr als 20 Jahren im Vorstand des Hauses tätig ist. Das neue Geschäftsgebiet mit seinen sechs Städten und 60 Gemeinden

sei eng vernetzt und weise eine dynamische Wirtschaftsentwicklung auf. Erklärtes Ziel sei der Ausbau der eigenen Stellung in diesem Markt. Dabei wolle die Kreissparkasse vor allem die steigenden Anforderungen der Privat- und Firmenkunden noch besser bedienen.

Darüber hinaus will die Kreissparkasse ihre enge Bindung an die Realwirtschaft festigen und

ihrem Auftrag gemäß etwa bei der Finanzierung kleiner und mittelständischer Unternehmen als verlässlicher Partner agieren.

### Präsenzausweitung

Das fusionierte Institut, das ein Geschäftsgebiet mit rund 670.000 Einwohnern abdeckt, bleibt mit seinen 102 Filialen in der Fläche präsent. Zusätzlich will die Kreissparkasse noch stärker auf weitere Kanäle wie das Mobile- und Online-Banking setzen, um die eigene Präsenz auszuweiten. „Wir wollen weiter wachsen und durch Erfolge im Markt Arbeitsplätze sichern und ausbauen“, so Josef P. Bittscheidt. Die neue Kreissparkasse hat zum Zeitpunkt ihres Zusammenschlusses rund 1800 Beschäftigte.

### Regionales Engagement

Auch künftig will sich die Kreissparkasse an ihrem regionalen Engagement für Kunst, Kultur, Sport und soziale Zwecke messen lassen. Hierfür verankert sie auch die Stiftungsarbeit an höchster Stelle: Jedes Vorstandsmitglied leitet künftig eine der vier sparkasseneigenen Stiftungen in den Landkreisen München, Starnberg, Ebersberg sowie der Gemeinde Gauting. Die Stiftung in Ebersberg mit einem Kapital von einer Million Euro wird noch im Mai gegründet. Darüber hinaus stockt die Kreissparkasse das Kapital der bestehenden drei Stiftungen um insgesamt fast zwei Millionen Euro auf.

Erfolgsjahr für LfA Förderbank Bayern:

## Rekordförderung und Rekordbilanz

Die LfA Förderbank Bayern hat den bayerischen Mittelstand im Jahr 2010 mit einer Rekordsumme von gut 3 Milliarden Euro versorgt und damit den Übergang von der Krise in den Aufschwung unterstützt. Knapp 2,5 Milliarden Euro sind Darlehenszusagen für Betriebsmittel und vor allem für Investitionen im Aufschwung. Mit 600 Millionen Euro an Bürgschaften und anderen Risikoübernahmen sicherte die LfA neue Firmenkredite ab. Die Bilanzsumme der staatlichen Förderbank stieg auf 20,5 Milliarden Euro und überschritt zum ersten Mal die 20-Milliarden-Schwelle. Der Bilanzgewinn wuchs um fast 20 Prozent auf 45,6 Millionen Euro.

Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil sagte jüngst auf der Bilanzpressekonferenz der LfA: „Ein wesentlicher Impuls zur Krisenbewältigung und Basis für den Aufschwung war der für 2009 und 2010 von der Staatsregierung aufgespannte Bayerische Mittelstandsschirm: Mit Bürgschaften und Haftungsfreistellungen hat die LfA in zwei Jahren Risiken von über 780 Millionen Euro übernommen. Dadurch haben rund 4.400 Unternehmen Kredite von knapp 1,2 Milliarden Euro erhalten. So hat die LfA dazu beigetragen, die Kreditversorgung des Mittelstands sicherzustellen und über 77.000 Arbeitsplätze zu sichern. Jetzt läuft die Konjunktur wieder rund und wir kehren schrittweise auf ein Normalmaß an Fördermöglichkeiten zurück.“

LfA-Vorstandsvorsitzender Michael Schneider: „Die Nachfrage nach Förderkrediten für Investitionen zog mit der Verbesserung der Konjunktur deutlich an. Mit dem Rekordwert von 1,7 Milliarden Euro ging der Großteil unserer Kredite an kleine und mittlere Unternehmen. 6.400 Mittelständler mit über 100.000 Arbeitsplätzen konnten mit unserer Hilfe

Investitionen im Wert von 2,4 Milliarden Euro tätigen.“ Der Investitionsschub erreichte alle Branchen, vom Handwerk über die Industrie bis zu den Dienstleistern und den Freien Berufen.

Schneider zum Jahresabschluss: „Die Bilanzzahlen zeigen eine kerngesunde, leistungsfähige

und erfolgreich wirtschaftende Bank. Mit einer Bilanzsumme von 20,5 Milliarden Euro haben wir erstmals die 20-Milliarden Euro Schwelle überschritten. Die Risikoversorge für Ausfälle im Fördergeschäft konnten wir aufgrund des Aufschwungs von 72 Millionen Euro auf 11 Millionen Euro zurückfahren. Damit konnten wir den Bilanzgewinn von 38,3 Mio. Euro auf 45,6 Millionen Euro steigern und gleichzeitig unser Eigenkapital stärken. Mit einer auf beruhigende 16,1 Prozent verbesserten Kernkapitalquote bewegen wir uns im Trend der künftig anspruchsvolleren Anforderungen von Basel III.“

Im ersten Quartal 2011 verzeichnet die LfA insbesondere für Betriebserweiterungen und Modernisierungen eine starke Nachfrage nach Förderkrediten. Für das Gesamtjahr rechnet Schneider damit, dass die Spitzenwerte in der Kreditvergabe aus 2010 zumindest wieder erreicht werden.

### Haasis kritisiert Bevorzugung systemrelevanter Banken

Die systemische Bevorzugung systemrelevanter und damit risikoreicher Banken hat der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Heinrich Haasis, kritisiert. „Gute Ratings werden verteilt, wenn Institute so groß und risikoreich sind, dass sie mit einer Haftung der öffentlichen Hand rechnen können. Das ist nach der Finanzkrise eine völlig falsche Botschaft.“

Haasis hob hervor, dass die Landesbanken insgesamt in den letzten zwei Jahren ihre Risikoaktiva deutlich vermindert hätten und damit stabiler geworden sind. Damit sinke die Wahrscheinlichkeit, dass sie künftig auf Hilfestellungen der öffentlichen Hand oder der Sparkassen zurückgreifen müssen. „Es ist grotesk, dass Institute dafür mit dem Argument zurückgehender Systemrelevanz bestraft werden sollen.“ Zugleich äußerte Haasis die Befürchtung, dass von diesem Vorgehen von Ratingagenturen auch völlig falsche Signale für die künftigen Bankenstrukturen ausgehen. „Es werden diejenigen durch bessere Refinanzierungsbedingungen belohnt, die für den Steuerzahler ein möglichst großes systemisches Risiko darstellen. Das schafft Anreize für Banken, groß und risikoreich zu werden.“ Das sei exakt das Gegenteil der Zielsetzung der G 20, die Erpressbarkeit der öffentlichen Haushalte durch große Banken zu verringern.

## Prall gefüllte Auftragsbücher

BIHK-Konjunkturindex erreicht Höchststand

Die Konjunktur in Bayern läuft auf Hochtouren. Die Geschäftslage ist auf ein neues Rekordniveau geklettert und die Unternehmen sind fest davon überzeugt, dass der Aufschwung anhält. Sie bauen ihre Investitionsbudgets weiter aus und wollen mehr Mitarbeiter einstellen. Das ergab die aktuelle Konjunkturumfrage des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages (BIHK) unter mehr als 3.500 Unternehmen. Selbst Risiken wie langfristig steigende Energiekosten und kaum zu kalkulierende Rohstoffpreise können die gute Laune der Unternehmen nicht trüben.

„Der Aufwärtstrend basiert dabei nicht nur auf dem Export, sondern seit einiger Zeit auch auf einer stabilen Binnennachfrage“, sagte Peter Driessen, Hauptgeschäftsführer des BIHK. Allerdings nimmt die Sorge zu, ein leergefegter Arbeitsmarkt könnte das Wachstum bremsen. Der BIHK-Konjunkturindex, der Geschäftslage und Geschäftserwartungen in einem Wert zusammenfasst, ist von 133 Punkten zu Jahresbeginn auf 136 Punkte gestiegen und hat damit den höchsten Stand seit fast 20 Jahren erreicht.

### Zuversichtlichkeit

Aktuell bezeichnen 52 Prozent der Unternehmen ihre Situation als „gut“ und nur 7 Prozent als „schlecht“. Auch die kommenden 12 Monate bleibt die Wirtschaft zuversichtlich. So sind 57 Prozent der Befragten davon überzeugt, dass es auf gleichem Niveau weitergeht, 35 Prozent erwarten sogar, dass die Geschäfte weiter anziehen. Um die steigende Nachfrage aus dem In- und Ausland bedienen zu können, wollen 41 Prozent ihre Investitionsbudgets ausweiten.

Auch die Einstellungsbereitschaft ist weiter ungebrochen: Fast jedes vierte Unternehmen will Personal aufbauen, lediglich 7 Prozent planen einen Stellenabbau. „Damit dürfte die Arbeitslosenquote in Bayern weiter sinken“, so Driessen.

### Hochstimmung

In der Industrie herrscht Hochstimmung. Die Auftragsbücher sind prall gefüllt und die Kapazitäten gut ausgelastet. Der Sal-

do aus zufriedenen und unzufriedenen Stimmen ist von 41 auf 51 Punkte auf einen neuen Höchststand geklettert. Im Fahrzeugbau ist er gar um 29 Zähler auf 72 Punkte gesprungen. Die Unternehmen halten an ihrem Optimismus fest, glauben aber, dass das Wachstum in den kommenden 12 Monaten etwas weniger rasant verlaufen wird. Sie befürchten zum einen, dass die Nachfrage aus Asien etwas abflaut. „Zudem wird es immer schwieriger, die Produktion kurzfristig auszuweiten, zumal ein Teil der Unternehmen bereits an der Kapazitätsgrenze arbeitet“, sagt der BIHK-Chef.

### Stabile Umsätze

Die gute Entwicklung der Industrie beflügelt weiterhin die Dienstleister. Gerade mal 10 Prozent befürchten Rückschläge, dagegen rechnet fast jedes zweite Unternehmen mit stabilen Umsätzen. Über 40 Prozent hoffen sogar, dass sie steigen. Die Dienstleister wollen deshalb nochmal mehr investieren und neue Mitarbeiter einstellen.

### Hohe Investitionsbereitschaft

Die bayerischen Bauunternehmen sind ebenfalls bester Stimmung. Die hohe Investitionsbereitschaft der Unternehmen hat die gewerblichen Bauaufträge angeschoben. Die gute Arbeitsmarktsituation, die im langfristigen Vergleich niedrigen Zinsen und eine anziehende Inflation beflügeln zudem den privaten Wohnungsbau. Die Kapazitätsauslastung wird in den kommenden Monaten steigen, ebenso der

Personalbestand. Die öffentliche Hand setzt hingegen den Rotstift an: Sie hat infolge von Konsolidierungsmaßnahmen sowie auslaufender Konjunkturprogramme ihre Bauaufträge zurückgefahren.

### Konsumlaune

Die niedrige Arbeitslosigkeit lässt die Kassen der Einzelhändler klingeln. Die ohnehin gute Laune der Branche ist gegenüber Jahresbeginn sogar nochmals besser geworden. Aktuell rechnen 33 Prozent mit besseren Geschäften, nur 10 Prozent befürchten Rückgänge. Allerdings drücken steigende Kosten auf die Erträge. Die Einzelhändler wollen deshalb die Preise erhöhen. Der Großhandel profitiert sowohl von der höheren Industrieproduktion als auch von der guten Konsumlaune der privaten Haushalte. Beides erhöht den Warenumsatz und die Umsätze. Nur noch 4 Prozent sind pessimistisch.

### Wachsende Sorgen

Doch der BIHK-Chef warnt vor allzu großer Euphorie. „Wir dürfen nicht den Blick für die Realitäten verlieren“, so Driessen. Denn die Energie- und Rohstoffpreise bereiten der Wirtschaft wachsende Sorgen. Für 57 Prozent aller Unternehmen ist das der Risikofaktor Nummer eins. In der Industrie sind es sogar 80 Prozent. Fast jedes dritte Industrieunternehmen hat bereits Schwierigkeiten, seinen Rohstoffbedarf zu decken. Auch fürchten immer mehr Unternehmen, dass der Fachkräftemangel ihre Entwicklung bremsen könnte. Der Anteil ist von 31 Prozent im Herbst auf 35 Prozent gestiegen. „Angesichts einer Arbeitslosenquote in Bayern unterhalb der 4-Prozent-Marke und 33 Stadt- und Landkreisen mit Vollbeschäftigung, wird es für die Unternehmen immer schwieriger, geeignete Mitarbeiter zu finden“, fürchtet Driessen.

Wir sichern Ihre Zukunft – als wär's unsere eigene.

GANZ OHNE STRESS  
www.ohnestress.info

VER SICHERUNGSKAMMER BAYERN  
Finanzgruppe

Wir versichern Bayern.

Wie auch immer Ihr Lebensweg aussieht: Wir kümmern uns darum, dass Sie immer optimal abgesichert sind. Denn wir stehen Ihnen in jeder Situation zur Seite und beraten Sie in allen wichtigen Fragen. Zum Beispiel, welche Versicherungen wirklich wichtig für Sie sind. Und das alles Schritt für Schritt, ganz ohne Stress. Machen Sie sich jetzt auf den Weg in eine sichere Zukunft: Vereinbaren Sie einen Termin bei uns.

Elektromobilität in Bayern:

## Die bayerisch-schwäbische „E“-Revolution

In Augsburg, Landsberg oder Schongau sieht man sie schon fahren: Elektrofahrzeuge der neuesten Generation. Sie entlasten den Stadtverkehr von Abgasen, Feinstaub und Lärm und sie sind bei der Energieeffizienz ihren benzinbetriebenen Kollegen weit überlegen. Bis 2020 sollen bereits eine Million Elektroautos auf Deutschlands Straßen fahren. Ein ehrgeiziges Ziel, denn neben einem ausreichenden Angebot an Fahrzeugmodellen ist dafür vor allem eine flächendeckende Ladeinfrastruktur nötig. In Bayern bauen die Lechwerke gemeinsam mit der RWE Effizienz GmbH derzeit das Ladesäulennetz für die Elektrofahrzeuge zügig aus. Gleichzeitig ermöglichen die Lechwerke Kommunen, Unternehmen und Privathaushalten Elektrofahrzeuge zu testen, Praxiserfahrungen zu sammeln und Vorteile der Elektromobilität selbst zu erleben.

Zum Beratungstermin beim Kunden oder zur Besprechung in eine andere Geschäftsstelle - auf Dienstfahrten sind Mitarbeiter der Kreissparkasse Augsburg inzwischen auch „elektromobil“ unterwegs. Seit März steht im Fuhrpark des regionalen Kreditinstituts ein Elektroauto der neuesten Generation bereit. Das Modellprojekt soll zeigen, ob und wie sich die Elektromobilität im Geschäftsalltag bewährt. Mit seinem Engagement leistet der Fi-

erschaffungskosten gegenüber einem „Benziner“ können dann durch gezielten Einsatz für Kurzstreckenfahrten und eine hohe Auslastung der Fahrzeuge ausgeglichen werden. Die Lechwerke als regionaler Energieversorger für Bayerisch-Schwaben, Teile Oberbayerns und das Allgäu unterstützen Unternehmen und Kommunen deshalb beim Start in die Elektromobilität.

### Netz von Stromtankstellen

Seit Sommer 2010 haben die Lechwerke in ihrem Einzugsgebiet bereits neun Stromtankstellen in Betrieb genommen. Gemeinsam mit weiteren Kooperationspartnern soll das Netz zügig ausgebaut werden. „Kommunen und Unternehmen bieten wir ein Rundum-Sorglos-Paket: Gegen einen monatlichen Pauschalpreis kümmern wir uns um Aufstellung, Betrieb, Wartung und Strombelieferung der Ladesäulen“, erklärt LEW-Vorstandsmitglied Paul Waning. Das Ziel dabei: Möglichst schnell ein flächendeckendes Netz an Lademöglichkeiten aufzubauen.

Auch in den übrigen Regionen

ressierten Unternehmen und Kommunen zusätzlich auch Elektrofahrzeuge zum Testen zur Verfügung. So ist derzeit ein Fiat 500 MicroVet zwei Monate lang für den Landkreis Schongau unterwegs. Anschließend wird der Elektro-Fiat von der Stadtverwaltung Schongau im alltäglichen Behördeninsatz erprobt.

### E-Bike-Projekt mit Kommunen

Die elektrisch angetriebenen Pkws sind allerdings bei weitem nicht alles, was E-Mobility an umweltschonenden Fortbewegungsmöglichkeiten bietet. Mit dem E-Bike-Projekt der Lechwerke hat sich die ganze Region mittlerweile zu einer Hochburg des „Fahrradfahrens mit eingebautem Rückenwind“ entwickelt. Zahlreiche Kommunen nutzen Kooperationen mit LEW, um Elektrofahräder als Service für Bürger und Touristen anzubieten. Die von den Lechwerken gegen einen monatlichen Fixpreis bereitgestellten E-Bikes können beispielsweise in den Städten Günzburg und Krummbach von Jedermann ausgeliehen werden. Dabei stehen die LEW E-Bikes in zwei Ausführungen zur Wahl: Das City-Bike für entspannte Stadtfahrten und Ausflüge und für sportlich ambitionierte das Bergziege E-Mountainbike. Zusätzliche Verleihstationen haben die Lechwerke in ihren Kundenforen in Augsburg, Donauwörth und Landsberg eingerichtet.

Ab diesem Jahr werden die E-Bikes auch im Rahmen von Pauschalreisen genutzt. LEW-

### Regionalversorger

LEW ist als regionaler Energieversorger für rund 500.000 Kunden in Bayern und Teilen Baden-Württembergs tätig. Die LEW-Gruppe beschäftigt mehr als 1.700 Mitarbeiter, ist mit 35 Wasserkraftwerken einer der führenden Erzeuger von umweltfreundlicher Energie aus Wasserkraft in Bayern und bietet Dienstleistungen im Bereich der Telekommunikation an. Die Lechwerke AG (LEW) gehört zur RWE-Gruppe. □



Inbetriebnahme einer Ladesäule und Übergabe eines Elektroautos an den Landkreis Weilheim-Schongau für Testzwecke. Im Bild (v. l.): Landrat Dr. Friedrich Zeller, Elisabeth Gutmann, Regionalmanagerin des Landkreises, LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher und Erster Bürgermeister von Schongau, Karl-Heinz Gerbl. □

nanzdienstleister auch einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz: Auf ihrer Fahrt produzieren Elektroautos vor Ort weder Abgase und Feinstaub noch Motorenlärm. Ihre Motoren arbeiten zudem äußerst energieeffizient. Mehr als 90 Prozent der eingesetzten Energie wird in Bewegung umgesetzt. Konventionelle Motoren dagegen geben den größten Teil ungenutzt als Wärme ab. Von der Elektromobilität profitiert daher nicht nur die Umwelt. Wird dieselbe Strecke elektrisch statt mit Benzin zurückgelegt, verringern sich die Tankkosten auf die Hälfte, je nach Fahrzeug sogar bis auf ein Drittel.

Die Vorteile der Elektromobilität lassen sich in vollem Umfang vor allem dann nutzen, wenn die Elektroautos Teil eines Fuhrparks sind. Denn die geringere Reichweite und die – zumindest derzeit noch – höheren

Bayerns gibt es immer mehr Tankmöglichkeiten für Elektrofahrzeuge. Hier engagiert sich die RWE Effizienz GmbH für den Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur. Von Karlsruhe am Main und Bayreuth im Norden über Regensburg bis München und weiter in den Süden Bayerns erstreckt sich inzwischen ihr Netz öffentlich zugänglicher Ladestationen.

### Beitrag zum Klimaschutz

Wichtigstes Argument für einen schnellen und breiten Einstieg in die Elektromobilität ist ihr Beitrag zum Klimaschutz. So verringert sich bei Fahrzeugen mit Elektroantrieb je nach Zusammensetzung des Strommixes der CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 50 Prozent und mehr. Um den Einstieg in die Elektromobilität zu erleichtern, stellen die Lechwerke inte-

tours, ein Gemeinschaftsprojekt der Lechwerke mit dem Augsburger Reiseveranstalter ATC-TOURISTIC und der Firma Fahrräder Durz, bietet mehrtägige Radreisen mit E-Bikes an. Die Elektromobilität macht dabei möglich, dass auch anspruchsvolle Routen etwa quer über die Alpen ohne große körperliche Anstrengung gefahren werden können. „Bei allen unseren Maßnahmen ist uns wichtig, dass möglichst viele Menschen die Vorteile der Elektromobilität jetzt kennen lernen und live erleben können“, so Waning. Um dieses Ziel zu erreichen, sind LEW-Teams mit einer „Roadshow“ zum Thema E-Mobility in ganz Bayerisch-Schwaben unterwegs. Interessierte können sich über die Elektromobilität informieren und E-Bikes, Elektroller und Elektroautos selbst Probe fahren. □

GZ-Interview mit Dr. Markus Litpher, Vorstand der LEW AG:

## Verantwortung auf regionaler Ebene

**GZ:** Warum haben die Lechwerke den LEW Innovationspreis Klima und Energie ins Leben gerufen?

**Dr. Litpher:** Energie möglichst effizient zu nutzen und den Klimaschutz voranzutreiben, gehört zu den Kompetenzen eines Energieversorgers. Der LEW Innovationspreis ist Teil unseres Selbstverständnisses, dieser Verantwortung auch auf regionaler Ebene Rechnung zu tragen. Gleichzeitig unterstreicht er unser Ziel, Ideen und Visionen in der Region zu fördern und umzusetzen. Die Lechwerke führen damit einen Weg fort, den sie vor 110 Jahren begonnen haben: Das Wasserkraftwerk in Gersthofen lieferte damals als erstes in der Region Strom. Diese Innovation war der Ausgangspunkt für die Elektrifizierung Bayerisch Schwabens und des Allgäus. Deshalb loben wir in unserem Jubiläumsjahr den Wettbewerb aus.

**GZ:** Es können aber nicht nur Projekte teilnehmen, die mit Strom zu tun haben?

**Dr. Litpher:** Wir suchen nach neuen, innovativen Maßnahmen, um mit Energie in jeder Form noch sparsamer umgehen und den CO<sub>2</sub>-Ausstoß konsequent senken zu können. Es geht also nicht um Strom allein. Bewerben kann sich beispielsweise eine Bäckerei, die mit der Abwärme ihrer Backöfen Verkaufsraum und Cafe beheizt. Oder ein Unternehmen, das aus Abwasser und Reststoffen Wärme und Strom gewinnt. Oder eine Kommune mit ihrem Verwaltungsgebäude, das durch Dämmung, Wärmemanagement, Erdwärme und Sonnenenergie vom Verbraucher zum Energieerzeuger wird. All das sind Maßnahmen, die nicht genug gewürdigt wer-

den können. Solche und viele weitere Projekte verdienen es, der breiten Öffentlichkeit vorgestellt zu werden.

**GZ:** Wie wird ermittelt, wer die beste Energieeffizienz- oder Klimaschutzinnovation hat?

**Dr. Litpher:** Aus allen eingehenden Bewerbungen wählt eine hochrangig besetzte Jury drei Maßnahmen aus, die mit Preisgeldern in Höhe von 25.000 Euro, 15.000 Euro und 5.000 Euro prämiert werden. Wichtig ist dabei natürlich der Beitrag, den die jeweilige Maßnahme für Klimaschutz und Energieeffizienz leistet. Darüber hinaus sollen sie einen innovativen Ansatz haben, nachhaltig wirken und für andere Nutzer ein Beispiel dafür geben, wie diese in ihrem Umfeld selbst aktiv werden können. □



Die Bewerbungsfrist für den LEW Innovationspreis Klima und Energie läuft. Unser Bild zeigt (v. l.): Alfred Kailing, Geschäftsbereichsleiter Beratung bei der Handwerkskammer Schwaben, Kai Löbert, Leiter Unternehmenskommunikation & Events der Mediengruppe Presse-Druck GmbH, LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher und Alexander Gundling, Geschäftsfeldleiter Innovation + Umwelt der Industrie- und Handelskammer Schwaben bei der Auftaktveranstaltung. □

Für Kommunen aus der Region:

## Belohnung für kreative Energie-Innovationen

Auslobung des mit insgesamt 45.000 Euro dotierten LEW Innovationspreises für Klima und Energie

Aus Anlass ihres 110-jährigen Unternehmensjubiläums loben die Lechwerke in diesem Jahr erstmals den mit insgesamt 45.000 Euro dotierten „LEW Innovationspreis Klima und Energie“ aus. Mit der Auszeichnung würdigen die Lechwerke (LEW) innovative und beispielgebende Maßnahmen, die nachhaltig zum Klimaschutz und zu mehr Energieeffizienz in Bayerisch-Schwaben, dem Allgäu und den angrenzenden Gebieten beitragen. Unternehmen aus Industrie und Handwerk ebenso wie andere Gewerbetreibende und Kommunen sind zur Teilnahme aufgefordert. Sie können ab sofort Projekte einreichen die bereits erfolgreich umgesetzt wurden oder kurz vor ihrem Abschluss stehen. Bewerbungsschluss ist der 12. August 2011.

Eine Jury wählt drei Projekte aus, die mit Preisgeldern in Höhe von 25.000 Euro, 15.000 Euro und 5.000 Euro ausgezeichnet werden. Die Industrie- und Handelskammer Schwaben, die Handwerkskammer für Schwaben, die Mediengruppe Pressedruck mit der Augsburger Allgemeinen Zeitung, die Hochschule und die Universität Augsburg unterstützen als Partner den LEW Innovationspreis Klima und Energie.

### Energieeffizienz- und Klimaschutz-Projekte

„Gemeinsam wollen wir beispielgebende Ideen und Projekte aus den Bereichen Klimaschutz und Energieeffizienz würdigen und gezielt in die Öffentlichkeit bringen“, erklärt LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher. „Der LEW Innovationspreis trägt damit dazu bei, die Innovationskraft und die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts auch über die Grenzen der Region hinaus bekannt zu machen.“

### Neue Ansätze gefragt

Bewusst sind die Bedingungen für eine Teilnahme am LEW Innovationspreis weit gefasst. „Wir sind gespannt auf die prak-

tischen Engagements und lassen uns gerne überraschen durch Klimaschutzideen, an die wir selbst bisher noch nicht gedacht haben“, so Litpher.

### Lob von Zeil

Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil lobte die Initiative: „Insbesondere in Bayern stehen wir vor der großen Herausforderung, die Energieversorgung der Zukunft nicht nur umweltfreundlich, sondern auch bezahlbar und zuverlässig zu gestalten. Deshalb sind Erfindungsreichtum und Kompetenz der bayerischen Unternehmen und Kommunen gefragt, um diesen Weg erfolgreich beschreiten zu können. Der Innovationspreis setzt hier wichtige und richtige Impulse.“

### Bewertung durch hochrangige Jury

Der Jury des LEW Innovationspreises Klima und Energie gehören neben den Partnern weitere hochrangige Vertreter der Region an. Die Jury bewertet die eingereichten Projekte vor allem danach, wie hoch ihr konkreter Beitrag für Klimaschutz und Energieeffizienz, ihre Wirtschaftlichkeit und ihr In-

novationsgrad sind. Zudem sollen die Maßnahmen möglichst gut auf andere Betriebe oder Kommunen übertragbar sein.

Die Preisverleihung findet am 30. September 2011 als ein Höhepunkt der 110-Jahrfeier der Lechwerke statt. □

### LEW Innovationspreis Klima und Energie

Der LEW Innovationspreis Klima und Energie prämiert innovative Maßnahmen für Klimaschutz und Energieeffizienz. Teilnehmen an dem Ideenwettbewerb können Unternehmen aus Industrie und Handwerk, andere Gewerbetreibende und Kommunen aus der Region.

### Projektvoraussetzungen

Eingereicht werden kann ein Projekt, das folgende Voraussetzungen erfüllt: Es ist bereits realisiert oder es steht kurz vor dem Abschluss, liefert einen Beitrag zum Klimaschutz oder zur Energieeffizienz, hat nachhaltigen Charakter, beinhaltet einen innovativen Ansatz und ist beispielgebend für andere Nutzer. Die Projekte sollten nicht älter als zwei Jahre sein. Bewerbungsschluss ist der 12. August 2011.

### Informationen

[www.lew.de/innovationspreis](http://www.lew.de/innovationspreis)

Seniorenpolitisches Gesamtkonzept des Landkreises Miltenberg:

## Umsetzung in großen Schritten

Rund ein Jahr, nachdem der Kreistag das Seniorenpolitische Gesamtkonzept für den Landkreis Miltenberg einstimmig verabschiedet hat, ist festzustellen, dass das Konzept in großen Schritten umgesetzt wird. Vor rund 50 Expertinnen und Experten der Seniorenarbeit haben Sozialamtsleiter Manfred Vill und die Fachkraft für Senioren- und Altenhilfeplanung, Nadja Schillikowski, am Dienstag im Landratsamt gezeigt, dass die Umsetzung des Konzepts rasch vorankommt.

Wie Landrat Roland Schwing zu Beginn der Veranstaltung sagte, habe man im Jahr 2008 damit begonnen, im Landkreis Miltenberg die Weichen zu stellen, damit die Seniorinnen und Senioren ihren Lebensabend möglichst lange und möglichst gut in ihrer gewohnten Umgebung verbringen können. Viele Menschen, Einrichtungen und Verbände, die sich im Landkreis für Senioren und ihre gesellschaftliche Teilhabe, Betreuung und Versorgung einsetzen, hätten an der Erstellung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes mitgearbeitet.

### Auf dem richtigen Weg

Dass man mit dem Konzept auf dem richtigen Weg sei, habe sich unter anderem mit der Ver-

leihung des zweiten Förderpreises gezeigt, den man aus der Hand von Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer entgegennehmen konnte. Dabei sei ein besonders der umfassende Ansatz sowie das Vorgehen auf breiter Basis herausgestellt worden, so der Landrat. Wichtig sei es nun, den an der Erstellung des Konzepts beteiligten Akteuren eine Rückmeldung zu geben, was aus deren Ideen und Vorschlägen geworden ist.

### Handlungsfelder

Sabine Wenng (Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung in Bayern) erläuterte im Anschluss nochmals kurz die wichtigsten Inhalte des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts mit seinen zwölf Handlungsfeldern und prophe-

zeite, dass es eigentlich auch ein 13. Handlungsfeld gibt – die Mobilität. Die werde vor allem im ländlichen Raum immer wichtiger, sagte sie und nannte Fahrten von Senioren zu Ärzten, zum Einkaufen und zu Veranstaltungen, die nicht immer vom öffentlichen Personennahverkehr abgedeckt werden könnten. Dieser Auffassung stimmte auch Sozialamtsleiter Manfred Vill zu, der in der Schaffung von Mobilitätsstrukturen einen äußerst wichtigen Aspekt sah.

### Mobilitätsstrukturen

Näheres hierzu erläuterte Nahverkehrsbeauftragter Karl-Heinz Betz, der dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Region ein gutes Niveau bescheinigte, dennoch aber Verbesserungspotenzial sah. Schon seit Jahren arbeite der Landkreis mit Bahn, Busverkehrsanbietern und Gemeinden erfolgreich zusammen, um den Fahrgästen mehr Komfort zu bieten – sei es mit dem Umbau von Haltestellen zu barrierefreien Haltestellen, der Schaffung von Fahrgastunterständen oder mit dem zunehmenden Einsatz von Niederflurfahrzeugen, die vor allem älteren Menschen den Einstieg erleichtern.

### „Ambulant vor stationär“

Manfred Vill erläuterte, dass die vom Kreistag beschlossene Maxime „Ambulant vor stationär“ bereits Auswirkungen zeige: So sei der Pflegebedarfsplan in dieser Hinsicht angepasst worden, so dass nun der Schwerpunkt auf der Bereitstellung von ambulanten Pflegeplätzen liegt. Deshalb sei laut Vill der Bedarf an stationären Plätzen im Landkreis Miltenberg bereits jetzt bis ins Jahr 2017 gedeckt. Der größte Teil der Seniorenarbeit wird Vill zufolge in den Städten und Gemeinden geleistet. Deswegen richteten sich 41 Handlungsempfehlungen des Konzepts an diese Ebene. Der Landkreis Miltenberg leiste hier Hilfe durch Beratung, Information und Vernetzung. Da, wo der Kreis mit 28 Handlungsempfehlungen selbst gefragt sei, ist man nach der Festlegung von Prioritäten an die sukzessive Umsetzung gegangen. Allen anderen mit der Seniorenarbeit befassten Institutionen werde der Landkreis ebenfalls durch Vernetzung, Beratung und Information beistehen, versprach Vill.

Ein erster, wichtiger Schritt der Konzeptumsetzung sei am 1. Oktober 2010 die Besetzung

der Fachstelle für Altenhilfeplanung und Seniorenarbeit durch Nadja Schillikowski gewesen, die zusätzlich auch für die Koordination des bürgerschaftlichen Engagements zuständig sei. Ihre Aufgabe sei es unter anderem, über die Umsetzung des Gesamtkonzepts zu wachen und es zu koordinieren.

Nadja Schillikowski legte anschließend einen umfangreichen Bericht über die von ihr bereits geleistete Arbeit vor und blickte voraus, was noch zu tun ist. Zu ihren Aufgaben gehöre es auch, das Seniorenpolitische Gesamtkonzept in den Kommunen vorzustellen und in den Gemeinden Anstöße zu geben für das weitere Vorgehen – beispielsweise für die Installierung von Seniorenbeiräten und Seniorenbeauftragten und für die Erhebung von lokalen Daten, welcher Bedarf für die Seniorenarbeit besteht.

### Seniorennetzwerk

Ein wichtiger Partner für die flächendeckende Entwicklung der Seniorenarbeit im Landkreis sei das Seniorennetzwerk, dessen Mitglieder die im Konzept erarbeiteten Landkreis-Handlungsfelder nach Wichtigkeit beurteilt hätten. Daraus seien beispielsweise die Projektgruppen „Musterlinien für Seniorenveranstaltungen“ entstanden, die die Arbeit bereits aufgenommen hätten. Eine weitere Arbeitsgruppe „Wohnen im Alter“ sei in Planung.

### Kommunikation nach außen

Um die Ziele zu erreichen, arbeite man mit zahlreichen Organisationen zusammen, erläuterte Schillikowski. Dazu gehörten unter anderem die Beratungsstelle für Senioren und pflegen Angehörige, der Arbeitskreis für Hospiz und Palliativ, das Landratsamt, Wohlfahrtsverbände und zahlreiche weitere Einrichtungen. Mit Öffentlichkeitsarbeit trage man das Thema auch nach außen. Man beteilige sich zudem am Forschungsprojekt „Freiwilligenmanagement“ der Hochschule Würzburg-Schweinfurt, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert werde, so Schillikowski.

„Es ist erstaunlich, was hier in kürzester Zeit zum Laufen gebracht worden ist“, lobte Landrat Roland Schwing nach den Präsentationen. In dieser Auffassung wurde er von der Expertin Sabine Wenng unterstützt. Die war begeistert vom Arbeitseifer im Landkreis Miltenberg und bescheinigte den Verantwortlichen und allen Mitwirkenden, dass sie damit in Bayern ganz weit vorne lägen und vorbildlich tätig seien. □

## „Tafelsilber wird nicht verscherbelt“

Landkreis Würzburg: Eberhard Nuß will Vermögenswerte seiner Kommune steigern

Seine Partei begrüßt Partnerschaften zwischen öffentlichen und privaten Investoren. CSU-Mitglied Eberhard Nuß allerdings steht „Public-Private-Partnership“ (PPP) skeptisch gegenüber. „PPP schafft Abhängigkeiten, und das ist nicht gut für unsere Gesellschaft“, erklärte der Würzburger Landrat bei seinem monatlichen Mediengespräch. Anlass war die neue Vermögensberechnung des Landkreises, die kurz vor ihrem Abschluss steht. Erstmals wird der Kreis wissen, wie viel sein „Tafelsilber“ wert ist.

Erst vor wenigen Wochen gab das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bekannt, wie rapide das staatliche Netto-

vermögen schwindet. Im Jahr 1991 lag es noch bei 52 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt. 2009 betrug der Anteil nur noch sechs Prozent. Das staatliche Vermögen ist damit nahezu aufgebraucht und steht künftigen Generationen nicht mehr zur Verfügung.



Eberhard Nuß. Foto: Pat Christ

Erst vor wenigen Wochen gab das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bekannt, wie rapide das staatliche Nettovermögen schwindet. Im Jahr 1991 lag es noch bei 52 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt. 2009 betrug der Anteil nur noch sechs Prozent. Das staatliche Vermögen ist damit nahezu aufgebraucht und steht künftigen Generationen nicht mehr zur Verfügung.

Landrat Nuß: „Investitionen in das eigene Vermögen bedeutet, es für künftige Generationen zu erhalten.“ Pat Christ

### Oberfranken:

### Region mit Zukunft

Bei der feierlichen Enthüllung der Bauafel für eine vom Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft geplante Pflegeakademie in Marktredwitz würdigte Ministerpräsident Horst Seehofer Oberfranken als Region mit guten Zukunftschancen. Seehofer: „Oberfranken hat alles, was einen dynamischen und hochattraktiven Wirtschaftsstandort ausmacht: Tatkräftige und fleißige Menschen, innovative Unternehmen in zukunftsträchtigen Branchen, die Lage in der Mitte Europas, hervorragende Bildungsangebote, kulturelle Einrichtungen auf höchstem Niveau und reizvolle Naturlandschaften.“ Mit der Zukunftsinitiative „Aufbruch Bayern“ investiere die Staatsregierung in Oberfranken mehr als 86 Millionen Euro in Familie, Bildung und Innovation. Damit werde die Region gestärkt und ein kräftiger Schub für qualitatives und nachhaltiges Wachstum gegeben. □

## Bürgermeisterwahlen im Freistaat

Im oberpfälzischen Seubersdorf waren knapp 4.000 Wahlberechtigte dazu aufgerufen, einen neuen Bürgermeister zu wählen. Um die Nachfolge des bisherigen Amtsinhabers Hans Bierschneider/CSU bewarben sich der CSU-Politiker Eduard Meier und der SPD-Politiker Josef Schlierf. Meier behielt schließlich mit 61,5 Prozent der Stimmen die Oberhand, SPD-Kandidat Schlierf erhielt 38,5 Prozent.

Die Bürger der Gemeinde Buxheim/Landkreis Unterallgäu haben ihren langjährigen Bürgermeister Werner Birkle im Amt bestätigt. Auf den 57-Jährigen entfielen 83,7 % der Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 37,4 %. Birkle ist seit 1981 im Amt. Bei der Wahl zu seiner sechsten Amtsperiode war der CSU-Kommunalpolitiker und stellvertretende Landrat einziger Kandidat.

### Wiederwahl in Sand am Main

Auch Bürgermeister Bernhard Nuß/SPD wurde in Sand am Main/Landkreis Haßberge wiedergewählt. Der 56-Jährige erhielt knapp 70 % der Stimmen. Sein Herausforderer, der 42-jährige Polizeibeamte Oliver Leubner/Freie Sander Bürger kam auf 30,2 %. Die Wahlbeteiligung betrug 74 %.

Im oberfränkischen Schauenstein bei Hof hat sich der Kandidat der Überparteilichen Wählergemeinschaft, Peter Geiser, mit 57,6 % als neuer Rathauschef durchgesetzt. Auf den CSU-Kandidaten Christopher Ukatz entfielen 30,2 %, auf die Kandidatin von SPD und Wählergemeinschaft, Carola Wild, 12,2 % der Stimmen.

In der Gemeinde Wittibreit mit ihren gut 2.000 Einwohnern im Landkreis Rottal-Inn hat bei der Bürgermeisterwahl der Kandidat der Bürgerliste Wittibreit-Ulbering/BWU, Ludwig Gschneider, 99,4 Prozent der Stimmen erhalten. Er war einziger Kandidat und tritt nun die Nachfolge des im Februar verstorbenen langjährigen Bürgermeisters und Vize-Landrats Alois Maier an. DK

So besonders wie du. Mein BASE.



www.base.de

Regionaler Planungsverband München:

## Plädoyer für offene Politik

**Aktuelle Entwicklungen in der Landesplanung sowie die demographische Entwicklung in der Region München und in Bayern bildeten die Schwerpunkte der jüngsten Sitzung des Planungsausschusses des Regionalen Planungsverbands München.**

Wie Dr. Robert Schreiber, Ministerialdirigent im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie“ erläuterte, ist die Regionalplanung, die im Mittelpunkt der Diskussionen über das künftige Bayerische Landesplanungsgesetz stehe, nach Auffassung der obersten Landesplanungsbehörde unverzichtbar. Sie solle wie bisher staatliche Aufgabe sein. Die Themenfelder würden auf Siedlung, Wirtschaft, Verkehr und Freiraum beschränkt. Als obligatorische Aufgaben seien die Rohstoff- und Trinkwassersicherung sowie landschaftliche Vorbehaltsgebiete und regionale Grünzüge vorgesehen. Fakultativ würde die Ausweisung von Standorten für Windenergie oder regenerativen Energien hinzukommen. Daneben solle als freiwillige Aufgabe der Regionalen Planungsverbände die Möglichkeit treten, Regionalentwicklung zu betreiben (z. B. regenerativer Energiekonzepte, Regionalmanagement).

### Frage der Trägerschaft

Eine staatliche Trägerschaft für die Regionalplanung werde allgemein abgelehnt, berichtete Schreiber. Auch eine Trägerschaft der Bezirke als kommunaler Gebietskörperschaften scheide aus, da die Bezirke zu groß und zu weit weg von den regio-

nenalen Problemen seien. Der räumliche Umgriff der insgesamt 96 Landkreise und kreisfreien Städte andererseits wäre jeweils zu klein, um regionale Probleme lösen zu können. Träger der Regionalplanung sollten daher wie bisher die Regionalen Planungsverbände als Zusammenschlüsse der Landkreise, kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden sein.

### Zentrale Orte

Das künftige Landesplanungsgesetz regle auch das „Ob“ des Zentrale-Orte-Systems. Zentrale Orte seien nötig, um Investitionsentscheidungen des Staates für öffentliche Einrichtungen zu steuern und eine effiziente Mittelverwendung zu gewährleisten. Derzeit gibt es nach Schreibers Darstellung ca. 900 Zentrale Orte in sieben Stufen. Von den diskutierten Zukunftsmodellen könne es auf eine Reduzierung auf drei Stufen hinauslaufen mit etwa derselben Zahl an Zentralen Orten. Für die Gebietskategorien gelte ähnliches: Hier solle die Zahl der bisherigen Kategorien reduziert werden in ländliche Räume, Verdichtungsgebiete und Räume mit besonderem Handlungsbedarf.

Das Landesentwicklungsprogramm, das auf dem Landesplanungsgesetz beruhe, soll in Zukunft deutlich weniger Ziele und Grundsätze enthalten. Besondere

Herausforderungen für die Landesentwicklung stellten die räumlichen Auswirkungen des demographischen Wandels und des Klimawandels sowie die Aufrechterhaltung der räumlichen Wettbewerbsfähigkeit Bayerns dar. Besonders umstritten seien die Themen Anbindungsgebot und großflächiger Einzelhandel.

### LEP

Bei der sog. 1.200 qm-Regelung gehe es um eine Auslegung des LEP-Ziels zum großflächigen Einzelhandel, berichtete Schreiber. Überall in Bayern seien Einzelhandelsbetriebe bis 800 qm Verkaufsfläche zulässig. Größere Projekte seien als Einzelhandelsgroßprojekte nur in Zentralen Orten ab Unterzentrum aufwärts und in Siedlungsschwerpunkten möglich. Schon jetzt enthalte das Landesentwicklungsprogramm eine Ausnahme für die Ansiedlung von Einzelhandelsgroßprojekten für Waren des sog. kurzfristigen täglichen Bedarfs (Lebensmittel, Getränke). Derartige Betriebe seien auch in Nicht-Zentralen-Orten und Kleinzentren möglich, wenn diese im ländlichen Raum lägen, keine Versorgung mit diesen Waren vorhanden sei und die jeweilige Mindestbetriebsgröße für Vollsortimenter bzw. Discounter nicht überschritten werde.

### Neuauslegung

Die vom Ministerrat im Dezember 2010 vorgenommene Neuauslegung, dass im ländlichen Raum in jeder Gemeinde ein Vollsortimenter bis 1.200 qm Verkaufsfläche zulässig sei, heiße nicht, dass in jedem Ort Bayerns ein solches Projekt realisiert werden müsse. Es liege in der Verantwortung der Gemeinden, in der Bauleitplanung über die Notwendigkeit einer solchen Ansiedlung zu entscheiden. Diese großzügigere Auslegung des bestehenden LEP-Ziels bedeute keinen Vorgriff auf künftige Inhalte des Einzelhandelsziels. Absicht sei es nach wie vor, sowohl das Landesplanungsgesetz wie das Landesentwicklungsprogramm in dieser Legislaturperiode zu verabschieden, so Schreiber abschließend.

Christian Breu, Geschäftsführer

des Regionalen Planungsverbands München, wies seinerseits darauf hin, dass die demographische Entwicklung als Grundlage der kommunalen Entwicklung in den nächsten Jahren „in unserer Region eine große Rolle spielen wird bei den Überlegungen zur weiteren Siedlungsentwicklung, dem Ausbau der Infrastruktur, aber auch im Bereich der Investitionen in soziale Einrichtungen“.

Die Region München habe im Vergleich zu anderen Regionen in Bayern und in Deutschland alle Chancen, die demographische Krise besser zu meistern als andere, betonte Breu. Es deute sich an, dass die notwendigen höheren Geburtenraten nur dann realistisch sind, wenn entsprechende Angebote zur Kinderbetreuung und Erziehung in den Kommunen vorhanden sind. „Das ist sicher nicht der alleinige Einflussfaktor, aber ein Faktor, ohne den in Zukunft höhere Geburtenraten nicht mehr zu erzielen sein werden.“

### Für stabile Bevölkerungsentwicklung

Gleichzeitig bedürfe es einer für Zuwanderungen offenen Politik, wenn die Bevölkerungszahlen nicht weiter zurückgehen sollen, machte Breu deutlich. Auch die Landeshauptstadt München würde ohne eine stetige Zuwanderung mittelfristig schrumpfen, denn aktuell liege dort die Geburtenrate noch etwas niedriger als im Durchschnitt der Region München. Sowohl eine höhere Geburtenrate als auch die stetige Zuwanderung sei demnach für eine wenigstens ausgeglichene, stabile und nachhaltige Bevölkerungsentwicklung erforderlich.

Da Zuwanderung jedoch von der wirtschaftlichen Attraktivität eines Raums abhängig sei, sei in diesem Zusammenhang nicht nur eine entsprechende Wohnbaupolitik in den Kommunen, die bezahlbaren Wohnraum schafft, nötig, sondern auch die Ausweisung von Flächen für die Unternehmen.

Breu fasste: „Die Region München ist sicher in einer bundesweiten Sondersituation, sollte diese Chancen aber auch nutzen. Ein langfristiges Ziel für die Region München könnte sein, auch nach 2030 eine stabile Bevölkerungszahl zu halten. Das hätte positive Auswirkungen auf die kommunalen Finanzen, auf die Attraktivität der Region und die wirtschaftliche Entwicklung.“

## TM50 - Erdwärme für Vorzeigeobjekt

**Thomas-Mann-Straße 50 im Nürnberger Stadtteil Langwasser: Unter dieser Adresse fand man früher die Foto Quelle. Seit 1995 gehört das Areal der BGB-Gesellschaft TM 50. Diese baute einen Teil des Komplexes zu einem modernen Büro- und Dienstleistungszentrum um. Ende 2010 konnten die Arbeiten abgeschlossen werden. Im neuen Gesamtkonzept von TM 50 und bei der Vermarktung der Immobilie spielt die Geothermie eine interessante Rolle.**

1978 hatte Quelle auf dem 50.000 qm großen Gelände ein einstöckiges Produktionsgebäude und einen Verwaltungsbau errichtet, insgesamt eine umbaute Fläche von 25.000 qm. Die beiden Fertigungshallen waren statisch bereits so ausgelegt worden, dass drei weitere Geschosse hätten darauf aufgesetzt werden können.

Die Absicht des Eigentümers war, auf dieser Basis ein Vorzeigeobjekt zu entwickeln, das überzeugend für sich selbst spricht und sich ohne große Marketingaktivitäten sozusagen selbst vermarktet.

Im ersten Schritt wurde die Hälfte des Gesamtkomplexes entkernt, erhielt neue Lichthöfe und der ehemalige Produktionsbereich wurde um vier Geschosse aufgestockt. Umweltfreundliche Baustoffe wurden eingesetzt, die Grünflächen werden mit aufgefängtem Regenwasser bewässert. Die Decken erhielten eine Betonkernaktivierung. Das auf den 22.000 qm Mietfläche die Anforderungen der ENEC 2009 unterschritten werden konnten und die nötige Punktezahl für ein goldenes LEED-Zertifikat angestrebt werden kann, liegt aber nicht zuletzt an der konsequenten Umsetzung eines geothermischen Wärme- und Kälteversorgungsprojekts.

### Erdwärmesonden als Kern des Projekts

Den Kern des Projekts stellen 82 je 99 Meter tiefe Erdwärmesonden, die das Gebäude jährlich mit rund 400 MWh Wärme und ca. 180 MWh Kälte beliefern. Bereits relativ früh, noch in der Anfangsphase des Bauvorhabens, rückte die Bohrmannschaft samt Gerät auf dem Gelände an. In den Monaten Oktober bis Dezember 2009 wurde das umfangreiche Sondenfeld mit seinen über 8100 Bohrmetern fertiggestellt. Bis zu Außentemperaturen von 4 °C übernimmt nun diese Anlage die Vollversorgung mit Wärme. Sollte es noch kälter werden, wird der Fernwärmeanschluss aktiviert.

Die Energie aus der Erde dient als Wärmequelle für eine geregelte Wärmepumpe mit Schraubverdichter, die wärmeseitig einen Pufferspeicher bedient. Zur passiven Kühlung steht ein parallel zur Pumpe geschalteter Wärmetauscher zur Verfügung. Das Feld wurde mit dem Programm EWS auf eine Wärme- und Kälteleistung von 300 kW berechnet, die Wärmepumpe des Herstellers Trane aber mit 450 kW Wärmeleistung definiert. Man nutzt dadurch den am Standort erwarteten starken Grundwassereinfluss aus, der gegenüber der konventionellen EED-Auslegung eine höhere Wärmeausbeute ermöglicht. Ebenfalls können so bei Bedarf höhere Kälteleistungen für ggf. technische Kühlaufgaben abgefahren werden.

Die aktuellen Erfahrungen aus dem laufenden Probetrieb deuten darauf hin, dass dieses Konzept aufgeht. Gegenüber einer konventionellen Anlage reduziert das auf der Geothermie basierende Erdwärmekonzept die Energiekosten des TM 50 für Heizen und Kühlen um rund 50 %.

Durchgeführt wurde das Bauvorhaben von der BGB-Gesellschaft TM50 Helmut Schmelzer und der Helmut Schmelzer GmbH. Mit der Planung, Bauüberwachung und Qualitätssicherung des Erdwärmesystems war die CDM Consult GmbH beauftragt.

Auch sonst kommt TM50 sehr

menschen- und nutzerfreundlich daher. Neue Grünflächen wurden angelegt, Empfangsbereiche und Gänge künstlerisch gestaltet. Es gibt sogar einen überdachten Rauhauptpavillon.

Bauherr Helmut Schmelzer sieht seine Konzeptidee für das TM50 voll aufgegangen. Derzeit sind 90 % der Büro- und 80 % des Gesamtgebäudes bereits vermietet. Im Komplex befinden sich unter anderem ein Kindergarten der Arbeiterwohlfahrt, das Zentralfinanzamt, die Bundesagentur für Arbeit und ein Business & Service Center der Ricoh Deutschland GmbH.

Das Gelände verfügt noch über weiteres Potenzial von rund 45.000 qm. Helmut Schmelzer schließt daher nicht aus, dass auch diese noch nach und nach in Angriff genommen werden.

Näheres unter [www.cdm.com](http://www.cdm.com)

### BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlegers strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 45 vom 01.01.2011

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

### Finanzstaatssekretär Pschierer:

## Erbe auf der Herreninsel erhalten

„Seit nunmehr 50 Jahren setzen sich die Freunde von Herrenchiemsee für Pflege, Wiederherstellung und wissenschaftliche Bearbeitung der Kulturgüter von Herrenchiemsee ein. Für dieses Engagement gilt mein besonderer Dank, denn ohne solche ehrenamtliche Arbeit wäre das kulturelle und gesellschaftliche Leben in Bayern um vieles ärmer - nicht nur auf Herrenchiemsee!“, freut sich Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer anlässlich der Feier zum 50-jährigen Bestehen der Vereinigung der Freunde von Herrenchiemsee e. V. in der gerade wiedereröffneten Schlosswirtschaft Herrenchiemsee.

„Das Jahr 2011 ist ein ganz besonderes für die Insel Herrenchiemsee - nicht nur wegen des 125-jährigen Todesjahres von König Ludwig II., dem die Insel mit dem Königsschloss Herrenchiemsee den zentralen Besuchermagneten der ganzen Region zu verdanken hat.“, so Pschierer.

### Wichtige Ergänzung

„Auch die ‚Vereinigung der Freunde von Herrenchiemsee‘ feiert in diesem Mai ihr 50. Jubiläum. Seit ihrer Gründung aus Anlass des 75-jährigen Todestages von Ludwig II. am 13. Juni 1961 setzt sie sich unermüdlich für den Erhalt und die Wiederherstellung der Kulturschätze dieser Insel ein“, lobte der Finanzstaatssekretär. In der Wiederherstellung der nach dem Tod des Königs verfallenen Wasserspiele vor dem Schloss zeige sich ganz plastisch der Erfolg dieses Strebens. „Die Arbeit der Freunde von Herrenchiemsee ist eine wichtige Ergänzung der Bemühungen des Freistaates Bayern, der sich als Herr von 45 Schlössern, Burgen, Künstlerhäusern und Residenzen um den Erhalt von insgesamt 900 denkmalgeschützten Gebäuden kümmern muss“, erklärte Pschierer.

In den vergangenen 15 Jahren hat der Freistaat Bayern insgesamt circa 33,5 Millionen Euro für Baumaßnahmen auf der Her-

reninsel investiert, 2009 allein 2,6 Millionen, 2010 waren es sogar 9,75 Millionen.

### Instandsetzung

Instandgesetzt wurden u. a. der Marmorhof des Königsschlosses, das Privatschlafzimmer Ludwigs II. und die Rohbauräume im Nordflügel des Neuen Schlosses, in denen seit 14. Mai die Bayerische Landesausstellung „Götterdämmerung - König Ludwig II.“ stattfinden wird. Vor kurzem wurde die neue Schlosswirtschaft wiedereröffnet, deren historisches Gebäude seit August 2009 mit Gesamtkosten von 8,3 Millionen Euro saniert und modernisiert wurde.

### Gut angelegtes Geld

„Diese Investitionen in unser bauliches Erbe sind gut angelegtes Geld, das sich volkswirtschaftlich betrachtet rasch amortisieren wird über die vielen, auch ausländischen Besucher, die von Schlössern wie Herrenchiemsee und insbesondere der kommenden Landesausstellung angezogen werden. Ich danke den Freunden von Herrenchiemsee nochmals für Ihre langjährige Unterstützung unserer Bemühungen und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit auch in den nächsten 50 Jahren!“, betonte Pschierer abschließend. □



## Durchs Schweinfurter Land mit dem E-Bike

Rund um Schweinfurt erschließen sich traumhafte Radwanderwege auf mehr als 900 Kilometern Länge. Für alle Fahrradfahrer und diejenigen, die bislang wegen mangelnder Kondition oder aus gesundheitlichen Gründen auf eine Radtour verzichten mussten, gibt es auch in diesem Jahr wieder die Möglichkeit, mit dem E-Bike die Region zu erkunden. Bei den so genannten Pedelecs wird durch einen Elektromotor bei Bedarf die Tretkraft des Fahrers unterstützt, so dass das Radfahren auch in anspruchsvolleren Regionen erleichtert wird. So bleibt der Naturgenuss selbst bei Steigungen und Hängen ungetrübt.

In der Region Schweinfurt 360° gibt es seit Mai bis einschließlich Oktober zehn E-Bikes an vier Verleihstationen zu mieten. Ergänzt wird das Netzwerk durch sieben Akkuwechselstationen: Somit ist garantiert, dass unterwegs nicht die E-Power ausgeht. Den offiziellen Startschuss für die E-Bike Saison 2011 gaben Landrat Harald Leitherer (3. v. r.) und Oberbürgermeister Sebastian Remelé (2. v. l.) gemeinsam im Hotel-Gasthaus „Zur Krone“ in Gochsheim-Weyer (eine von vier Verleihstationen in der Region Schweinfurt). □



Der CSU-Ortsverband Nürnberg-Gebersdorf besichtigte vor kurzem die Holder Werke in Metzingen. Dabei erhielten die Teilnehmer eine Präsentation über die Maschinenfabrik durch Gebietsverkaufsleiter Werner Kraus. Anschließend hielt Erster Bürgermeister Dietmar Bez einen Vortrag über Metzingen und die Erfolgsgeschichte „Factory-Outlet“. Höhepunkte waren natürlich die Möglichkeit, im Holder Testgelände die Knicklenker selbst zu er-„fahren“ sowie der Rundgang durch Metzingen mit der Gelegenheit zum Shopping. Unser Bild zeigt in der unteren Reihe als vierten von rechts Stefan Kraus, Vorsitzender des OV Gebersdorf, sowie daneben Rathauschef Dietmar Bez und Gebietsverkaufsleiter Werner Kraus. □

**Kraftwerk Rothenfels am Main:**

## RMD AG plant ökologische und energetische Verbesserungen

Bürgermeisterin Rosemarie Richartz stellte auf Bürgerversammlung Planungen vor

Angesichts der angestrebten Energiewende in Bayern hatte Rothenfels Erste Bürgermeisterin Rosemarie Richartz ein sehr aktuelles Thema auf die Agenda der jüngsten Bürgerversammlung gesetzt. Sie stellte den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern sowie den Medienvertretern die bis zur Genehmigungsfähigkeit ausgearbeiteten Optimierungspläne der Rhein-Main-Donau AG (RMD) für das Kraftwerk Rothenfels, das 1939 in Betrieb ging, vor.

Zum einen beabsichtigt die RMD eine spürbare ökologische Verbesserung zu erreichen, in dem die 1937 von der Wasserschiffahrtsverwaltung gebaute alte Fischtrappe durch eine nach modernen Erkenntnissen konzipierte Fischwanderhilfe (FWH) auf der kraftwerkseitigen rechten Uferseite ersetzt wird.

**Potenzial nutzen**

Zum anderen soll das noch vorhandene regenerative Energiepotenzial am bestehenden Kraftwerksstandort Rothenfels genutzt und damit die klimaschonende Stromerzeugung

aus Wasserkraft erhöht werden, in dem zwischen der Staatsstraße 2315 (Werthheim-Lohr) und dem Betriebsgebäude des bestehenden Kraftwerks eine unterirdische Turbine eingebaut wird.

**Triebwerksleistung**

Dieses sogenannte Triebwerk soll eine Leistung von 2.100 Kilowatt (2,1 Megawatt) haben und pro Jahr etwa 6,6 Millionen Kilowattstunden (kWh) Strom erzeugen. Damit könnten die Einwohner von Rothenfels fast sechs Jahre zuverlässig mit CO<sub>2</sub>-freiem Strom versorgt werden. Der Betrieb der unterirdischen, horizontal gelagerten

Kaplanturbine würde das Klima jährlich um rund 4,6 Millionen Kilogramm Kohlendioxid entlasten. Mit dem Zubau des Triebwerks könnte die Rothenfeler RMD-Anlage dann durchschnittlich rund 36 Millionen kWh regenerativen Strom pro Jahr erzeugen.

**Rechenreinigungsanlage modernisieren**

Zusätzlich soll auch die Rechenreinigungsanlage modernisiert und den Erfordernissen angepasst werden und künftig vollautomatisch die jährlich anfallenden rund 1.100 Tonnen Unrat und Schwemmgut aus dem Main fischen. Die Entsorgung dieses Materials übernimmt auch weiterhin ein zertifizierter Entsorgungsbetrieb.

Nach einer erfolgreichen Machbarkeitsuntersuchung und dem Abschluss der Vorplanungen hatte die RMD zusammen mit der E.ON Wasserkraft GmbH als Betreiber der Anlage das Projekt vergangene Woche dem Stadtrat von Rothenfels vorgestellt.

**Investitionsbedarf**

Der Investitionsbedarf für die unterirdische Turbine und die die fast 200 Meter lange und über 2 Meter breite Fischwanderhilfe am Standort Rothenfels liegt bei über zehn Millionen Euro. Für beide Baumaßnahmen sollen die Genehmigungsunterlagen im Sommer 2011 bei der zuständigen Genehmigungsbehörde, dem Landratsamt Main-Spessart, eingereicht werden, so dass die Genehmigung Mitte 2012 erteilt werden könnte.

Baubeginn würde dann Anfang 2013 sein und die Inbetriebnahme 2014. Die Eingriffe in die Natur werden – da es sich nur um eine Erweiterung einer bestehenden Anlage handelt – so minimal wie möglich gehalten. □

Weiterhin setzt sich der VbA gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention aktiv für die Rechte von Menschen mit Behinderung auf gesellschaftlicher und politischer Ebene ein. **Beratung unter Telefon: 089/54034680. Email: beratung@vba-muenchen.de** □

**Jetzt auch im Landkreis München:**

## Selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung

Der Verbund behinderter ArbeitgeberInnen - Selbstbestimmtes Leben e. V. (VbA) vertritt seit 1990 die Interessen von Menschen mit Behinderung rund um das Thema Selbstbestimmte Lebensführung in München. Nun erweitert der VbA (www.vba-muenchen.de) sein Beratungs- und Unterstützungsangebot auf den Landkreis München.

Als einzige Alternative zu Pflegeeinrichtungen werden bisher nur ambulante Pflegedienste empfohlen. Gibt es noch eine andere Möglichkeit ein selbstbestimmtes Leben im eigenen Haushalt zu führen? Wer sich als Mensch mit Behinderung darüber informieren möchte wie er/sie sein/ihr Leben selbstbestimmt gestalten kann, dem bietet der VbA eine umfassende Beratung an.

**Praktische Hilfen**

Das VbA-Beratungsteam unterstützt beim Beantragen und Organisieren der praktischen Hilfen, die zur Durchführung eines selbstbestimmten Lebens notwendig sind. Ein Beratungsschwerpunkt des VbA ist das Arbeitgebermodell, in welchem Menschen mit Behinderung ler-

nen, ihre persönlichen Assistenten/innen (Personal) anzustellen und anzuleiten.

**Lohnabrechnungsservice**

Das sogenannte Arbeitgebermodell kann auch über das schon teilweise bekannte Persönliche Budget finanziert werden. Damit die Assistenten/innen sozialversicherungspflichtig angestellt und abgerechnet werden können, bietet der VbA einen Lohnabrechnungsservice an, den alle behinderten Arbeitgeber/innen nutzen können.

**Peer Counseling Prinzip**

Die besondere Qualität unserer Beratung basiert auf dem Peer Counseling Prinzip, d. h. Betroffene werden durch Betroffene beraten.

## GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Na endlich durften auch Kinder mal ein Landesparlament mitwählen.“ Mein Chef, der Bürgermeister blickte schelmisch von halb-schräg unten auf mich und wartete auf eine Reaktion.

Die kam natürlich prompt wie auf Bestellung – mein Chef kennt mich halt. Spontan wandte ich ein, dass man 16- oder 17-Jährige ja wohl nicht mehr als Kinder bezeichnen könne. Denn bei der Landtagswahl in Bremen letzten Sonntag wurden auch Jugendliche dieser Altersgruppe zu den sprichwörtlichen Wählern gerufen. Obwohl Bremen ja eigentlich nur eine mittelgroße Stadt ist – Landtagswahl bleibt Landtagswahl und so wurde ein neues Kapitel in der Wahlgeschichte aufgeschlagen.

Naja, ganz so dramatisch war es nicht und in vielen Ländern dürfen nichtvolljährige Teens ja schon länger bei Kommunalwahlen mitbestim-



Geschwindigkeit um ein paar Stundenkilometer überschritten wird. Aber selbstverständlich sollte die gleiche 17-Jährige, die man nicht selbstständig fahren lässt, beim Bürgerentscheid ganz allein entscheiden dürfen, ob sie für oder gegen die Umgehungsstraße ist.

Aber gut, Geschäftsunfähigkeit und Fahrverbot – damit musste die Altersgruppe schon immer und ja nach Sichtweise nicht ganz zu Unrecht leben. Aber was dürfen 16- und 17-Jährige heute alles nicht mehr; was sie noch vor zehn Jahren durften? Tabak erwerben und in der Öffentlichkeit rauchen etwa. Auch Alkohol darf mittlerweile von ihnen nicht mehr erworben werden und es ist ihnen verboten, ins Sonnenstudio zu gehen. Aha, die Gesellschaft (oder die guten Onkel und Tanten des fürsorglichen Staates) glaubt also, dass die Teens vor 18 zu doof sind, um zu wissen, dass Rauchen und Saufen schädlich ist und man von drei Stunden Solarium Sonnenbrand kriegt (und vielleicht ist es auch gar nicht so sinnlos, die jungen Leute etwas vor sich selbst zu schützen). Aber die mitunter doch sehr komplizierten Zusammenhänge der Kommunal- oder gar Landespolitik, die sollen sie natürlich gaaanz cool checken können und mit so was von voll dem Durchblick die richtige Wahl treffen.

Mein Chef, der Bürgermeister, meinte genau das, als er vorhin ablästerte: Wir degradieren per Gesetz die unter 18-Jährigen immer mehr zu Kindern, die bei Allem und Jedem der Verbote und Gebote durch den Gesetzgeber bedürfen, aber wählen – das passt dann schon. Wovor fehlt uns die Achtung? Vor dem demokratischen Wahlakt oder vor der Persönlichkeit der jungen Leute? Kein Wunder, dass es eine Gegenbewegung gibt – so hat Hessen das Kommunalwahlalter wieder auf 18 heraufgesetzt. Aber etwas will ich mich doch noch rächen, dass der Chef mich vorhin so drangekriegt hat. Deshalb heute ein Kalenderblatt mit einem Satz des berühmten Spotters George Bernard Shaw: „Jugend ist etwas wundervolles. Es ist eine Schande, dass man sie an Kinder vergeudet.“

## Törichter Umgang mit der Jugend

men. Aber interessant ist es dennoch: Im Alltag dürfen 16- und 17-Jährige immer weniger, aber immer öfter wird gefordert, sie zu Wählerinnen und Wählern zu machen.

Ein 16-Jähriger ist noch nicht volljährig und damit auch noch nicht im Rechtssinne geschäftsfähig. Zu Deutsch übersetzt: Man traut ihm nicht soviel Überblick über seine Finanzen zu, dass er etwa mit selbstverdienem Geld rechtswirksam eine schöne Reise buchen oder ein von den Großeltern geerbtes Grundstück verkaufen dürfte. Aber sein Urteilsvermögen soll reichen, über die finanz- und wirtschaftspolitischen Programme der Parteien zu urteilen.

Wir in Deutschland ranken eine aberwitzige Zahl von kleinteiligen Auflagen daran, wenn eine 17-Jährige Auto fahren will – was in anderen Ländern problemlos geht. Sie darf nur in Begleitung eines Erwachsenen fahren, aber der Erwachsene muss registriert sein, er darf nicht zu viele Punkte in Flensburg haben, die Fahrerlaubnis darf – anders als mit 18 Jahren – bei Strafe des sofortigen Mobilitätsverlustes nicht eine Verkehrsregel übertreten. Bei ihr heißt es „Lappen weg“, statt „20 Euro Buße“, wenn die

**Regionalkonferenz Ostbayern-Westböhmen:**

## Bildung als Brücke

Unter dem Motto „Bildung als Brücke“ trafen sich über 200 Kommunalpolitiker, Vertreter von Institutionen, Organisationen und Bildungseinrichtungen aus Bayern und Tschechien in Neustadt a. d. Waldnaab zur 10. Regionalkonferenz. Dabei wurden neue gemeinsame Wege der Regierungsbezirke Pilsen, Oberpfalz und Niederbayern erörtert.

Thema der zweitägigen Konferenz war unter anderem ein neues Folgeprojekt „Pilsen – Oberpfalz – Europäische Nachbarn“, für das Pilsen die Leadpartnerschaft übernommen hat. „Noch nie zuvor gab es so gute Kontakte mit Pilsen“, hob Regierungspräsidentin Brigitta Brunner hervor, machte aber auch deutlich: „Wir können nicht erwarten, dass nur die Tschechen Deutsch lernen. Wir müssen auch selbst etwas tun.“ Weil Bayern und Böhmen immer enger zusammenwachsen, steht an Ostbayerns Schulen Tschechisch immer häufiger auf dem Stundenplan. Ab Mai können Tschechisch-Schüler in der Oberpfalz sogar ein Zertifikat der Karlsuniversität in Prag erhalten.

Eines der wenigen Problemfelder zwischen den befreundeten Regionen ist Brunner zufolge der Schienenverkehr. Eine Lösung deutet sich allerdings beim Ausbau der Bahnstrecke München-Furth-Prag an, die jedoch wegen der Kosten auf deutscher Seite derzeit keine Chance auf rasche Verwirklichung hat. Weitaus besser sähe es aus, wenn die Strecke ins transeuropäische Netz aufgenommen würde, als Teil einer Güterverkehrs-Magistrale von Polen zu den Adria-Häfen.

Zwischenmenschliches miteinander heißt die Devise der

benachbarten Bezirke Oberpfalz, Niederbayern und Pilsen. „Wir sollten nicht nur organisieren und verwalten, sondern viel mehr miteinander reden, mit- und auch übereinander lachen“, erklärte Neustadts Landrat Simon Wittmann.

**Deklaration**

Ganz ohne Deklaration ging es freilich dann doch nicht. Auf fünf Seiten fassten die Teilnehmer ihre Ziele zusammen. Als konkretes Zukunftsprojekt wird die Bahnverbindung von Pilsen über Schwandorf und Regensburg nach München aufgeführt. Außerdem werden zahlreiche weitere andere Projekte genannt wie zum Beispiel der gemeinsame Katastrophenschutz, Wirtschaftsförderung, touristische Aktivitäten und ein grenzüberschreitendes Geoinformationssystem.

In einer Abschlusserklärung zur Jubiläumskonferenz wird darauf verwiesen, dass die Regionalkooperation Oberpfalz/Niederbayern/Region Pilsen seit dem Jahr 2001 „auf eine sehr erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Sinne des europäischen Gedankens der guten Nachbarschaft zurückblickt“. Unter dem Dach der Regionalkooperation und ihrer Gremien habe sich zwi-

schen den Verwaltungen den Kommunen und Organisationen des Kooperationsraums in beispielhafter Weise eine partnerschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Bezirk Pilsen und seinen bayerischen Nachbarn entfaltet.

Mit Westböhmen seien die Oberpfalz und auch der an Pilsen angrenzende Teil Niederbayerns von Alters her eng verbunden. Alte Handelswege wie die Goldene Straße und neue Verbindungen wie z. B. die Autobahn über Waidhaus kennzeichneten den zentralen Kooperationsraum. Die Überwindung der Folgen von jahrzehntelang unterbrochenen Beziehungen sei gelungen. Heute sei die rund 200 Kilometer lange gemeinsame Grenze Bayerns mit dem Kraj Pilsen durchgehend von interkommunalen grenzüberschreitenden Aktionsbündnissen und Allianzen flankiert. Gemeinsame Entwicklungsziele und gute nachbarschaftliche Beziehungen hätten allenthalben Platz gegriffen.

Ausgehend von der Deklaration der Zusammenarbeit 2001 in Pilsen seien in erster Linie die Verkehrsresolution 2002 in Neustadt a. d. Waldnaab, die EU-Osterweiterung und der EU-Beitritt der Tschechischen Republik 2004 die Vorbereitung und Beteiligung an der Bayerischen Landesausstellung 2007 Bayern-Böhmen in Zwiesel das Schengenabkommen, Bildung und berufliche Qualifikation als Meilensteine zu nennen, heißt es in der Erklärung. **DK**

the  
Sabrina

# Damit die Jugendsünde nicht zum Stolperstein wird

Kreisjugendamt München kümmert sich um straffällig gewordene Jugendliche

**Schwarzfahren in öffentlichen Verkehrsmitteln, Ladendiebstahl, Fahren ohne Führerschein oder eine handfeste Schlägerei – es gibt viele Möglichkeiten, schon in jungen Jahren mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten. Das Kreisjugendamt München kümmerte sich im vergangenen Jahr um knapp 900 junge Menschen, die straffällig geworden sind.**

„Was die Jugendlichen und Heranwachsenden anstellen, ist ganz unterschiedlich. Bevor sie aber dem Richter vorgestellt werden, kommen sie erst einmal zu uns“, sagt Peter Kohlschmid, Gruppenleiter im Bereich „Jugendhilfe im Strafverfahren“ im Kreisjugendamt München. Gemeinsam mit seinen beiden Kollegen, die ebenfalls Sozialpädagogen sind, sind sie die ersten Ansprechpartner für Jugendliche, ihre sorgeberechtigten Eltern und junge Erwachsene, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten.

Einschätzung haben beim Richter Gewicht. Mehr noch: Die Jugendgerichtshilfe macht dem Gericht Vorschläge für geeignete Maßnahmen. „Der Richter erlebt den jungen Straftäter ja nur für die relativ kurze Dauer des Prozesses. Wir kennen ihn meist etwas besser – seinen gesamten Lebenslauf, seine familiäre Situation, ob Suchtprobleme vorliegen, wie es in der Schule oder in der Ausbildung läuft, ob er einen intakten Freundeskreis hat und natürlich auch, wo seine Stärken liegen“, erklärt Peter Kohlschmid.

## Der Mensch hat Vorrang

Wer zwischen 14 und 20 Jahre alt ist und straffällig wird, der wird automatisch ein Fall für die Jugendgerichtshilfe. Die Sozialpädagogen im Landratsamt führen dann zunächst intensive Gespräche mit dem betroffenen Jugendlichen. „Uns interessiert dabei der Mensch, der hinter der Straftat steckt, seine Biographie, sein soziales Umfeld, seine Motivation“, so Peter Kohlschmid. „Wir klären, inwieweit und in welcher Form die jungen Straftäter neben der Beratung und Begleitung weitere Unterstützungsmaßnahmen durch das Jugendamt benötigen.“

Sitzt der Jugendliche dann auf der Anklagebank, ist auch „sein Jugendgerichtshelfer“ mit im Gerichtssaal. Seine Berichterstattung und vor allem seine pädagogische

## Täter-Opfer-Ausgleich

Die meisten Fälle sind „Jugendsünden“ – die überwiegende Mehrzahl der Straftäter fällt nur ein bis zwei Mal auf. Dann ist diese Phase überwunden. Schon im Vorfeld eines Strafverfahrens bemüht sich die Jugendhilfe dort, wo es angezeigt ist, um einen Täter-Opfer-Ausgleich. In Gesprächen, die von besonders geschulten Fachkräften begleitet werden, geht es darum, Opfer und Täter einer Straftat wieder zu „versöhnen“.

Gar nicht so selten kommt es zum Beispiel vor, dass sich zwei Mädchen, die miteinander befreundet waren, wegen eines Jungen streiten. Wenn es dann zu strafbaren Handlungen wie Beleidigungen, Drohungen oder gar Körperverletzungen kommt, kann ein Täter-Opfer-Ausgleich

genau das richtige Mittel sein. Im Rahmen eines solchen Ausgleiches können auch kleinere Wiedergutmachungen, wie eine Einladung ins Kino oder ähnliches vereinbart werden.

Etlche wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass diese Form der Unterstützung sowohl für das Opfer als auch für den Täter nachhaltig ist. Das Opfer kann mit der Tat abschließen und der Täter wird noch einmal sehr konkret und persönlich mit den Folgen seiner Tat konfrontiert. In zahlrei-

chen Fällen kann auf diese Weise auch auf die Einleitung eines förmlichen Verfahrens verzichtet werden.

Zu den Aufgaben der Jugendgerichtshilfe gehört auch die Vermittlung in soziale Trainingskurse oder intensive Einzelfallhilfen, um Rückfälle zu vermeiden. Als „Strafe“, die mehr erzieht als strafen soll, wird häufig eine gemeinnützige Arbeit aufgegeben. „Haftstrafen sind eher die Ausnahme als die Regel“, erklärt der erfahrene Jugendgerichtshelfer. Lediglich acht junge Menschen – und damit etwa ein Prozent der Fälle – gehörten im vergangenen Jahr zu den so genannten Intensivtätern. „Die allermeisten unserer Jugendlichen wissen, dass sie „Mist gebaut“ haben. Und die meisten lassen sich auch helfen“, resümiert Peter Kohlschmid. □

## Puchheim ist jetzt Bayerns 316. Stadt

**Innenminister Joachim Herrmann hat bei einem Festakt dem Ersten Bürgermeister von Puchheim, Dr. Herbert Kränzlein, die Urkunde zur Stadterhebung überreicht. Damit ist Puchheim Bayerns 316. Stadt. „Ich gratuliere allen Bürgerinnen und Bürgern aufs Herzlichste zur Stadterhebung. Die Bezeichnung ‘Stadt’ ist eine Auszeichnung für das hervorragende Gemeinwesen und die positive Entwicklung Puchheims. Puchheim hat die Stadterhebung in jeder Hinsicht verdient“, so Herrmann.**

Für die Stadterhebung gelten strenge Maßstäbe. Die Bezeichnung „Stadt“ wird nur an Gemeinden verliehen, die nach Einwohnerzahl, Siedlungsform und wirtschaftlichen Verhältnissen dieser Bezeichnung entsprechen. Mit Puchheim wurden seit der Gemeindegebietsreform im Jahr 1978 erst neun Gemeinden zur Stadt erhoben.

Herrmann: „Puchheim entspricht in jeder Hinsicht dem Bild einer modernen Stadt. Heute leben hier knapp 20.000 Einwohner. Um attraktiv zu bleiben, hat Puchheim enorme Anstrengungen unternommen, um mit dem Aufbau einer modernen Infrastruktur sowie eines breiten Spektrums an sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen den Anforderungen an eine attraktive Gemeinde gerecht zu werden.“ In Puchheim gibt es drei Grundschulen, eine Mittelschule, eine Realschule, ein Gymnasium, 14 Kindergärten und zwei seniorengerechte Wohnanlagen. Auch eine Gemeindebibliothek, eine Volkshochschule, zwei Jugendzentren, zwei Bürgertreffs sowie ein Mehrgenerationenhaus findet man hier. Schließlich lassen ebenso die Einrichtungen für Sport, Freizeit und Erholung kaum Wünsche offen. „All das zeigt: Die Lebensqualität in Puchheim ist sehr hoch. Ein besonderes Schmuckstück ist dabei das 1999 errichtete Puchheimer Kulturzentrum. Hier wird den Bürgerinnen und Bürgern ein reges kulturelles Leben mit Klassik- und Jazzkonzerten, Theater, Kabarett sowie Ausstellungen geboten“, so der Innenminister.

Wirtschaftlich ist Puchheim mit äußerst dynamischen, zukunftsorientierten und erfolgreichen Wirtschaftsunternehmen ausgestattet. Es gibt hier über 2.000 angemeldete Gewerbebetriebe. Herrmann: „Die Stadt ist für die Herausforderungen der Zukunft bestens gerüstet und hat großartige Zukunftschancen.“ □

## Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Eigenbeilage der Bayerischen Gemeindezeitung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □



Von links: Birgitt Abmus (CSU-Fraktionsvorsitzende Erlangen), Brigitte Schlee (Stv. Fraktionsvorsitzende Regensburg), Rudolf Eberwein (Vorsitzender des CSU-AK Große Städte), Innenminister Joachim Herrmann MdL, Karl Freller MdL (Stv. Vorsitzender CSU-Landtagsfraktion), Silvia Gross (Geschäftsführerin CSU-AK Große Städte). Foto: Albrecht Börner

## Intensiver Austausch

CSU-Arbeitskreis Große Städte in Bayern tagte in Erlangen  
Treffen der Regensburger CSU-Fraktionsmitglieder mit Innenminister Herrmann

32 Vertreterinnen und Vertreter aus 11 bayerischen Städten und deren CSU-Fraktionen kamen zur Frühjahrstagung in Erlangen zusammen. Die Regensburger Delegation bestand aus Stadtrat Rudolf Eberwein (zugleich Vorsitzender des CSU-Städtearbeitskreises), Stadträtin Brigitte Schlee und Fraktions- sowie Arbeitskreisgeschäftsführerin Silvia Gross.

### 16 Mitgliedsstädte

In den Räumlichkeiten von Siemens Healthcare trafen sie sich zu intensiven Gesprächen mit Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, Erlangens Oberbürgermeister Dr. Siegfried Ball-eis und MdL Karl Freller, dem stellvertretenden Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion. Der CSU-Arbeitskreis Große Städte in Bayern trifft sich zweimal im Jahr zu einer Tagung. 16 Städte gehören dem Gremium an, das seit rund 30 Jahren besteht.

Die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte sowie Fraktionsgeschäftsführer tauschten sich über relevante und aktuelle Themen der Städtepolitik aus. Diesmal standen neben den Gesprächen mit Innenminister Herrmann und MdL Freller folgende Themen auf der Agenda: Veränderte Demographie in den Städten; Umgang mit Bürgerinitiativen; Nachleben in den Innenstädten; Umgang mit Sporthallen und der zunehmenden Spielhallenflut.

### Thema Gesundheitswesen

Gastgeber Dr. Michael Meyer, Vice President von Siemens Healthcare, informierte die Stadträte über das Gesundheitswesen in Deutschland und dessen Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Durch die sich verändernde Altersstruktur der Bevölkerung ist dies ein Thema, das die großen Städte zukünftig vermehrt beschäftigen wird. □

## Vorschau auf GZ 12

In unserer Ausgabe Nr. 12, die am 9. Juni erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT · EDV
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Wasserversorgung · Wasserentsorgung
- Kommunale Baupolitik
- Kommunalfahrzeuge

## LIEFERANTEN - GZ - NACHWEIS

### Abfallbehälter

**BECK**  
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG  
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00  
www.gartenbank.de

### Bänke

**NUSSER**  
Bestens ausgeStadtet.

JWS Nusser GmbH & Co. KG  
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-113  
www.gartenbank.de

### Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

### Abzeichen

FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
www.FAHNEN-KOCH.DE eMail info@fahnen-koch.de

### Ankauf / Briefmarken

**Briefmarken-Ankauf**  
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten  
Briefmarkenauktionshaus Schulz  
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg  
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:

**Telefon (0 8171) 93 07-13**

### Berufsbekleidung

**bardusch**  
Textil-Mietdienste

Bardusch GmbH & Co. KG · Textil-Mietdienste · Bundesweit  
www.bardusch.de · Tel.: 01801 · BARDUSCH (22 73 87 24)

### Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
www.FAHNEN-KOCH.DE eMail info@fahnen-koch.de

### Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

### Kindergarteneinrichtungen

**eibe**

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG  
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen  
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199  
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

### Kommunale Energieberatung

**KlimaKom** **Green City Energy**  
Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert  
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!  
Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de  
Peter.Keller@greencity-energy.de

### Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**

Hallo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218  
Telefon: (02773)82256 · www.hallo-professional.de

### Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

**eibe**

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG  
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen  
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199  
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

### Sportgeräte

www.benz-sport.de ORIGINAL  
**BENZ**  
SPORT  
Tel. 07195/6905-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

### Wartehallen/Außenmöblierungen

**LANGER**  
0 53 26 / 5 02-0

Wartehallen  
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de  
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

### Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

**LRS**  
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier  
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service  
Wolfratshäuser Straße 9a  
82049 Pullach im Isartal  
Telefon: (089) 74 44 24 98  
Fax: (089) 74 44 24 99  
E-Mail: info@lr-service.de  
Internet: www.lr-service.de

**djw**  
DIELENTZWERGE